



Landtag von Baden-Württemberg

47. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 15. November 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Schluss: 17:12 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2661	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2741	
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000		Beschlussempfehlung und Bericht des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2915 .	2723
Allgemeine Aussprache		Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2723
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3017	2661	Abg. Thomas Blenke CDU	2725
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2661, 2710	Abg. Lars Patrick Berg AfD	2726
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	2669, 2713	Abg. Sascha Binder SPD	2727
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	2677, 2715	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2729
Abg. Andreas Stoch SPD	2690, 2715	Minister Thomas Strobl	2731
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2698, 2717	Beschluss	2734
Ministerin Edith Sitzmann	2704, 2719		
Beschluss	2722	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. November 2017 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Einundzwanzigsten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 16/2953, 16/2993 .	2738
2. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz – Drucksache 16/2740		Abg. Alexander Salomon GRÜNE	2738
Beschlussempfehlung und Bericht des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2921		Abg. Raimund Haser CDU	2739
		Abg. Dr. Heiner Merz AfD	2740
		Abg. Sascha Binder SPD	2741
		Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	2742
		Staatsminister Klaus-Peter Murawski	2742
		Beschluss	2743

4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 2017, Az.: 2 BvL 2/17 – **Normenkontrollverfahren zu § 23 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-**

Württemberg über die abgesenkte Eingangsbe-
soldung – Drucksache 16/2971 2743
Beschluss 2743
Nächste Sitzung 2743

Protokoll

über die 47. Sitzung vom 15. November 2017

Beginn: 10:00 Uhr

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 10:00 Uhr. Ich eröffne die 47. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Wilhelm Halder, Herr Abg. Ulli Hockenberger, Herr Abg. Ernst Kopp, Herr Abg. Dr. Markus Rösler, Herr Abg. Jürgen Walter und Herr Abg. Dr. Boris Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Staatsrätin Gisela Erler, bis 15:30 Uhr Herr Minister Thomas Strobl, ab 11:30 Uhr Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann, ab 11:45 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Andre Baumann und bis ca. 10:30 Uhr Frau Staatssekretärin Petra Olschowski.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 14. November 2017 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2017 bis 2021 – Drucksache 16/3018

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017 – Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 16/3019

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

3. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 9. November 2017 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission – Drucksache 16/3020

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000**

Allgemeine Aussprache

- b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3017**

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache zu den Buchstaben a und b hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

Ich erteile das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Halleluja!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Hausbau beginnt lange vor der Grundsteinlegung. Wesentliche Fragen sind: Wie sollen die eigenen Wände aussehen? Wird es ein Haus mit Garten, eine Wohnung im Mehrfamilienhaus, ein Altbau oder ein Neubau? Und die entscheidende Frage ist: Können wir uns das neue Refugium überhaupt leisten?

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Auch während des Baus kommen immer wieder quälende Fragen: Teurer als geplant? Weniger Platz als gedacht?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Typisch grün!)

Später fertig als erhofft?

Deswegen die gute Nachricht vorneweg: Dieser Haushalt ist ausgeglichen, er liegt im Plan, das vorgesehene Budget wird eingehalten, und dieser Haushalt bringt Baden-Württemberg weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Woran liegt es, dass wir in Baden-Württemberg wissen, wie erfolgreich gebaut wird?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo ist eigentlich die Finanzministerin?)

Zwischen Konstanz und Mannheim leben etwa die Hälfte der Bausparer in Deutschland. Wir Baden-Württemberger sind also die Champions im Bausparen. Das ist unser Ansporn. Unsere Koalition legt mit diesem Haushalt einen gut durchdachten Bauplan für die Zukunft vor.

(Ministerin Edith Sitzmann betritt den Plenarsaal und nimmt auf der Regierungsbank Platz.)

(Andreas Schwarz)

Dieser Haushalt ist das Fundament dafür, dass es den Menschen in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren besser gehen wird, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und die ökologische Modernisierung voranbringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, Baden-Württemberg steht gut da. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit 1991 nicht mehr. In weiten Teilen des Landes und in vielen Branchen prosperiert und wächst die Wirtschaft. Die Einnahmesituation ist gut; sie schlägt sich im Haushalt nieder. All das verdankt Baden-Württemberg jenen, die jeden Tag mit viel Tatendrang und Fleiß am Haus mitbauen: den Bürgerinnen und Bürgern, den innovativen Unternehmen, den Selbstständigen und den fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr richtig!)

Sie schaffen die Grundlage dafür, dass das Land und seine Kommunen handlungsfähig sind und die Möglichkeit haben, in die Zukunft zu investieren.

Ein erfolgreiches Land braucht eine Landesregierung, die wie ein kluger Architekt einen soliden Bauplan als Basis für die Zukunft vorlegt. Ich sage es ganz offen: Wir haben Glück, dass wir eine solche kluge Landesregierung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Halleluja!)

Im Land der Häuslebauer wissen wir: Ein Eigenheim, das nur auf Pump finanziert ist, ist eine Hypothek für die Zukunft. Ein Eigenheim hingegen, das solide gebaut und gut in Schuss gehalten wird, ist eine Absicherung für das Alter und für kommende Generationen. Diesen Regeln folgen wir mit einem verantwortungsvollen Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Endlich mal die Grunderwerbsteuer senken!)

Wir machen keine neuen Schulden. Alle Ministerien sind verpflichtet worden, 600 Millionen € strukturelle Ausgaben einzusparen. Wir sind auf einem guten Weg, die Schuldenbremse ab 2020 souverän und verlässlich einzuhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Haushalt setzen wir ein Signal. Es ist eine Trendwende. Wir steigen ein in die Tilgung von Kapitalmarktschulden. Ich bin Ihnen, Frau Finanzministerin, dankbar, dass Sie sich dafür ausgesprochen haben, erstmals in die Tilgung von Schulden einzusteigen. Wir zahlen insgesamt eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück.

Den Abbau der impliziten Verschuldung setzen wir konsequent fort: mit überplanmäßigen Investitionen in Höhe von über 1 Milliarde € in den Abbau des Sanierungsstaus im Hochbau, insbesondere bei den Hochschulen und den Universitätskliniken. Denn gerade bei den Universitätskliniken ist der Modernisierungs- und Sanierungsbedarf offenkundig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir bauen ferner implizite Schulden ab mit über 200 Millionen € für die Sanierung von Landesstraßen und Brücken und mit einer Rücklage von 100 Millionen € für die Sanierung der beiden Staatstheater. Darüber hinaus leisten wir mit einer höheren Sonderzuführung für den Versorgungsfonds eine Vorsorge für die Pensionszahlungen der Beamten im Alter. Insgesamt umfasst das Paket für den impliziten und expliziten Schuldenabbau 2,4 Milliarden €. All das sind Maßnahmen, die wir unter nachhaltiger Finanzpolitik vornehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als wir heute Morgen hier zum Landtag gegangen sind – ich kann ja hier auch über Sie hinweg nach draußen schauen –, haben wir gesehen: Es ist Herbst. Heute Morgen war es kalt. Der Winter steht vor der Tür.

(Abg. Anton Baron AfD: Klimawandel! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie sind ja ein Poet! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und der Nikolaus kommt bald!)

Deshalb ist es jetzt Zeit, Haus und Hof in Ordnung zu bringen, das Haus gegen Stürme so abzusichern, dass es im Frühling und in den nächsten Jahren gut bewohnbar ist.

Doch kein Bauherr funktioniert ohne verlässliche Partner, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und eigene Impulse zu setzen. Unsere Kommunen, die Städte, Gemeinden und Landkreise, sind solche verlässlichen Partner. Deswegen werden die Kommunen in diesem Haushalt erneut profitieren. Der kommunale Sanierungsfonds umfasst ein Gesamtvolumen von über 380 Millionen €. Damit unterstützen wir die Kommunen bei der Modernisierung ihrer Schulgebäude, bei der Modernisierung ihres Straßennetzes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Leistungen des Landes an die Kommunen sind seit 2011 um mehr als 3 Milliarden € angestiegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel Nähe zwischen Land und Kommunen wie in diesem Doppelhaushalt gab es noch nie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das glauben Sie aber selbst nicht, oder? Wann haben Sie das letzte Mal mit denen geredet?)

Wir setzen den Kurs der guten Partnerschaft mit den Kommunen konsequent fort. Nach dem Pakt für Familien mit Kindern, dem kommunalen Sanierungsfonds,

(Abg. Anton Baron AfD: Ein bisschen Selbstkritik wäre nicht schlecht!)

dem Pakt für Integration werden wir in den nächsten Wochen und Monaten einen Pakt für gute Bildung und Betreuung verhandeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! – Abg. Sabine Wölflé SPD: Die Kommunen sind alle begeistert!)

Wir werden dabei insbesondere die Qualität im frühkindlichen Bereich verbessern. Mit der Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes werden die Kommunen jährlich

(Andreas Schwarz)

mehr als 160 Millionen € für den Straßenbau, den Radverkehr und den öffentlichen Nahverkehr erhalten.

(Abg. Sascha Binder SPD: Fragen Sie mal die Landräte!)

Da ist doch klar: Grün-Schwarz stärkt die Kommunen. Das Paket des Landes ist dafür der beste Beweis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Haushalt stärken wir all jene, die als zuverlässige Handwerksmeister jeden Tag verlässlich am Ausbau des Hauses mitwirken.

(Abg. Anton Baron AfD: Und Steuern zahlen!)

Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unseres Landes. Das haben wir zuletzt bei der Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter deutlich gezeigt.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Was ist denn da besser geworden?)

die Schülerzahlen steigen. Jahrelang haben frühere Landesregierungen mit geringeren Schülerzahlen gerechnet. Dieser Trend hat sich umgekehrt.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Darauf reagieren wir. Wir sorgen mit zusätzlichen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer für guten Unterricht, mit zusätzlichen Stellen bei der Polizei für Verbesserungen bei der inneren Sicherheit, wir sorgen mit zusätzlichen Stellen im Natur- und Verbraucherschutz für eine intakte Umwelt und mit zusätzlichen Stellen bei der Justiz und im Strafvollzug für einen starken Rechtsstaat. Diese Stellenschaffungen sind kein „Nice to have“, sondern sie sorgen für eine handlungsfähige, für eine leistungsfähige Verwaltung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wissen jedoch, dass es nicht allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land gut geht.

(Oh-Rufe von der AfD)

Wir nehmen diese soziale Asymmetrie nicht hin. Wir kümmern uns um Geringverdiener, Alleinerziehende, Rentenbezieher an der Armutsgrenze sowie auch um Menschen, die hier noch nicht integriert sind. Wir werden keine Brüche im gesellschaftlichen Zusammenhalt zulassen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Jeder Handwerker weiß: Pfusch am Bau rächt sich. Deshalb lösen wir die Probleme, wenn sie auftauchen, und genau deshalb ist der Haushalt kein Haushalt, der sich auf dem Erfolg der Gegenwart ausruht, sondern ein Haushalt mutiger Investitionen in kluge Köpfe und funktionierende Infrastruktur.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist ein Haushalt, der nachhaltig mit den Finanzen des Landes umgeht und der die Chancen und Handlungsspielräume der Zukunft fest im Blick hat.

Niemand will sein Haus zwischen Industrieschlote setzen; niemand möchte, dass stinkender Qualm durchs Fenster zieht. Wir Grünen stehen klar für den Erhalt der natürlichen Ressourcen, für eine intakte Umwelt und für den Klimaschutz.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Daher ist klar: Die neue Bundesregierung muss ein konkretes und verbindliches Maßnahmenpaket für den Klimaschutz vorlegen. Für uns ist vollkommen klar: Die von Deutschland unterzeichneten Verträge sind einzuhalten. Hier erwarten wir Vertragstreue.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Unser Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg ist hier vorbildhaft. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, dass wir den bundesweiten Ausstieg aus der Kohlenutzung vorantreiben werden. Das haben wir in unseren Koalitionsverhandlungen vereinbart, und ich finde, das ist ein guter Bauplan, das ist eine gute Blaupause, die die neue Bundesregierung unbedingt kopieren sollte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die ganze Welt steht in der Klimaschutzpolitik und beim Erhalt der Biodiversität vor riesigen Herausforderungen. Auch unsere Heimat bleibt nicht verschont; ich erinnere an die Vorgänge in Braunsbach, die Überschwemmungen, die es dort im letzten Jahr gab; ich erinnere an Frost- und Hagelschäden in der Landwirtschaft, die Anfang dieses Jahres auftraten; ich erinnere an die Sturmtiefs im September und Oktober. Diese Geschehnisse zeigen: Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt,

(Lebhafte Lachen bei der AfD)

und wir sind die letzte Generation, die etwas gegen ihn unternehmen kann.

(Zurufe von der AfD)

Deswegen müssen wir neue Brücken bauen. Wir müssen dieser Verantwortung gerecht werden – und dafür braucht es Vorbilder.

(Abg. Anton Baron AfD: Die erste Generation seit der Eiszeit!)

Wir brauchen Vorbilder wie unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der gemeinsam mit Gouverneur Jerry Brown zur Lösung dieser Menschheitsfragen mutig neue Wege beschreiten möchte.

(Beifall bei den Grünen)

Hier zeigen wir – mit den Aktivitäten der Landesregierung wird es deutlich –, dass der Satz „Think global, act local“ keine reine Floskel ist. Baden-Württemberg kann nämlich mehr. Wir gehen gemeinsam voran. Immer mehr Regionen auf der Welt haben sich dem Klimaschutzbündnis angeschlossen. Wir

(Andreas Schwarz)

werden rechtzeitig die notwendigen Schritte zur Begrenzung des Klimawandels einleiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit über 8 Millionen € setzen wir diese globale Initiative hier im Land in lokale Programme um. Das schafft 10 000 neue Arbeitsplätze. Wie wichtig der Klimaschutz ist, haben ja erst letzte Woche 51 hochkarätige Unternehmen wie die EnBW, Ritter Sport, Siemens und viele andere aufgezeigt. Sie unterstützen unsere zentrale Forderung nach mehr Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wie nötig das Engagement für eine intakte Natur ist, zeigt die aktuelle Studie zum Rückgang der Zahl der Insekten in Deutschland. Wir in Baden-Württemberg haben dieses Problem längst erkannt. Wir gehen es an. Denn wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel Insekten und Vögel sehen und hören, dass sie saubere Luft atmen können. Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle angeht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb setzen wir einen klaren Fokus unserer Politik auf eine intakte Natur und Umwelt. Ob Biotopkartierung, das Stärken der Biosphärengebiete, das Monitoring für bedrohte Arten – wir nehmen mehr Geld in die Hand als jemals zuvor. Wir setzen die Mittel dort ein, wo sie den größten Nutzen haben. Das ist überwiegend im Bereich der Landwirtschaft der Fall. Die bäuerlichen Betriebe schaffen auf vielfache Weise Mehrwert für unser Land und die Menschen. Sie produzieren gesunde und nachhaltige Lebensmittel. Sie machen den ländlichen Raum touristisch und wirtschaftlich so stark, wie er nur bei uns ist, und sie sind starke und wertvolle Partner im Naturschutz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Daher ist es auch eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Landwirte bei der Bewältigung der Frostschäden nicht alleinlassen. 50 Millionen € nehmen wir in die Hand, um sie für verringerte Einnahmen aufgrund der Ernteausfälle durch den Spätfrost im Frühjahr zu entschädigen. Denn ohne Landwirtschaft gibt es kein Offenhalten der Täler im Schwarzwald, kein Bewirtschaften der artenreichen Grinden und Magerwiesen oder der prägenden Streuobstwiesen.

(Zuruf von der AfD: Ohne Schafe auch nicht!)

Deshalb unterstützen wir die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land bei ihrem Einsatz für eine intakte Natur, bei der Produktion nachhaltiger und gesunder Lebensmittel. Es wird ja deutlich: Die Nachfrage im Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl steigt, die Nachfrage hinsichtlich der Landschaftspflege richtet sich ebenfalls auf, und die Landschaftserhaltungsverbände erfreuen sich ebenso einer großen Nachfrage. Deswegen ist es nur konsequent, dass wir die Mittel hierfür erhöhen und weiterhin kräftig an der Umsetzung der Naturschutzstrategie arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere Koalition eint das Wissen um die Wichtigkeit der Landwirtschaft für unser Land und auch die Überzeugung, dass man von der Landwirtschaft leben können muss. Dazu braucht es eine gute Vermarktung der produzierten Lebensmittel. Um diese zu verbessern, gehen wir mit der Einrichtung von Bio-Musterregionen und einem stärkeren Einsatz von Biolebensmitteln in den landeseigenen Kantinen neue Wege. Wir schaffen für die Biolandwirtschaft damit verlässliche Abnehmer ihrer Produkte und nehmen auch die Vorbildfunktion des Landes wahr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Ausbau des Kompetenzzentrums Ökolandbau an der Universität Hohenheim stärken wir die wissenschaftliche Begleitung und Weiterentwicklung des Ökolandbaus.

Klar ist: Ein starker Natur- und Umweltschutz braucht nicht nur die notwendigen Mittel, sondern er braucht ein Fundament, das ihn trägt. Dieses Fundament ist unsere Umweltverwaltung. Über 250 neue Stellen schaffen wir in der Umweltverwaltung,

(Zuruf von der AfD: Unverantwortlich!)

in erster Linie vor Ort in den Landratsämtern. Damit sorgen wir für eine bessere Beratung, schnellere Entscheidungen, zügigere Genehmigungsverfahren, und wir verhindern den drohenden Wissensverlust. Somit schützen wir unsere Natur und sorgen gleichzeitig dafür, dass die Wirtschaft durch schnellere Genehmigungsverfahren profitiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ganz besonders freut es mich, dass wir in diesem Haushalt ein Sonderprogramm Biodiversität auflegen werden. Da gehen wir noch einmal in die Vollen; das hat vor uns keiner hinbekommen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das glaube ich!)

36 Millionen € investieren wir zusätzlich in die dringendsten Aufgaben zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Das beginnt mit einem guten Monitoring: Welche Arten und Lebensräume sind bedroht? Wo ist der Handlungsdruck am größten, und wo bringen die Investitionen am meisten?

Darauf aufbauend stärken wir den Biotopverbund, den Moorschutz, den Erhalt und die Entwicklung der Natura-2000-Gebiete und die Landwirtschaft. Das Paket ist in meinen Augen zukunftsweisend. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

56 000 Menschen verdienen in Baden-Württemberg ihr Geld in Branchen, die unmittelbar von der Energiewende profitieren. Das zeigt doch: Die Umweltbranche ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb fördern wir mit 15 Millionen € Maßnahmen zur Gebäudeeffizienz und zur Energieeffizienz in Unternehmen.

Denn die Energiewende gelingt nur, wenn wir die Effizienz deutlich erhöhen. Energiewende, Wärmewende und Ressourceneffizienz – das geht nur Hand in Hand mit der Wirtschaft.

(Andreas Schwarz)

Der wirtschaftliche Erfolg und der Wohlstand werden in Zukunft viel stärker und viel unmittelbarer mit den Themen Klimaschutz und Ressourceneffizienz verbunden sein. Das haben schon viele Unternehmen in unserem Land erkannt. Wir unterstützen sie dabei mit unserer umfassenden Ressourceneffizienzstrategie. Sie ist der Innovationstreiber schlechthin. Auch die Digitalisierung erweist sich hier als große Chance, Ressourcen effizienter einzusetzen.

Mit dem Projekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ haben wir die Zukunft des Handwerks fest im Blick. Wir unterstützen das Handwerk dabei, Fachkräfte zu gewinnen, Fachkräfte zu binden, und begleiten das Handwerk bei der strategischen Ausrichtung im Rahmen der Digitalisierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Fahrradfreunde und die Bahnfreunde in meiner Partei wissen: Baden-Württemberg ist das Ursprungsland des Automobils.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Des Fahrrads!)

Mit über 235 000 Beschäftigten und mehr als 1 000 Zulieferfirmen prägt der Automotive-Sektor den Arbeitsmarkt und die Wertschöpfung in unserem Land. Die baden-württembergische Automobilindustrie steht in diesem Jahr wirtschaftlich gut da.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber sie befindet sich unter einem enormen Wandlungsdruck

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

durch die umfassende Digitalisierungswelle, sich verändern des Mobilitätsverhalten, neue Mobilitätskonzepte, die notwendigen Klimaziele und die notwendigen Ziele bei der Luftreinhaltung

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

sowie durch einen Vertrauensverlust, den sie durch Intransparenz selbst herbeigeführt hat.

Wir sehen im aktuellen Transformationsprozess daher eine Chance für die Menschen in unserem Land, eine Chance für neue Arbeitsplätze, für neue Wertschöpfungsmöglichkeiten, für die Mobilitätswirtschaft und nicht zuletzt für die Umwelt.

Es ist unser großer politischer Erfolg, dass sich inzwischen alle wesentlichen politischen Akteure zum Ziel des emissionsfreien, des schadstofffreien Fahrens bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, dass in diesem Ziel Einigkeit besteht. Dabei geht es nicht um eine Dämonisierung oder eine Glorifizierung einzelner Technologien, sondern es geht um Technologieoffenheit – egal, ob es sich um batteriebetriebene Fahrzeuge, Brennstoffzellentechnik oder die Verwendung synthetischer Kraftstoffe handelt. Es geht um einen zukunftsfähigen, klimaschonenden und nachhaltigen Mobilitätssektor. Das nennen wir eine kluge und zukunftsgerichtete Politik.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn in unserem Haus eine Renovierung ansteht, dann fährt man am Samstag am besten in den Baumarkt, dreht ein paar Runden durch die Regalreihen, schaut nach den Angeboten und wählt dann die Materialien aus.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Und fährt sie mit dem Fahrrad heim! – Weitere Zurufe)

Darum geht es jetzt. Wir warten nicht, bis die anderen uns mit guten Ideen überholen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen die Transformation der Automobilindustrie zu unserem Projekt. Wir verstehen sie als Chance. Denn es gibt viele Ingenieurinnen und Ingenieure in unserem Land, die längst darauf warten, ihre Ideen aus der Schublade zu holen.

Unser Ziel und unser Anspruch ist es, dass Baden-Württemberg eine führende Rolle bei der Entwicklung, Produktion und Anwendung alternativer Antriebe einnimmt. Das Elektroauto der Zukunft soll eben nicht aus China oder aus den USA, sondern aus Baden-Württemberg kommen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der strategische Ansatz der Landesregierung ist daher der richtige. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gutes Leben, für erfolgreiches Wirtschaften und für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist Mobilität ein Schwerpunkt in diesem Haushalt.

Dazu gehört ganz selbstverständlich, dass wir unser Straßennetz modernisieren und ausbauen. Wir werden daher die personellen Kapazitäten in den Straßenbaureferaten der Regierungspräsidien aufstocken, damit die Planungs- und Bauleistungen pünktlich erbracht werden und der Fernstraßenbau vorankommt.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Zuruf: Ganz schöner Beifall!)

Und wir lösen den Sanierungsstau auf. Wie ein Löwe kämpft Verkehrsminister Hermann – oder, besser gesagt, wie drei Löwen –

(Zuruf von der SPD: Mit seiner Mähne! – Weitere Zurufe)

für ein funktionierendes Straßennetz.

(Unruhe)

360 Millionen € stellen wir für die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung – eine Rekordsumme, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt bekomme ich Zeichen aus den eigenen Reihen, dass um mehr Ruhe gebeten wird. Ein Blick auf die Zuhörertribüne zeigt mir: Auch Schülerinnen und Schüler schütteln schon den Kopf. Die Stenografen müssen ihre Arbeit verrichten. Wenn wir uns das einfach für den Rest des Tages zu

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Herzen nehmen, dann muss ich nicht dauernd die Glocke schwingen.

Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, fahren jetzt fort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir bauen den Nahverkehr auf der Schiene weiter aus. Neue Verträge, neues Wagenmaterial, günstigere Preise, bessere Qualität, ein dichter Takt – davon profitieren alle Fahrgäste in Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Sascha Binder SPD: Verstärkungen!)

Mit der Finanzreform für den öffentlichen Nahverkehr sorgen wir dafür, dass jede Kommune von frühmorgens bis abends mindestens im Stundentakt angebunden ist.

Wir werden die Chancen der Digitalisierung für die Mobilität nutzen. Mit der Entwicklung des E-Ticketing sind die Zeiten, in denen man lange am Schalter stehen oder sich durch das Menü eines Fahrkartenautomaten quälen musste, endlich vorbei. Ab Dezember 2018 können alle Bürgerinnen und Bürger bequem ein Ticket für alle Verkehrsmittel im Land mit Handy oder Internet buchen. Der öffentliche Nahverkehr erhält somit eine komplett neue Dimension, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir werden die Maßnahmen zur Luftreinhaltung vorantreiben. Hier will ich die Stichworte Expressbusverbindungen und „30-Minuten-Takt auf der Schiene“ erwähnen. Das sorgt für spürbare Entlastung auf den Straßen und für bessere Luft in den betroffenen Stadtgebieten.

Der Haushalt ist somit in diesem Bereich eine Blaupause einer Modellregion für eine nachhaltige zukunftsfähige Mobilität.

Neben der Wirtschafts- und Verkehrspolitik kommt hier insbesondere der Forschung und den Hochschulen in unserem Land eine wichtige Bedeutung zu. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserem Land sind führend bei der Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien und bei der Automatisierung und Digitalisierung im Fahrzeugbau. Sie sind beim Transformationsprozess der Automobilindustrie und beim Wandel der Mobilität ein gewaltiges Pfund, mit dem unser Land wuchern kann.

Wir unterstützen die Exzellenzstrategie der Universitäten, um international wettbewerbsfähig zu sein und die Universitäten im Land in der Forschung sichtbar zu machen. Wir fördern vier neue Forschungszentren der Fraunhofer-Gesellschaft; denn nirgendwo sonst sind angewandte Forschung und die konkrete Umsetzung der Forschungsergebnisse so gut aufgehoben wie bei uns.

Ein Leuchtturm mit weltweiter Strahlkraft ist das neu geschaffene Cyber Valley. Hier werden wir alle Forschungsaktivitäten von internationalen Leistungsträgern aus Wissenschaft und Industrie auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz bündeln.

Wir schaffen in Baden-Württemberg somit ein zweites Silicon Valley.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Hier bei uns wird der Hotspot für wissenschaftliche Exzellenz entstehen. Schon heute hat das Cyber Valley weltweit Aufmerksamkeit. Dieser Ruf bringt uns die besten Köpfe nach Deutschland und nach Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Junge Menschen sind begeisterungsfähig. Sie sind kreativ. Diese Kreativität werden wir fördern. Start-ups benötigen Geld, Infrastruktur und Beratung, um ihre neuen Ideen auf den Markt zu bringen. Vor allem die erste Phase der Gründung wollen wir begleiten. Mit dem Seed- und Wagniskapitalfonds helfen wir den Start-ups, die Anfangsrisiken zu minimieren. Wir entwickeln die Gründerkultur weiter. Wir wollen, dass junge Menschen aus der Hochschule, aus dem Handwerk, aus der Ausbildung es wagen, gute Ideen in neue Geschäftsmodelle umzusetzen. Das ist eine innovative Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Hochschulfinanzierungsvertrag wird fortgeführt. Mit den Hochschulen werden wir für die Zeit nach 2020 erneut einen langfristigen Hochschulfinanzierungsvertrag abschließen.

Mehr Geld für die Grundfinanzierung bedeutet mehr Hochschulautonomie, weniger staatliche Steuerung, mehr Freiräume für Forschung, für kreatives Denken und Arbeiten sowie für eine selbstbestimmte Entwicklung der Hochschulen. Forschung und Digitalisierung gehen somit Hand in Hand. Denn wir haben ein ambitioniertes Ziel: Wir wollen, dass Baden-Württemberg die innovativste digitale Leitregion in Deutschland und in Europa wird. Dabei stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt der Digitalisierungsstrategie – nicht die Technik. Die Digitalisierung soll unser Leben, unsere Arbeit vereinfachen. Deshalb haben wir von Anfang an auch die Bürgerinnen und Bürger einbezogen.

Innenminister Thomas Strobl hat eine umfassende Digitalisierungsstrategie ausgearbeitet, die nun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Vielen Dank für dieses innovative Paket.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dieses dicke Paket ist der Beginn eines neuen Zeitalters, eines neuen Zeitalters für Baden-Württemberg, mit dem wir nachhaltige Modelle für die Welt von morgen entwickeln. 325 Millionen € stellen wir allein in diesem Haushalt dafür zur Verfügung. Von solchen immensen Beträgen hat die Digitalisierung noch in keinem anderen Bundesland profitiert. Wir zeigen, dass wir es können und dass wir es machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir machen bei der Breitbandversorgung mit 180 Millionen € noch einmal Tempo. Das sichert die Zukunft der Kommunen und der Menschen in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Einen Schwerpunkt der Digitalisierungsstrategie möchte ich besonders hervorheben, den Schwerpunkt „Lernen@bw: Bildung und Weiterbildung in Zeiten der Digitalisierung“. Denn es ist doch klar, dass wir bei der Digitalisierung zuerst an die Menschen, an die Bildung und die Weiterbildung denken. Wir müssen allen Menschen Kompetenzen und Qualifikationen für lebenslanges Lernen an die Hand geben, sie befähigen, in

(Andreas Schwarz)

ihrem Beruf auf Zack zu bleiben, sich auf neue Herausforderungen vorzubereiten.

Wir müssen Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten, wie sie die Digitalisierung sinnvoll nutzen können, und wir achten darauf, dass Menschen den Anschluss nicht verlieren.

Gerade für den Wandel in der Automobilindustrie ist die Weiterbildung der Arbeitnehmer von unschätzbbarer Notwendigkeit. Denn der Schwerpunkt „Lernen@bw“ berücksichtigt viele Weiterbildungsmaßnahmen.

Vorgesehen sind für das Maßnahmenpaket „Lebenslanges Lernen 4.0 – Digitalisierung und berufliche Weiterbildung“ 4 Millionen €, für das Maßnahmenpaket „Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte“ 5 Millionen €, für das Leuchtturmprojekt „Weiterentwicklung der Lernfabriken 4.0“ 4 Millionen € und für die „Offene digitale Bildungsmedieninfrastruktur“ knapp 1 Million €.

Herr Kollege Stoch, ich weiß nicht, wie Sie auf die 250 000 € kommen, die die Landesregierung angeblich nur vorgesehen habe. Wenn Sie die Beträge, die ich gerade vorgetragen habe, addieren, kommen Sie auf 14 Millionen €. Sie sagen, die Landesregierung sei überfordert.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich habe eher den Eindruck, die SPD ist bei dem Tempo, das die Landesregierung hier vorlegt, überfordert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich glaube, Sie verstehen es nicht richtig, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ein Haus wird nur ein Mal gebaut. Damit unser Land für alle Bürgerinnen und Bürger ein gutes Zuhause wird, müssen wir jeden Tag daran weiterarbeiten. Gutes Leben gibt es nur mit einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Baden-Württemberg ist stark, weil es weltoffen und inklusiv ist, weil es starke ländliche Räume, starke Städte und Gemeinden hat, und zwar nicht nur in den Ballungsräumen, sondern in der ganzen Landesfläche.

Teilhabe für alle beugt sozialen Konflikten vor. Ein Kernanliegen meiner Fraktion ist daher das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg in lebenswerten Städten und Gemeinden leben. Wir wollen, dass alle Teile der Gesellschaft eine bezahlbare Wohnung finden.

Im Haushalt stellen wir daher eine halbe Milliarde Euro für die Landeswohnraumförderung zur Verfügung. Wir verstetigen also die Wohnraumförderung auf einem hohen Niveau. Insgesamt können damit mehr als 20 000 neue Wohnungen gebaut werden.

Für die Grünen sage ich ganz klar: Das ist eine öffentliche Aufgabe. Wir bekennen uns ganz klar zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus als einer Aufgabe von Bund, Land, Städten und Gemeinden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jenseits von ökonomischer Teilhabe stärken wir den Zusammenhalt. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pfleger“ setzen wir konsequent um.

Die Quartiersentwicklung zielt darauf ab, allen im Stadtquartier und somit den Menschen im direkten Umfeld eine möglichst hohe Teilhabe und Lebensqualität zu bieten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Möglichst nur in der Stadt, gell?)

Mit der Weiterentwicklung des Aktionsplans „Für gleiche Rechte & Akzeptanz“ sensibilisieren wir die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, und wir wirken Benachteiligung entgegen.

Der Grundstein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird in der Kindheit und Jugend gelegt. Mit dem „Zukunftsplan Jugend“ investieren wir 10 Millionen € zusätzlich in die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe. Wir bauen somit die außerschulische Jugendbildung in Baden-Württemberg deutlich aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sicherheit ist ebenso eine Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Freiheit. Wir halten die Balance von Freiheit und Sicherheit ein. Das werden wir heute Nachmittag noch einmal unter Beweis stellen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war eine grüne Erfindung!)

Bei der inneren Sicherheit stärken wir die Polizei vor Ort. Über 1 450 neue Stellen finden sich allein in diesem Haushalt: für den Polizeivollzugsdienst, für Verwaltungsbeschäftigte, die Polizeibeamte entlasten, und für Polizeianwärter. Unser Ziel ist ganz klar: Baden-Württemberg soll weiter das sicherste Bundesland bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für die technische Ausstattung der Polizei stellen wir zusätzlich 40 Millionen € zur Verfügung. Die Antiterrorfahndungseinheit im Landeskriminalamt erhält unsere volle Unterstützung. Die Berg- und Wasserrettung, den Katastrophenschutz, stattdessen wir mit 5 Millionen € aus. Ich möchte mich ganz herzlich bei den vielen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, den Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst, im Katastrophenschutz für ihren Einsatz bedanken. Vielen Dank für ihren Einsatz und ihren Dienst jeden Tag.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Unsere Demokratie ist ein hohes Gut. Wir verteidigen daher unsere Demokratie.

(Zuruf von der AfD: Wir auch!)

Wir stehen auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger; denn unsere Demokratie ist das höchste Gut, das wir haben. Und wir haben Nachbarn, die mit uns gemeinsam daran arbeiten und an einem gemeinsamen Haus Europa bauen. Mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron haben wir einen starken Partner an der Seite, mit dem wir das europäische

(Andreas Schwarz)

Haus weiterentwickeln können. Darüber hinaus vertiefen wir die erfolgreichen Ansätze der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Region Grand Est in Frankreich, mit der Schweiz, im Rahmen der „Vier Motoren für Europa“ und im Rahmen der Donaunraumstrategie. Das ist unser Beitrag für engere und bessere Zusammenarbeit in Europa.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bildung ist die Tür zu einem guten gesellschaftlichen Zusammenleben. Wir wollen, dass die Kinder in unserem Land die beste Bildung erhalten. Wir wollen, dass den Kindern alle Türen offenstehen, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat. Daher bauen wir die Kindertagesstätten in unserem Land flächendeckend zu Kinder- und Familienzentren aus. Sie sollen nicht nur gute Bildungs- und Betreuungsangebote für die Kinder bereitstellen, sondern Eltern und Familien unterstützen. Das ist unsere Politik zur Förderung von Familien, zur Förderung von starken Familien in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Grundschulen legen das Fundament bei der schulischen Bildung der Schülerinnen und Schüler in unserem Land. Grundschulen sollen das Interesse an der Bildung wecken, den Spaß am Lernen vermitteln und die ersten wichtigen Kompetenzen vermitteln. Um grundlegende Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken, haben wir die Kontingenzstundentafel in Deutsch und Mathematik in mehreren Stufen ausgebaut. Im aktuellen Haushalt werden wir den Grundschulen weitere 160 Deputate zur Verfügung stellen. Am Ende des Ausbaus erhalten die Grundschulen vier zusätzliche Lehrerwochenstunden. Damit stärken wir die Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen und Schreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit der Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz haben wir für die richtigen Rahmenbedingungen gesorgt, um ein qualitativvolles Ganztagsangebot vor Ort anbieten zu können. Mit mehr als 100 zusätzlichen Deputaten für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Bildungserfolg und zur Bildungsgerechtigkeit. Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und wir unterstützen damit insbesondere alleinerziehende Menschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Je früher wir Kinder fördern, desto größer ist später der Bildungserfolg. Dabei stellt die Sprachkompetenz einen zentralen Schlüssel dar. Die IQB-Studie hat uns klar aufgezeigt, dass wir die Sprachförderung ausbauen müssen. Dafür halten wir ein Rechtschreib-Curriculum für notwendig. Bei der Umsetzung der Sprachförderprogramme wollen wir Partner und Berater einbeziehen. Es bietet sich an, bereits in den Kindertagesstätten vor Eintritt in die Grundschule die Sprachkompetenz der Kinder systematisch zu erfassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

In der Grundschule wird die Sprachförderung dann individuell für jedes Kind begleitet. So können wir von Anfang an sicherstellen, dass jedes Kind nach seinen Bedürfnissen passgenau gefördert wird. Wenn wir das hinbekommen, ist das ein

großer Erfolg. Dann werden wir bei den nächsten IQB-Studien wesentlich besser abschneiden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die IQB-Studie hat uns eine weitere Aufgabe mitgegeben. Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis von Qualität in Schule und Unterricht. Wir müssen insbesondere die Schulleitungen stärken. Professionelle Schulleitungen sind für die Unterrichtsqualität von großer Bedeutung. Schulleiter brauchen Raum, der ihnen die Möglichkeit gibt, ihren Fokus auf Schulentwicklung und Unterrichtsqualität zu legen.

In den IQB-Siegerländern Schleswig-Holstein und Hamburg fühlen sich die Schulleiter vornehmlich als Experten für Unterricht. Wir sollten uns das gemeinsam genauer anschauen. Schulleiterinnen und Schulleiter analysieren Unterrichtsdaten, besuchen Unterricht, geben Feedback, organisieren die systematische Entwicklung des Unterrichts, begleiten pädagogische und konzeptionelle Innovationen und sorgen für die kontinuierliche Fortbildung der Lehrkräfte. Schulentwicklung und Unterrichtsqualität sowie die Stärkung der Schulleitungen müssen wir daher in Baden-Württemberg in den Fokus nehmen.

Das Wichtigste für das Bildungshaus Baden-Württemberg ist allerdings die Unterrichtsversorgung. Wir haben auf die demografische Entwicklung schnell reagiert. Wir werden die Zahl der Studienanfängerplätze für das Grundschullehramt an den Pädagogischen Hochschulen um 200 pro Jahr erhöhen. Mit 1 450 Studienplätzen an den Pädagogischen Hochschulen können wir den Grundschulen in den nächsten Jahren genügend Lehrkräfte zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Damit verbessern wir die Unterrichtsversorgung im ganzen Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Insgesamt investieren wir mit diesem Haushalt in den nächsten Jahren nochmals kräftig in die Bildung – mit zusätzlich 1 300 Lehrerstellen für starke Grundschulen, eine gelingende Inklusion –,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

in erfolgreiche Ganztagschulen und in das Zukunftsfach Informatik. So viel Geld wie mit diesem Haushalt ist noch nie für die Bildung in unserem Land zur Verfügung gestellt worden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit diesem Haushalt machen wir das Land innovativ, nachhaltig und generationengerecht. Wir bauen weiter an unserem Haus Baden-Württemberg. Wir stellen sicher, dass der Hausbau auf einer soliden Basis stattfindet. Mit unseren grünen Ideen fügen wir weitere Stockwerke hinzu. Wir modernisieren da, wo die Einrichtung nicht mehr zeitgemäß ist; denn wir wollen, dass sich auch unsere Kinder und Enkel in unserem Haus wohlfühlen werden.

Dieser Haushalt legt das Fundament dafür, dass es den Menschen in den nächsten Jahren in unserem Land besser gehen

(Andreas Schwarz)

wird, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und die ökologische Modernisierung voranbringen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg setzt mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 seinen Weg in eine gute und erfolgreiche Zukunft fort. Wir machen das Land mit diesem Haushalt und mit unserer Politik noch stärker, noch sicherer, noch erfolgreicher, noch attraktiver und noch innovativer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Blühende Landschaften!)

Wir erhalten unsere Stärken, und wir investieren in neue Chancen. Wir geben Antworten auf die Herausforderungen des Wandels, und wir machen den Pfad der Konsolidierung vor allem unumkehrbar. Das ist schon heute eine bleibende Leistung dieser Koalition aus CDU und Grünen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ja, es ist wahr – Kollege Schwarz hat es angesprochen –: Ebenso wie der Bund und die Kommunen profitiert das Land auch von einem anhaltenden Aufschwung und natürlich von aktuell sprudelnden Steuerquellen.

Das ist zunächst einmal ein Grund zur Freude – ich denke, für uns alle. Herr Kollege Stoch, Sie lächeln; insoweit sehe ich auch Ihnen diese Freude an.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Die Menschen in diesem Land sorgen dafür, dass es uns gut geht!)

Aber wir alle wissen: Das spricht auch für die ökonomische Stärke unseres Landes, und das zeigt, dass Beschäftigte, Unternehmen und Politik gemeinsam vieles richtig machen.

Wir haben in der vergangenen Woche vom Sachverständigenrat, den Fünf Weisen, die Wachstumsprognose erhalten. Für dieses Jahr wurde die Wachstumsprognose von 1,4 % auf 2 % und für das kommende Jahr sogar auf 2,2 % erhöht. Man befürchtet sogar eine Überhitzung. Das ist die Situation, die die Weisen beschreiben.

Die guten Aussichten spiegeln sich natürlich auch in der neuen Steuerschätzung wider, die wir in der letzten Woche bekommen haben. Manche sprechen schon von Deutschlands „goldenem Jahrzehnt“. Tatsächlich: Seit der Ölkrise in den Siebzigerjahren hat es bisher nur eine einzige Wachstumsphase gegeben, die noch länger angehalten hat, nämlich die Zeit von 1982 bis 1992.

Auch in Baden-Württemberg laufen die Geschäfte branchenübergreifend rund, man kann sagen: robust. Die Industrie im Land freute sich zuletzt über ein weiteres Auftragsplus von über 6 % im Jahresvergleich. Das heißt, das Wachstum in un-

serem Land ist gesund, es ist nachhaltig. Das alles sind gute Nachrichten für die Menschen in unserem Land und für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Bei aller Freude über starke Wachstumszahlen, über Steuer- und Beschäftigungsrekorde sollten wir aber immer – gerade in einer solchen Zeit – die Risiken nicht aus den Augen verlieren. Die anhaltende Terrorbedrohung, internationale Krisen – manche sprechen immer noch von einem Feuerring rund um Europa; denken wir nur an die Ukraine, den Nahen Osten, Syrien, Libyen, Nordkorea, um nur einige zu nennen – und auch die Unwägbarkeiten des Brexits: All das hängt wie ein Damoklesschwert über uns. Hinzu kommen möglicherweise Folgen des Fachkräftemangels und einer potenziellen Zinswende.

Deshalb ist unsere Maxime für diesen Haushalt: In guten Jahren muss das Haus bestellt werden. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich habe schon in den vergangenen Haushaltsdebatten gesagt – darauf wurde oft hingewiesen, auch jetzt von der Finanzministerin wieder –: Die größten Fehler werden oft in den guten Zeiten gemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt zum Beispiel!)

Das müssen wir vermeiden. – Herr Kollege Rülke, das sehen wir ganz anders.

Wir geben das Geld nicht einfach aus, wir legen es klug und sicher für die Zukunft an. Das ist eine wichtige Voraussetzung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Publizist Paul Nolte postuliert eine „investive Gesellschaft“. Entsprechend handeln wir. Es geht jetzt darum, Spielräume zu nutzen, um Baden-Württemberg stark und richtigerweise wetterfest zu machen. Es geht darum, zu investieren und gleichzeitig vorzusorgen. Das tun wir mit diesem Haushalt mit der richtigen Balance, mit wegweisenden Schwerpunkten und mit strategischen Zielen für unser Land, die zu Recht angesprochen worden sind.

Ich gebe zu: Die hohen Steuereinnahmen sind auch ein Glücksfall für die Landeskassen. Es ist aber nicht unredlich, Glück zu haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es ist auch durchaus das Glück des Tüchtigen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich glaube, davon kann man hier nicht sprechen!)

Deutschland hat durch mutige Reformen und richtige Entscheidungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein solides Fundament für diesen Erfolg gebaut. Auch wir im Land haben damals – seinerzeit noch unter CDU-Verantwortung – den scharfen Konjunkturinbruch mit einem eigenen Landesinvestitionsprogramm abgefedert. Das hat wesentlich mitgeholfen, dass Betriebe und Beschäftigung im Land die Krise bruchlos überstanden haben.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Auch der Bund – Stichworte sind Kurzarbeitergeld zur Überbrückung, Bürgschaften – hat damals gehandelt. Dieser Tage habe ich gelesen, dass Heildruck jetzt eine Zunahme bei den Gewinnen verzeichnet. Die erste große Bürgschaft von Bund und Land erfolgte damals für dieses Unternehmen. Das war die Zeit, in der geholfen wurde, den Konjunktur einbruch zu überbrücken. Das hat geholfen.

Wir haben damals in Deutschland auch nicht auf Europa geschimpft. Vielmehr haben wir damals buchstäblich etwas geschaffen, wofür wir jetzt die verdiente Rendite einfahren. Das ist die Realität der letzten neun Jahre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben Glück. Wir machen etwas daraus. Wir packen das Glück auch beim Schopfe, und darauf wird es ankommen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: He!)

Bei Glück zählt Klugheit doppelt, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Genau!)

Darum wird es gehen.

Die Koalition aus CDU und Grünen hat frühzeitig dafür gesorgt, dass wir mit den Mehreinnahmen gezielt den Sanierungsstau im Land abbauen können. Die Änderung in der Landeshaushaltsordnung, die uns nicht leichtgefallen ist –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oh, oh!)

diesen Schritt haben wir sehr klug abgewogen –, hat dazu geführt, dass wir jetzt auf breiter Front und wirksam vor allem in die Substanz des Landes investieren. Diese Änderung erweist sich jetzt als goldrichtig.

Denn was wäre gewesen, wenn wir diesen Weg nicht eingeschlagen hätten? Über die sprudelnden Steuereinnahmen könnte kein Schuldach neu gedeckt, keine Brücke saniert, kein Forschungsgebäude instand gesetzt, keine Uniklinik modernisiert werden. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn klar ist: Aufgeschobene Instandhaltungen kosten doppelt so viel, als wenn sie rechtzeitig vorgenommen worden wären. Das weiß jeder Häuslebauer, der angesprochen worden ist.

Deshalb handeln wir: 1,65 Milliarden € stellen wir im neuen Doppelhaushalt für die Modernisierung von Straßen, Brücken, Hochschulbauten, Unikliniken, Gerichtsgebäuden, Polizeireviere bereit. Das wird man schon bald überall im Land flächendeckend merken.

Auch die Offensive zur Erhaltung der Landesstraßen geht weiter. Nach zusätzlichen 90 Millionen €, die meine Fraktion in diesem Jahr auch für die Landesstraßen gefordert und durchgesetzt hatte, gibt es 2018 und 2019 zusätzlich jeweils weitere 100 Millionen € für den Straßenbau. Das ist uns wichtig. Denn gut ausgebaute Landstraßen sind die Lebensadern in Baden-Württemberg – gerade dort, wo keine Autobahnen oder Fernstraßen verlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Sie erschließen, aber sie verbinden auch die ländlichen Räume und garantieren, dass Wertschöpfung und Wirtschaftskraft auf den Dörfern genauso zu Hause sind wie in den städtischen Zentren.

Wir sorgen dafür, dass der ländliche Raum angebunden bleibt, dass er Anschluss hält. Denn die Stärke dieses Landes war schon immer seine dezentrale Struktur.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

Dies war schon immer unsere Politik. Das liegt uns auch sehr am Herzen, und wir pflegen und mehren auch das öffentliche Vermögen im Land. Wir sorgen dafür, dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch in Zukunft weiter brummen kann. Das geht eben nur mit leistungsstarken Verkehrswegen, mit intakten Gebäuden und mit modernen öffentlichen Einrichtungen.

Die Sanierungs- und Investitionsprogramme in diesem Haushalt sind eine Generationenleistung. Wir nehmen es in Angriff, den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitionsstau jetzt aufzulösen; denn wir wollen, dass unser Land nicht nur heute, sondern auch in zehn Jahren noch Wachstum ermöglicht und gute Steuereinnahmen erwirtschaftet. Denn das ist die Basis – und das ist wichtig für uns – gerade auch für die Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Anspruch, und dafür stehen wir mit diesem Doppeletat. Wir finanzieren damit das Wachstum von morgen. Das heißt, wir verwandeln die Gunst des Moments in einen dauerhaften Vorteil für Baden-Württemberg in der Zukunft.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Zum Erhalt der produktiven Kräfte unseres Landes rechne ich übrigens ganz ausdrücklich auch den Schutz der Natur und der Artenvielfalt, der bereits angesprochen wurde. Wir wissen heute: Jede Investition in den Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen kommt auf lange Sicht unserem eigenen Wohlstand zugute. Das ist kein parteipolitisches Thema, sondern ein Thema, das uns alle bewegen und tragen muss. Die Natur mit ihrer Biodiversität ist ein wertvoller Dienstleister für uns Menschen, der ganz konkrete ökonomische Bedeutung hat.

Meine Tochter musste vor ein paar Wochen in der Schule ein Referat über das Insektensterben – auch bei Bienen – halten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Konnte der Vater helfen?)

– Der Vater hat es gezeigt bekommen und angeschaut. Sie hat ein Plakat vorgestellt, auf dem stand:

*Summ, summ, summ!
Bienen summ herum!*

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das kann man auch singen! – Gegenruf von der SPD: Lieber nicht!)

*Summ, summ, summ!
Bleibt's Bienen in Zukunft stumm?*

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Dann hat sie das Thema beschrieben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz der Vater! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann haben Sie an den Koalitionspartner gedacht? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich sage das deshalb, weil uns dieses Thema bewegt und begleitet. Kollege Nemeth hat zu Recht darauf hingewiesen: Heute wird der Umweltminister mit Fachleuten sprechen, damit wir gerade die neuen Herausforderungen beim Artenschutz, die auf uns zukommen, aber auch bei den neuen Themen der Biodiversität voranbringen.

Allein der volkswirtschaftliche Beitrag der Biene wird weltweit auf jährlich etwa 200 Milliarden € geschätzt. Artenschutz ist also keine Naturromantik, sondern ein lohnendes Investment.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich weiß, dass das auch ein persönliches Anliegen von Ihnen ist, Herr Ministerpräsident. Aber ich möchte hinzufügen: Wir, die CDU-Fraktion, unterstützen die Stärkung der Naturschutzstrategie mit weiteren 23 Millionen €, und wir begrüßen das geplante Sonderprogramm zur Erhaltung der biologischen Vielfalt mit zwei Mal 18 Millionen € für Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr. Ich will unterstreichen: Erfolgreicher Naturschutz gelingt nicht gegen die Landwirtschaft, sondern nur mit ihr. Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ebenso wie der Umweltminister hat auch unser Landwirtschaftsminister ein Programm für diese neuen Investitionen vorgelegt.

Die Landwirte in unserem Land wirken mit am Schutz der natürlichen Ressourcen, an der Pflege unserer reichen Landschaften; denn beides ist schützenswert: die biologische Vielfalt ebenso wie die wirtschaftliche Erzeugung regionaler und gesunder Lebensmittel aus Baden-Württemberg. Das ist uns wichtig. Das bleibt für uns ein zentraler Punkt. Gerade zu regionalen Ernährungsprodukten hat unsere Staatssekretärin häufig Vorträge gehalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist ein Haushalt der aktiven Generationengerechtigkeit. Die deutliche Aufstockung der Vorsorge für die künftigen Beamtenpensionen ist dazu ein wichtiger Beitrag. Wir wissen, welche hohen Ausgaben hier langfristig auf uns zukommen. Zu den Stichworten gehört neben den demografischen Veränderungen auch die Situation derjenigen, die in Ruhestand gehen werden. Den Versorgungsfonds haben wir 2007 noch unter der Regierung Oettinger eingerichtet. Das Sondervermögen steht heute bei 6,6 Milliarden €, und mit den Entscheidungen zu diesem Haushalt wird es bis Ende 2019 auf 7,8 Milliarden € angewachsen. Das ist eine enorme Leistung.

(Abg. Emil Sänze AfD: Bei welcher Verpflichtung?)

– Bei den Zahlungen in die Rücklagen zur Zukunftsvorsorge, bei den Pensionsverpflichtungen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir werden sogar ab dem 1. Januar 2020, Herr Kollege Sänze, nicht mehr nur 500 € pro Stelle und Monat zahlen, sondern für jede neu geschaffene Stelle 1 000 € zahlen und für jeden neu eingestellten Beamten die Rücklage auf 750 € erhöhen. Das ist Vorsorge für die Zukunft, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Rüdiger Klos und Dr. Rainer Podeswa AfD)

– Das machen wir nicht, Herr Podeswa, um mit Ihnen zu streiten, sondern das machen wir als Vorsorge für die Zukunft unserer Kinder und Enkel,

(Abg. Emil Sänze AfD: Das ist ja auch Ihre Verpflichtung!)

weil uns das am Herzen liegt.

Genauso schulden wir unseren pensionierten Beamten eine verlässliche Versorgung. Auch dieser Herausforderung stellen wir uns.

Auch darüber hinaus markiert dieser Haushalt eine wirklich – das haben wir immer betont – historische Trendwende. Zum ersten Mal seit 1969, also seit fast einem halben Jahrhundert, zahlt das Land tatsächlich und effektiv Schulden zurück. Konkret verringern wir den baden-württembergischen Schuldenberg um eine halbe Milliarde Euro durch direkte Tilgung, und die schon angesprochenen 2,4 Milliarden € werden wir für explizite und implizite Schuldentilgung etatisieren und verwenden.

Wir standen übrigens 2008 schon einmal vor dieser Frage. Die Finanzkrise hat uns dann bei den Plänen überholt.

(Zuruf von der AfD)

Jetzt wird es gelingen. Wir schaffen damit erstmals einen echten Durchbruch. Es war uns, auch mir persönlich, wichtig, hier ein klares Zeichen zu setzen. Wir haben früh für den Abbau auch von Altschulden plädiert. Tilgen und investieren, damit unterstreichen wir, dass wir es ernst meinen mit unserer Verantwortung auch für kommende Generationen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dieser doppelte Weg ist nicht zuletzt auch geboten, um eine Überauslastung unserer Volkswirtschaft zu vermeiden. Mit dem Blick auf optimistische Prognosen bin ich überzeugt: Wenn kein größeres Schockereignis die gute Konjunktur schwächt,

(Zuruf: Genau!)

dann müssen wir es hierbei nicht bei einer Einmalaktion belassen. Die jetzige Abzahlung von 500 Millionen € Altschulden ist ein erster Schritt, dem dann weitere folgen können. Wir müssen dann in einen strategischen Abbaupfad einbiegen, um die Schuldenlast nach und nach weiter abzutragen.

Dazu gehört auch, dass wir die Praxis stoppen, nicht verbrauchte Verschuldungsrechte durch die Haushaltsjahre zu schieben. Im Haushalt stecken dadurch faktisch seit Jahren verdeckte Schulden in der Größenordnung von über 1,5 Milliarden €.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Hier liegt ein Problem. Warum? Ich war damals in der Föderalismuskommission II unter Vorsitz von Oettinger in jeder Sitzung dabei. Im Ergebnis haben wir unsere Verfassung geändert und die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Somit können alte Verschuldungsrechte ab 2020 nicht mehr eingelöst werden. Das heißt, aus den alten Kreditermächtigungen würde plötzlich ein ganz reales Haushaltsloch. Ich habe festgestellt, Herr Kollege Gall: Das ist dem vorigen Finanzminister anscheinend gar nicht aufgefallen, oder er wollte es nicht berücksichtigen. Denn wir haben jetzt immer noch diese Situation vorgefunden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich werde ihn mal fragen!)

obwohl in den Jahren von 2011 bis 2016 enorme Einnahmesteigerungen zu verzeichnen waren. Stattdessen ist im Grunde der Karren einfach ungebremst weitergefahren. Er würde sonst an die Wand fahren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In Schwung gebracht haben Sie den Karren über Jahrzehnte hinweg! Das gehört auch zur Wahrheit!)

Denn es sind im Grunde Kreditermächtigungen etatisiert worden,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die sind seit 2010 unverändert!)

die man nicht gebraucht hätte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sind nicht in Anspruch genommene Kredite!)

Das ist die Realität, und damit machen wir Schluss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir begleichen damit ungedeckte Schecks.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden die alten Kreditermächtigungen jetzt ablösen. Wir beenden diese Form der Bilanzakrobatik.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die hat doch die CDU erfunden! Natürlich! Seit 2010 unverändert!)

– Entschuldigung! Wir haben ja die Schuldenbremse selbst eingeführt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sprechen von den Kreditermächtigungen! So ein Gelaber!)

Aber es war doch logisch, dass man das nach der Finanzkrise, Herr Kollege, dann ab 2011, als die Einnahmen so gestiegen sind, im Blick behalten musste. Diese Kreditermächtigungen lösen wir jetzt ab; damit räumen wir jetzt auf. Wir machen den Haushalt ehrlich. Wir unterlegen die ungedeckten Ausgaben der Zukunft mit echtem Geld statt mit virtuellen Schulden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Doppelhaushalt ist damit ein Meilenstein in der Geschichte. Die Koalition schafft, was seit Jahrzehnten nicht geschafft

wurde: 1,9 Milliarden € Abbau impliziter Schulden, eine halbe Milliarde € Abbau von direkten Kreditmarktschulden, Bereinigung der alten Kreditermächtigungen, die ich gerade angesprochen habe; dazu 600 Millionen € strukturelle Einsparungen in den Ressorts. Schon lange war die Bilanz des Landes nicht mehr so ausgewogen. Das ist eine wirklich wichtige Leistung für die Zukunft auch der Etatisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Auch hier gilt, was immer im Leben gilt – übrigens für jeden Einzelnen ganz persönlich –: Es gibt nur zwei Wege, reich zu werden: entweder den Besitzstand zu mehren oder die Bedürfnisse zu mindern.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Oder Fraktionsvorsitzender der CDU zu werden! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oder im Lotto zu gewinnen!)

Wir haben sicherlich Zuwachs, aber wir gehen damit verantwortungsvoll um – auch ohne Lottogewinn, Herr Kollege Rülke.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich will hier hinzufügen: Zu unserer haushaltspolitischen Verantwortung gehört entscheidend, dass wir auch die Kommunen dieses Landes gut ausstatten. Ich sage klar: Unseren Kreisen, Städten, Gemeinden im Land geht es aktuell so gut wie nie. Sie profitieren von einer sehr günstigen Entwicklung auch in den letzten zehn Jahren. Von 2006 bis 2016 sind die kommunalen Einnahmen um 56 % gewachsen. Diese Entwicklung ist übrigens deutlich besser als die beim Land. In summa haben die baden-württembergischen Kommunen seit 2007 7,6 Milliarden € mehr eingenommen, als sie ausgegeben haben. Das ist durchaus ein gutes Polster.

Auch für die Zukunft sagen die Steuerschätzer den Kommunen noch einmal stattliche Mehreinnahmen voraus. Über 1,3 Milliarden € mehr als bisher geplant stehen den Kämmerern bis 2019 nach den neuesten Zahlen zur Verfügung. Hinzu kommen bald noch weitere Finanzierungsquellen wie etwa Milliardenprogramme, die der Bund angekündigt hat, die den Kommunen hierzulande bis 2022 fast eine halbe Milliarde Euro in die Kasse spülen sollen. Mit Fug und Recht können wir sagen: In ganz Deutschland stehen die Kommunen in keinem anderen Land so gut da wie bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Das ist gut. Darauf sind wir stolz; denn wir wollen starke, stabile und vor allem leistungsfähige Kommunen. Wir wollen, dass die Kommunen ihre wichtigen Aufgaben für die Menschen im Land gut und verlässlich erfüllen können.

Deshalb beteiligen wir die Kommunen zusätzlich zu ihren eigenen erheblichen Steuernehreinnahmen auch noch freiwillig an den originären Mehreinnahmen des Landes. 380 Millionen € gehen bis 2019 in den kommunalen Sanierungsfonds, den wir 2017 neu aufgelegt haben. Gut 300 Millionen € davon werden zusätzlich zur normalen Förderung für die Sanierung von Schulen zur Verfügung stehen. Denn wir wissen: Investitionen in moderne Schulen sind direkte Investitionen in die Zukunft. Lernerfolg braucht auch eine gute Lernumgebung. Wie sagt Saint-Exupéry so schön? „Zukunft kann man

(Dr. Wolfgang Reinhart)

bauen.“ Wir finden, Schulhäuser sind eine wirklich gut gebaute Zukunft, in die wir hier investieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dafür engagieren wir uns, und zwar an der Seite unserer Kommunen.

Auch an anderen Stellen kommen wir den Kommunen finanziell erheblich entgegen; ich nenne etwa die Wohnkosten für Flüchtlinge sowie die Kleinkindbetreuung. Ich will nur einmal die Kleinkindbetreuung herausgreifen: Dafür überweisen wir in den nächsten beiden Jahren rund 1,9 Milliarden € an die Gemeindekassen.

Fazit: Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden fahren gut mit dieser Koalition und auch mit dieser Landesregierung. Die faire Partnerschaft gehört seit Jahrzehnten zum Markenzeichen unserer Politik, auch in diesem Haus. Und diese faire Partnerschaft mit den Kommunen setzen wir gern fort. Dafür stehen wir, und darauf können sich die Kommunen auch in Zukunft verlassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist auch ein Haushalt der Investitionen, und er ist ein Haushalt der Nachhaltigkeit. Kollege Schwarz hat es angesprochen. Er ist zudem ein Haushalt der klaren strategischen Gestaltung. Ein zentraler Punkt hierbei ist die Digitalisierung. Wir haben hier eine interministerielle Gruppe unter Vorsitz des Innenministers. Dies ist ein Schlüsselthema. Wenn Baden-Württemberg auch in Zukunft das Innovationsland Nummer 1 in Europa bleiben will, dann kommt diesem Thema eine ganz entscheidende Bedeutung zu.

Mit unserer Digitalisierungsstrategie und ihren 67 Leuchtturmprojekten steuern wir das Land auf die Überholspur in die digitale Zukunft. Was wir hier in Gang setzen, ist bundesweit Spitze. Bis zum Ende dieser Wahlperiode setzen wir nicht nur 300 Millionen €, sondern 1 Milliarde € nur für die Digitalisierung ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Doppelhaushalt enthält 265 Millionen € für innovative Digitalisierungsvorhaben in allen Lebensbereichen, von der Mobilität über das digitale Lernen bis hin zur Landwirtschaft 4.0. Es ist eine klare Ansage: Wir wollen Baden-Württemberg, wie erwähnt, zu einem Hotspot der Digitalisierung machen. Baden-Württemberg soll Vorreiter und Gestalter des digitalen Wandels werden.

Wenn ich beim Thema Wandel bin – ich habe dies im Rahmen der Digitalisierungsdebatte hier schon einmal gesagt –: Dieser Wandel, der sich in so rasantem Tempo vollzieht, ist ein Wandel ungeahnten Ausmaßes.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Brauchen Sie noch einen Taschenrechner?)

– Nein, aber ich will Ihnen Folgendes sagen: Der berühmte Neil Armstrong hatte bei der Mondlandung 1969 einen Bordcomputer zur Verfügung mit einem Arbeitsspeicher von 4 Kilobyte. Heute kann ein aktuelles Smartphone 4 Gigabyte verarbeiten und damit eine Million Mal so viel wie der Bordcom-

puter der Apollo 11. Die Entwicklung vollzieht sich immer rasanter und schneller.

Diesen Wandel müssen wir gestalten, und zwar für alle, für alle Lebensbereiche. Das ist eine Riesenherausforderung, und wir sehen dies als eine klare Ansage. Wir werden übrigens 2018 und 2019 weitere 210 Millionen € in den Breitbandausbau investieren.

Wir sind dann im dritten Jahr in Folge mit dreistelligen Millionenbeträgen für die digitale Infrastruktur unterwegs. Im Vergleich mit früheren Jahren stoßen wir damit in ganz neue Dimensionen vor.

Auch das ist übrigens Geld, das unmittelbar den Kommunen zugutekommt, und zwar jedem Dorf in diesem Land. Eine schnelle Internetverbindung verbessert die Standortqualität, macht Gewerbegrundstücke wertvoller und Wohnlagen attraktiver.

Aber Digitalisierung heißt natürlich nicht nur Kabel und Netze, sondern Digitalisierung verändert die ganze Gesellschaft, und diese Veränderung ist in diesem Land in vollem Gang. Gerade die Unternehmen in unserem Land – Kollege Schwarz hat die Handwerker angesprochen –, der gesamte Mittelstand – von der Industrie bis zum Mittelstand – spüren diesen Wandel.

Baden-Württemberg beliefert die Welt mit hoch innovativen Systemleistungen, Hightechmaschinen, Premiumautos, komplexen Anlagen. Das sind ideale Einsatzgebiete für neue digitale Technologien. Bosch etwa ist der Konkurrenz aus dem Silicon Valley beim autonomen Fahren technologisch um Längen voraus, übrigens deutlich vor Google.

Mich treibt dabei natürlich um – das muss uns alle umtreiben –, dass auch die Mittelständler in unserem Land, vom Handwerker bis zum Hidden Champion, mit dieser enormen und raschen innovativen Entwicklung Schritt halten. Deshalb werden wir sie u. a. mit regionalen Digitalisierungszentren gezielt unterstützen. Wir werden die digitalen Kompetenzen vernetzen, die digitalen Dienste zugänglich machen und damit vor allem auch den Wissenstransfer zum Mittelstand fördern. Für diese digitalen Hubs stellen wir Mittel in zweistelliger Millionenhöhe zur Verfügung. Das ist gut investiertes Geld.

Es geht darum, dass die digitalen Möglichkeiten auch in den Betrieben produktiv werden, die sie sich aus eigener Kraft nicht verschaffen können. Die Wirtschaftsministerin hat mehrfach auf die Bedeutung des Mittelstands hingewiesen. Er ist der Joker in unserem Standortpoker, und deshalb unterstützen wir das mit ganzer Kraft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mittelstand und Handwerk sind das wertvolle ökonomische Kernkapital des Landes, und es ist eine vitale Frage, dass hier eben auch diese digitale Transformation gelingt. Deshalb ist uns das ein wichtiges Anliegen.

Es wurde auch die Gründerkultur angesprochen. Eine dynamische, auch kreative Gründerkultur ist für uns genauso wichtig für den dauerhaften Erfolg des Standorts. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem attraktiven und vor allem weltweit sichtbaren Gründerland machen. Das ist unser festes Ziel;

(Dr. Wolfgang Reinhart)

denn wir brauchen diese innovative Energie, auch von Start-up-Unternehmen. Sie hilft uns, die traditionellen technologischen Stärken des Landes mit neuem Denken zu verknüpfen.

Ich sage voraus: Wir brauchen gerade in den Bereichen der Wirtschaft die Konkurrenz aus Kalifornien nicht zu fürchten. Jeder spricht zwar von GAFA – Google, Apple, Facebook, Amazon –, aber in der Wirtschaft, in der Industrie, bei Wirtschaft 4.0 sind wir weiter; da haben wir ganz andere Systemangebote.

Deshalb ist es gut, dass wir 34 Millionen € für den Seed- und Wagniskapitalfonds investieren. Das ist gut investiertes Geld, und das war meiner Fraktion wichtig. Darauf haben wir großen Wert gelegt. Als führendes Innovationsland braucht Baden-Württemberg auch eine führende Innovationskultur.

Baden-Württemberg ist immer noch die Innovationsregion Nummer 1 in Europa,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

vor der Umgebung von Paris, übrigens auch vor Bayern. Insofern wird nirgendwo so viel – der EU-Kommissar hat es dieser Tage auch im Staatsministerium noch einmal betont – in Forschung und Entwicklung, Patente etc. investiert wie in Baden-Württemberg – fast 5 %. Das ist Spitze, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit. Und daran müssen wir festhalten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Der technologische Wandel, um den es geht, wird auch die angesprochene Mobilität im Land verändern. Am Montag haben wir das Gutachten zur nachhaltigen Mobilität der Zukunft, das bei der Landesstiftung in Auftrag gegeben worden war, vorgestellt bekommen. Ich sage das deshalb, weil neue Antriebe, innovative Dienste, autonomes Fahren nur einige Stichworte sind, die dazugehören.

Wir stellen uns darauf ein und bringen die Dinge buchstäblich in Bewegung. Mit 40 Millionen € realisieren wir Ideen für die Mobilität der Zukunft. Weitere 43 Millionen € wollen wir bis 2021 in den Ausbau und auch in die Marktfähigkeit der Elektromobilität investieren, u. a. mit dem 2 000-Ladesäulen-Programm, was Ladeinfrastruktur angeht.

Ich glaube übrigens, dass wir – manche üben Kritik und sagen, da hätten wir vielleicht manches verschlafen –

(Abg. Emil Sänze AfD: Ja, ja, das stimmt!)

schon darüber nachdenken müssen – das betrifft die Wirtschaft, auch die Industrie –: Es gab bereits vor zehn Jahren das Erdgasauto. Ein Erdgasauto in Verbindung mit Benzin kann 900 km fahren.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das wollte keiner kaufen!)

Aber wir haben keine Infrastruktur bekommen, obwohl es die Autoindustrie teilweise als Modernisierung angekündigt hat. Auch dies gehört zur Bilanz dieses Jahrzehnts.

Wir sind jetzt aber gut unterwegs und positionieren das Auto-land Baden-Württemberg hervorragend für die Mobilität von morgen. Das ist uns wichtig. Denn es ist auch eine gewaltige

Zukunftsaufgabe, was diesen Transformationsprozess in der nachhaltigen Mobilität der Zukunft angeht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Und mehr noch als von unserem Erfolg auf dem Weg der Digitalisierung hängt unser Wohlstand der Zukunft vom Bildungserfolg unserer Kinder ab. Die Kultusministerin hat dies in der jüngsten Zeit oft genug unterstrichen.

Unser Bildungswesen hat vor wenigen Jahren – auch nach objektiver Expertenmeinung – noch ausgezeichnet funktioniert. Das belegen viele Vergleichsberichte. Heute sind wir mit unseren Schulen bestenfalls noch Mittelmaß, zum Teil sogar ernsthaft abwärtsbedroht. Viele Experimente, die uns teilweise vielleicht auch als Heilsversprechen verkündet worden sind, haben sich als fatale Irrtümer erwiesen. Manche hehre Idee hat in der Praxis einfach nicht funktioniert.

Ich hoffe, wir sind uns jetzt, weil wir alle in die Zukunft blicken, alle gemeinsam einig: So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Das hintere Mittelfeld ist nicht der Platz für Baden-Württemberg, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

Deshalb müssen wir unsere Schulen jetzt zurück auf Qualitätskurs bringen, und zwar – das füge ich hinzu – ganz ohne ideologische Scheuklappen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf von der AfD: Bravo! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das war mal echt innovativ!)

Das tun wir gemeinsam mit aller Entschlossenheit. Wir brauchen dazu einen langen Atem. Es wird kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Dabei stützen wir uns auf valides Wissen und echte Profis und nicht nur auf irgendwelche politischen Doktrinen.

Wir haben in den Regierungsfractionen gemeinsam schon drei große Expertenanhörungen gemacht, nämlich zum Thema Qualität, zum Thema Fortbildung und zum Thema Schulleitung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Frau Kollegin Boser nickt. Das waren, glaube ich, erfolgreiche Anhörungen und Veranstaltungen.

Es geht jetzt um messbaren Erfolg und nicht irgendwo um bildungspolitische Gesinnungen. Das absolute Ziel heißt: guter Unterricht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Daniel Rottmann und Hans Peter Stauch AfD)

Deshalb begrüßen wir es, dass wir Lesen, Schreiben, Rechnen in den Grundschulen mit acht zusätzlichen Stunden stärken. Denn Qualität beginnt am Anfang. Deshalb ist es selbstverständlich richtig, dass die korrekte deutsche Rechtschreibung überall vom ersten Schultag an gilt.

(Zuruf: Hört, hört!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Genauso richtig ist es, dass es in allen Grundschulen Noten gibt. Auch das will ich an dieser Stelle hinzufügen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Wir bringen 1 400 Lehrer mehr in den Unterricht, als zuletzt noch geplant war. Wir stärken die Realschulen mit einem attraktiven pädagogischen Profil, mit mehr Differenzierung, auch mit mehr Poolstunden. Das ist für unsere Fraktion schon jetzt eine ganz elementare Errungenschaft in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Realschule ist und bleibt die starke und breite Mitte unseres Bildungssystems. Wir helfen den Schulen mit über 300 zusätzlichen Lehrerstellen auch bei der Inklusion. Hinzu kommt das erwähnte Thema Informatik. Aber wir schaffen auch 200 neue Studienplätze für Lehrer, damit wir in Zukunft die zusätzlichen Stellen auch besetzen können. Wir kennen alle den oft zitierten Satz von Kennedy: „Nur eines ist teurer als Bildung, nämlich keine Bildung.“

(Beifall des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Deshalb ist uns Bildung ein Herzensanliegen. Mit fast 11,4 Milliarden € im Jahr eilt der Bildungsetat weiter von Rekord zu Rekord. Gegenüber 2016 werden die jährlichen Bildungsausgaben mit diesem Doppelhaushalt um 1,1 Milliarden € steigen. Das zeigt, Bildung gehört uneingeschränkt zu den Topprioritäten unserer Politik. Deshalb werden wir auch daran festhalten, weil es eine wichtige Zukunftsinvestition darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich will mit Blick auf die Vergleiche sagen: Die Forderung kann nicht immer nur sein „Mehr Geld für Bildung“, sondern sie muss in Zukunft auch heißen „Mehr Bildung für das vorhandene Geld“. Denn es zeigt sich: Unserem Bildungswesen fehlt es mit den erwähnten 11,4 Milliarden € jetzt nicht mehr an Geld. Es geht darum, dass wir in Zukunft mit klaren, einheitlichen und qualitativ verbindlichen Standards unterwegs sind. Daran müssen und werden wir arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

An unseren öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg arbeiten rund 127 000 oder 137 000 Lehrer. Die genaue Zahl habe ich jetzt nicht mehr in Erinnerung.

(Abg. Andreas Stoch SPD: 117 000! – Zuruf der Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

– 117 000. Also, dann muss ich mich korrigieren: 117 000 Lehrerinnen und Lehrer. Insgesamt beschäftigt das Land aber gut 300 000 Menschen im öffentlichen Dienst.

Wir wollen und brauchen motivierte und qualifizierte Beschäftigte und Beamte, denn auch die Aufgaben für die öffentliche Verwaltung werden immer anspruchsvoller. Ich danke allen, die für unser Land und damit für uns alle täglich ihren Dienst leisten. Das ist eine wertvolle Arbeit für unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Gerade die Sachkenntnis der öffentlich Bediensteten in unserem Land, die Loyalität, das Engagement unserer Staatsdie-

ner sind ein wahrer Schatz für unser Land. Deshalb: Das Land muss ein attraktiver und vor allem in diesen Zeiten ein wettbewerbsfähiger Arbeitgeber bleiben.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

In Baden-Württemberg herrscht aktuell Vollbeschäftigung – bei einer Arbeitslosenquote von gerade einmal noch 3,3 %. Wir haben früher bei 3 % immer von Vollbeschäftigung gesprochen.

Immer mehr Stellen bleiben unbesetzt. In einigen Branchen herrscht Fachkräftemangel. Wir müssen deshalb etwas bieten können, wenn wir auch in Zukunft gute Leute für den Landesdienst gewinnen wollen. Deshalb werden wir die ungerichteten und motivationsfeindlichen Gehaltsabschläge für junge Beamtinnen und Beamte abschaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Im nächsten Jahr bekommen alle Beamten vom ersten Tag an wieder volles Gehalt. Das war eine Forderung von uns schon von Anfang an. Wir haben geliefert, und zwar schnell und zuverlässig, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ohne einen starken öffentlichen Dienst gibt es keinen starken Staat. Wir setzen auf einen starken Staat, auf ein sicheres Baden-Württemberg. Es ist unser erklärtes Ziel, die Menschen im Land bestmöglich vor Terror, Kriminalität und Gewalt zu schützen.

Die konsequente Sicherheitspolitik dieser Koalition trägt unverkennbar unsere Handschrift. Wir sind mitten in einer beispiellosen Sicherheitsoffensive in der Geschichte dieses Landes.

Wir werden 1 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen. Diese Zusage aus dem Koalitionsvertrag setzen wir weiter mit großen Schritten gemeinsam um. Der vorliegende Doppelhaushalt enthält weitere 400 neue Stellen für zusätzliche Polizistinnen und Polizisten.

Und ja, wir werden damit auch zusätzliche Polizeibeamte ausbilden können und müssen. Darauf, dass wir zusätzliche Polizeibeamte ausbilden, kann sich jeder verlassen. Wir wollen, dass unsere Polizei überall im Land sichtbar und präsent für Sicherheit sorgt. Das ist unser Credo.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Rechtsfreie Räume oder No-go-Areas wird es mit uns auch in Zukunft nicht geben. Im Kampf gegen Einbrüche hat die Polizei schon klare Erfolge erzielt: Die Zahl der Einbrüche ist um 10 % gesunken, die Aufklärungsquote hat sich um 20 % verbessert. Das ist eine wichtige, gleich doppelte Trendwende.

Sicherheit ist kein Luxusgut. Sie ist elementar, und sie ist Kernbestandteil des Staatsauftrags. Deshalb erhöhen wir in diesem Haushalt die Investitionen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger noch einmal sehr, sehr kräftig. Neben zusätzlichem Personal rüsten wir unsere Polizei mit modernen Fahrzeugen, auch mit neuester Technik auf.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Im Anschluss an diese Aussprache wird die Zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Polizeigesetzes aufgerufen. Mit dem neuen Polizeigesetz werden wir auch die Befugnisse der Sicherheitskräfte verbessern. Damit sorgen wir wirksam für Sicherheit und versuchen, schwerste Straftaten zu verhindern. Ich möchte unserem Koalitionspartner ausdrücklich danken – allen Akteuren –, dass dieses Polizeigesetz für die Sicherheit der Menschen in unserem Land auf den Weg gebracht wird.

Auch wenn die erste Jamaika-Übung der FDP schiefgegangen ist, werden wir gemeinsam dafür sorgen –

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eure Jamaika-Übung ist schiefgegangen!)

– Nein, nein. Es wäre einmal ein guter Probelauf gewesen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den habt ihr in den Sand gesetzt!)

Aber wir sorgen aus Verantwortung für dieses Land für Sicherheit, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir stellen damit sicher, dass die Ermittler in unserem Land den Bedrohungen unserer Zeit nicht blind und taub hinterherlaufen, sondern immer einen Schritt voraus sind. Wir werden das Gesetzespaket ja nachher verabschieden. Auch damit setzen wir bundesweit Maßstäbe für ein mögliches Maximum an Sicherheit in unserem Land.

Ich füge hinzu: Polizeiarbeit heute, Herr Kollege Lorek, ist wichtiger und anspruchsvoller denn je. Deshalb will ich heute hier schon sagen: Ich danke allen Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag für die Sicherheit in diesem Land sorgen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Denn ihre Arbeit ist die Gewähr, dass unser öffentliches Leben überhaupt erst möglich ist. Wir meinen, es ist unsere Pflicht als Parlament, dafür zu sorgen, dass diese Arbeit unter guten und erfolgreichen Bedingungen stattfindet.

Dazu gehört ferner: Wir schaffen auch in der Justiz neue Stellen: für Richter, für Staatsanwälte, für den Strafvollzug. Auch dies gehört dazu, damit Straftäter schnell und konsequent verurteilt werden. Das ist dem Justizminister, das ist uns allen ein wichtiges Anliegen. Ein starker Rechtsstaat braucht eine handlungsfähige Justiz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Damit setzen wir auf den Rechtsstaat, aber wir wollen ihn auch durchsetzen. Baden-Württemberg ist ein offenes, ein vielfältiges, ein freies Land. Aber es gelten auch klare Regeln. Darauf bestehen wir –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

auch in Zeiten neuer Herausforderungen. Deshalb: Bei der Sicherheit gibt es für uns auch in Zukunft keinen Rabatt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Politik im Landtag, gerade auch unsere Haushaltspolitik, steht immer auch im Kontext von Entscheidungen in Berlin. Dort wird gerade über Jamaika verhandelt; deshalb wird unser Innenminister heute etwas später zur Debatte dazukommen. Gewissermaßen wird dort eine um die FDP veredelte schwarz-grüne Koalition besprochen.

(Lachen bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ob es dadurch edler wird, Herr Kollege? – Abg. Andreas Stoch: Jetzt wird es aber doch arg peinlich! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Diese Veredelung ist auch bitter notwendig! – Weitere Zurufe)

– Es ist nur die Frage, ob die Veredelung jeder will.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird sich zeigen!)

Natürlich haben wir aus Landessicht klare Erwartungen an dieses neue –

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Herr Stoch, ich habe wirklich Verständnis für diesen Phantomschmerz, den ihr habt.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Bitte was?)

Nein, Herr Stoch, ich meine das ganz anders, und zwar in der Rückblende auf das Jahr 2011. Wir haben das doch auch erlebt. Fünf Jahre waren wir hier in der Opposition, haben jedes Jahr gesehen, wie die Steuereinnahmen zugenommen haben. Wir hatten vorher die größte Krise zu bewältigen. Insofern kennen wir doch die Gefühle, Herr Stoch, die Sie im Moment begleiten und plagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir haben aber auch klare Erwartungen aus Landessicht; das ist doch klar. In einem hoch dynamischen Umfeld braucht Deutschland in den nächsten vier Jahren eine Politik, die wirtschaftliche Dynamik ermöglicht, die Mut macht, die Neugier weckt auf die Zukunft. Und ich füge hinzu: Neuwahlen wären wirklich die unvermeidbare, schlechteste Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Das muss die Agenda sein. Jamaika muss politisch Sinn machen für Deutschland, und zwar über die Mehrheitsarithmetik hinaus.

Die Steuerschätzung zeigt: Der Bund hat erhebliche finanzielle Spielräume. Wir hören das jeden Tag. Im November 2010 – ich will einmal daran erinnern – betrug die Steuereinnahmen im Land netto gerade einmal 18 Milliarden € und brutto 23 Milliarden €. Die Einnahmen im Bund lagen bei 224 Milliarden €. Ich hatte damals im Bundesrat selbst die Ehre, für die Länder zum Haushalt des Bundes zu sprechen. Die Einnahmen des Bundes steigen nach der Prognose auf über 360

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Milliarden € im Jahr 2021. Das ist eine Steigerung um mehr als 60 %.

Die Wirtschaftsweisen empfehlen ja nicht zuletzt deshalb in ihrem neuen Gutachten ausdrücklich die Entlastung der Bürger. Insoweit ist es das Geld der Steuerzahler sowie der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, die das erwirtschaften, was hier durch Steuerentlastungen zurückgegeben werden soll. Das begrüßen wir ausdrücklich; denn ich bin überzeugt davon, dass auch für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags in dieser Periode Luft im Bundeshaushalt vorhanden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das wäre auch gerade für den Mittelstand ein wichtiges Signal. Gleiches gilt für die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Die Wirtschaft ist stark, weil sie forschungsstark ist; die Hochschulen, Forschung und Entwicklung liegen uns am Herzen. Sie sind die Exzellenz dieses Landes, und wir sind weltweit konkurrenzlos bei FuE. Baden-Württemberg stemmt etwa ein Drittel der Forschungsausgaben der ganzen deutschen Wirtschaft. Es ist deshalb auch wichtig, dass man den Forschungsaufwand steuerlich geltend machen kann.

Wir werden Lösungen bei der Luftreinhalteproblematik brauchen. Insofern können wir unseren Verhandlungsführern – der Herr Ministerpräsident ist gerade unterwegs – und den Kollegen, die Verantwortung für das Land tragen – Thomas Strobl und anderen –, viel Erfolg wünschen.

Schließlich – das will ich noch abschließend sagen –:

(Zuruf: „Abschließend“!)

Politik in Deutschland heißt immer auch Bund und Länder. Ich kann nur warnen: Wir sollten die Länder in ihrer Eigenstaatlichkeit nicht weiter aushöhlen. Auch das muss eine Botenschaft nach Berlin sein.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Es muss auch ein Selbstverständnis von uns sein, darauf zu achten, dass der Ausverkauf der Länderrechte nicht weitergeht. Wir wollen starke, eigenberechtigte und selbstbewusste Länder und nicht, dass die Länder in Zukunft Verwaltungsdepartements im Bund sind.

Der Föderalismus ist keine Folklore, er ist in der Bundesrepublik das Prinzip schlechthin. Deshalb: Hände weg vom Kooperationsverbot!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Kulturhoheit der Länder ist nämlich das Kernelement unserer Staatsarchitektur. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sich etwas dabei gedacht. Wir wollen die Kulturhoheit nicht leichtfertig und kurzfristig preisgeben. Das ist unsere tiefste Überzeugung.

Meine Damen und Herren, vor etwa einer Woche haben sich – die Bilder haben wir noch im Kopf – Präsident Macron und

der deutsche Bundespräsident am Hartmannsweilerkopf getroffen. Wir seitens der CDU-Fraktion haben ebenfalls Mittel für dieses Projekt, für diese Gedenkstätte, zur Verfügung gestellt. An dem Ort, wo sich jetzt die Gedenkstätte befindet, sind vor hundert Jahren 30 000 junge Männer auf beiden Seiten zu Tode gekommen.

Wenn wir uns an einem solchen Gedenktag wie auch an diesem Wochenende bewusst machen, was die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen, mit zig Millionen Toten bedeutet hat, dann muss uns immer klar sein, welch großes Geschenk Versöhnung bedeutet hat, beginnend mit der deutsch-französischen Freundschaft – zu Recht hat Kollege Schwarz die grenzüberschreitende Zusammenarbeit angesprochen, die Tatsache, dass aus Feinden Freunde geworden sind – bis zu unserer Donauraumstrategie, die wir begonnen haben, die kleine und die große Zusammenarbeit.

Europa muss uns am Herzen liegen. Die Nation liegt uns am Herzen, aber nicht Nationalismus. Auch das will ich in diesem Zusammenhang sagen. Europa bedeutet für uns, dass wir von Europa profitieren, vom Binnenmarkt profitieren. Das stellt gerade für die Exportwirtschaft des Landes Baden-Württemberg den größten Vorteil dar, weil 60 % ihrer Exporte dorthin gehen.

Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Vor 70 Jahren hat Alfred Müller-Armack den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt. Bis heute steht dieser Begriff für eine Ordnung der Freiheit in Verantwortung. Unser Land mit seinem starken Mittelstand, mit seiner aktiven Daseinsvorsorge, mit seinen vielen ehrenamtlich Tätigen – das Ehrenamt ist unbezahlt, aber unbezahlbar – ist ein Musterland der sozialen Marktwirtschaft. Es ist ein Modell für Wohlstand, für Zusammenhalt, für Chancen für alle. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen, damit es auch in Zukunft so bleibt. Wir machen unser Land stark für eine spannende Zukunft, damit wir auch in Zukunft sagen können: Es ist immer noch ein Glück, in diesem Land zu leben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort.

(Zuruf: Ist er immer noch hier?)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist das die Abschiedsrede, Herr Kollege?)

– Sie werden ja sehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren Abgeordnete! Mit ihrer diesjährigen Rede zum Doppelhaushaltsplan knüpft unsere Finanzministerin Sitzmann an ihre Leistung – wenn man das denn so nennen will – des Vorjahres an.

(Dr. Jörg Meuthen)

Was wir in der vergangenen Woche hier im Plenarsaal erlebt haben, war ein weiteres fast einstündiges Phrasenfestival voller so absehbarer wie weitgehend sinnbefreiter Plattitüden.

Eigentlich hatte ich gedacht: Das lässt sich nicht mehr steigern. Dann hat mich Herr Schwarz heute aber eines anderen belehrt. Doch, da geht noch mehr, das ist noch steigerungsfähig. Herr Schwarz hat noch ein paar Plattitüden draufgesetzt.

Bei Herrn Reinhart ist das etwas anders. Ihre Worte, Herr Kollege, höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich darf kurz Bezug nehmen auf Ihr Hohelied des Föderalismus und der Eigenständigkeit der Länder. Da sind wir ja völlig bei Ihnen; das wissen Sie auch. Aber schauen Sie sich einmal die von Ihnen mit gebilligte Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen an, dann werden Sie sehen, dass die Eigenständigkeit massiv leidet. Wer zahlt, bestimmt.

(Beifall bei der AfD)

Wir hängen mehr denn je am Gängelband des Bundes. Dem haben Sie zugestimmt. Deswegen fehlt mir da ein wenig der Glaube.

Doch zurück zu den Plattitüden. Wir können ein weiteres Mal froh sein, dass wir nicht für jede dieser Phrasen einen Euro ins Phrasenschwein haben einzahlen müssen; denn ansonsten wäre das auch mit einer minimalen Schuldentilgung sicherlich nichts geworden. Vielmehr stünde uns sonst trotz Rekordsteuereinnahmen eine horrende Neuverschuldung bevor.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP –
Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das
haben sie ihm alles aufgeschrieben!)

Gut, dass zumindest das abgewendet werden konnte. – Ja, Herr Schwarz, das ist wahrscheinlich aufgeschrieben, wenn ich auf Sie Bezug nehme. Denken Sie einmal nach, falls es gelingt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Neue Schulden sind durch die Phrasendrescherei also keine entstanden – immerhin. Doch wurden, wie behauptet, bestehende Schulden getilgt? Nein, auch das nicht. Hier wird es dann mehr als nur ein Ärgernis, verehrte Frau Ministerin; denn was Sie hier in der letzten Woche in Ihrem langatmigen, nicht enden wollenden Sermon der Selbstbeweihräucherung vortragen haben, war doch eine bewusste Volksveräppelung. Anders sind Ihre Ausführungen nicht zu verstehen.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Denn im vorliegenden Haushaltsplan stellen Sie faktisch keinen einzigen Euro zur Schuldentilgung zur Verfügung. Wenn Sie behaupten, dass durch das Streichen alter Kreditemächtigungen Schulden getilgt werden, dann muss ich Ihnen entgegen, dass nicht vorhandene Schulden auch nicht getilgt werden können.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! –
Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist eigentlich simpel!)

Es reicht völlig aus, einfach nur die Ermächtigung nicht in Anspruch zu nehmen. Das ist eigentlich ganz logisch, aber

vermutlich gerade deshalb für unsere Landesregierung, deren Stärke sicherlich nicht im logischen Denken liegt, nicht ganz nachvollziehbar.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wer es mit der Logik nicht so hat, der muss nun einmal auf dreiste Taschenspielertricks und blumige, sinnfreie und nichtsagende Wohlfühladjektive zurückgreifen. Triviale Billiglyrik statt dringend gebotener knallharter Haushaltsprosa – eine schon ins Peinliche reichende Beleidigung für dieses Parlament. So glaubt man wohl, in kleingeistiger Arroganz der Macht seine erbarmungswürdige Einfallslosigkeit kaschieren zu können – was ein weiterer Irrtum ist, Frau Ministerin.

Selbst wenn Ihre Behauptung, in den kommenden zwei Jahren 500 Millionen € de facto zu tilgen, stimmen würde, wäre das in Anbetracht der Rekordsteuereinnahmen – da habe ich die Steuerschätzung noch gar nicht einbezogen – doch immer noch lächerlich bei einem Schuldenberg von fast 50 Milliarden €.

(Beifall bei der AfD)

Tilgen im Schildkrötentempo: Wenn wir in dem Tempo tilgen, wie Sie es letzte Woche voller unbegründetem Eigenlob angekündigt haben, wäre Baden-Württemberg in etwa 200 Jahren schuldenfrei – und das bei der Steuereinnahmesituation, auf die Sie selbst ja immer wieder verweisen, die famoser gar nicht sein könnte.

200 Jahre alt und etwa doppelt so viele Kilogramm schwer ist Esmeralda, die mutmaßlich älteste noch lebende Schildkröte der Welt. So behäbig, wie Esmeralda sich im Alltag bewegt – Fernsbilder belegen das –, ist die Landesregierung bei der Schuldentilgung.

(Beifall bei der AfD)

Esmeralda wird wahrscheinlich ein schuldenfreies Baden-Württemberg nicht mehr erleben; ich habe da jedenfalls Zweifel. Nicht, dass es Esmeralda besonders interessieren würde,

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

aber die Bürger dieses Landes, Frau Ministerin, die interessiert das sehr.

Dass in wirtschaftlich ganz guten Zeiten nicht nennenswert getilgt wird, ist an sich schon ein unverzeihliches Vergehen an der kommenden Generation. Die darf eines Tages die Zehche zahlen, weil die Politik von heute mal wieder zu lethargisch, zu mutlos war. Das ist das Problem.

Übrigens, verehrte Frau Ministerin: Dass es aktuell wirtschaftlich im Ländle noch ganz gut läuft – worauf Sie mehrfach hingewiesen haben, und zwar zu Recht –, hat nichts, aber auch wirklich gar nichts mit der aktuellen Landesregierung und schon erst recht nichts mit Ihrer verkorksten Haushaltspolitik zu tun.

Sie, Frau Ministerin, und Ihre Landesregierung begreifen immer noch nicht, dass Politik das Morgen gestaltet, nicht das Heute. Sie tragen keinerlei Verantwortung für das Heute, und Ihnen gebührt auch keinerlei Lorbeer dafür, auch wenn Sie

(Dr. Jörg Meuthen)

sich den diebisch umzuhängen versuchen. Sie verantworten mit Ihrem Haushalt – machen Sie sich das bitte bewusst – allein das Morgen. Dank Ihrer komplett verfehlten Schwerpunktsetzung, auf die ich noch eingehen werde, wird es in diesem Morgen in nicht allzu ferner Zukunft ein bitterböses Erwachen geben.

Frau Ministerin, Sie sagten, dass gute Steuereinnahmen allerorten die Erwartungen wecken würden, teilweise überbordende Erwartungen, nach dem Motto: Wann, wenn nicht jetzt, das Geld mit vollen Händen ausgeben?

(Zuruf: Genau!)

Weiter sagten Sie – ich zitiere –:

Aber die größten Fehler werden bekanntlich in guten Zeiten gemacht. Wir dagegen wollen die guten Zeiten nutzen, um für schlechtere vorzusorgen.

Ja, Frau Sitzmann, täten Sie das bloß! Grundsätzlich ist das ja völlig richtig, was Sie da sagen. Aber bei so einer Haushaltsplanung, wie Sie sie hier vorlegen, werden die schlechten Zeiten mit Gewissheit schneller kommen, als Sie das beabsichtigen und ahnen.

Nun, vorgesorgt haben Sie ja für die schlechten Zeiten – allerdings in erster Linie für sich selbst. Wir erinnern uns – es ist noch nicht lange her – an dieses unsägliche Selbstbereicherungsgesetz, das in einer Nacht- und Nebelaktion von den hier anwesenden Kartellparteien beschlossen wurde

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Oh-Rufe)

und das u. a. eine Verdopplung der Mitarbeiterpauschale, eine Erhöhung der steuerfreien Kostenpauschale um ein Drittel vorgesehen hat – aber dazu später noch ein paar Worte.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sagt der Richtige! Sie sind dazu berufen! Meine Güte! Der glaubwürdigste Vertreter! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wer hier im Raum will zwei Mandate gleichzeitig ausüben? – Vereinzelt Beifall)

– Herr Stoch, darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Warten Sie es ab. Das habe ich mir als Schmankerl speziell für Sie zum Ende der Rede aufbewahrt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir aber gespannt!)

Ich nehme übrigens aktuell ein Mandat wahr. Das haben Sie nur immer noch nicht begriffen. Ich werde es Ihnen aber darlegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir einmal gespannt!)

Da hier schon wieder einige aufstöhnen, wenn ich von den Kartellparteien spreche – das hat schon fast Tradition; wir sagen: „Kartellparteien“, Sie regen sich wahnsinnig auf,

(Heiterkeit bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Haben Sie etwas gehört?)

weil Sie diese Formulierung einfach nicht verstehen –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

kommt jetzt ein kleiner volkswirtschaftlicher Exkurs, der bei dem hier grassierenden ökonomischen Analphabetentum sicherlich nicht schaden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Was glauben Sie eigentlich, wer Sie sind? – Abg. Reinhold Gall SPD: Unverschämtheit! Wer sind Sie denn eigentlich? Wie arrogant kann man eigentlich sein? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer sind Sie eigentlich? Sie platzen ja vor Arroganz! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Was haben Sie denn bisher geleistet? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was für eine Arroganz!)

Wenn sich unterschiedlich – Frau Präsidentin, ich habe das Wort.

(Glocke der Präsidentin)

– Danke schön.

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment bitte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So weit kommt es noch, dass ich mich von dem hier beleidigen lasse! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dafür, dass Ihre Reihen so dünn besetzt sind, Herr Kollege, ist Ihre Fraktion ganz schön laut.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dafür tragen auch Sie Verantwortung! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, einen Moment bitte.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Auch dafür, dass Ihre Reihen dünn besetzt sind, tragen wir die Verantwortung? Warten Sie, Ihre Reihen werden sich noch ganz anders ausdünnen. Aber das dauert noch ein Weilchen.

Wenn sich unterschiedliche Marktakteure zusammenschließen, um den Wettbewerb zu beschränken und einen missliebigen Konkurrenten, der neu in einen Markt eintritt, zu verdrängen, dann spricht man in der Wirtschaftswissenschaft von einem Kartell. Das sollte Allgemeinbildung sein.

(Beifall bei der AfD)

Nun übertragen Sie das einfach einmal auf den politischen Wettbewerb. Sie werden schnell feststellen, dass Sie Woche für Woche auch und gerade hier im Haus nichts anderes machen, als sich zu einem Altparteienkartell gegen die AfD zusammenzuschließen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Manche Wettbewerber sind aber eher Parasiten!)

Die Altparteien als personifizierte parlamentarische Kartellbehörde. Selbst wenn ein Ministerpräsident Kretschmann Millionen von Wählern als „Bodensatz“ verunglimpft, solidarisiert sich seine rote und magenta-gelbe Scheinopposition mit ihm. Wir haben das hier vor wenigen Wochen erlebt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

(Dr. Jörg Meuthen)

Klar ist das so. Wir haben das erlebt. Ein Heinz-Detlef Rülke und seine nominalliberale FDP – ach, Sie heißen gar nicht Heinz-Detlef; aber Sie haben es auch nicht so mit den Vornamen –

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Oh!)

solidarisieren sich dann nicht etwa mit den beschimpften Wählern, sondern mit dem beschimpfenden Winfried – immerhin, der Vorname stimmt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man sollte es können! Man sollte es einfach können! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie nehmen sich zu wichtig!)

Schließlich möchte man ja der eigenen Bundespartei – da kommen wir dann zu Herrn Rülke – nicht in den Rücken fallen, die für eine Regierungsbeteiligung – da sind wir beim Thema Jamaika, das Herr Reinhart schon anspricht –

(Zuruf von der AfD: Genau!)

bekanntlich wieder einmal bereit ist, schlichtweg alles zu tun.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja was denn?
– Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Da wissen Sie aber mehr als wir!)

– Na, z. B. hat doch Ihr Kollege schon am Wahlabend in der ersten Talkrunde den vor der Wahl angekündigten Untersuchungsausschuss „Merkel“ ausgeschlossen, zurückgezogen. Die Klage gegen das maassche Zensurgesetz, wie vor der Wahl angekündigt, ist plötzlich kein Thema mehr.

Was hat denn noch weniger Rückgrat als ein Gummibärchen? Richtig, die FDP.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein Herr Meuthen, der in zwei Parlamenten ist und dasselbe anderen wie Frau Petry vorwirft!)

Ich hoffe, Sie alle haben nun verstanden, was ein Kartell ist und warum ich mir, solange ich hier im Haus noch spreche, weiter erlauben werde, von Kartellparteien zu sprechen – eben, weil es zutrifft.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Hoffentlich nicht mehr lange!)

– Nein, nicht mehr lange, Herr Kollege, seien Sie beruhigt. Ich sage auch dazu gleich noch ein paar Worte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beim Europaparlament freuen sich schon alle auf Sie!)

Nochmals kurz zurück zum Selbstbereicherungsgesetz der Kartellparteien: Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim bezeichnete diese Selbstbereicherungssorgie, die Sie – nicht wir – hier mit vier Parteien gezündet haben, als grob unangemessen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der größte Selbstbereicherer sind doch Sie! Der größte Selbstbereicherer heißt Meuthen!)

– Das werde ich Ihnen gleich vorrechnen, Herr Rülke. Haben Sie einfach einen Moment Geduld. Das werde ich Ihnen vorrechnen. Verlassen Sie sich darauf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sind der größte Selbstbereicherer! Zwei Mal Aufwandspauschale kassieren, zwei Mal Altersversorgung und zwei Mal Mitarbeiterpauschale! Der größte Selbstbereicherer heißt Meuthen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Seien Sie doch nicht so ungeduldig. Versuchen Sie es doch einmal mit Gelassenheit, Herr Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie sind der Abzocker! Da sind Sie einsam an der Spitze!)

Ich rechne es Ihnen gleich vor. – Und zu dem Abzocker kommen wir auch noch. Dann werden wir einmal sehen, wer hier abzockt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Warten Sie es doch ab.

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment bitte, Herr Abg. Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wie schön, dass ich unbegrenzte Redezeit habe.

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe sind ja erlaubt. Es sollte aber nicht praktisch der gesamte Landtag im Chor Zwischenrufe machen.

(Zuruf: Das nennt man dann Kartell!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wissen Sie, Frau Präsidentin, der Kollege Rülke kann Zwischenrufe nicht von einem Koreferat unterscheiden. Das ist sein Problem.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Aber vielleicht lernt er das im Laufe der Zeit noch.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für ein Koreferat muss erst einmal ein Referat gehalten werden!)

Ich bezeichne das, was Sie hier gemacht haben, als dreiste Selbstbedienungsmentalität einer sich immer mehr vom Volk entfernenden, kleptokratisch veranlagten Politikerkaste auf Kosten der Bevölkerung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der AfD, ja!)

Dann schwadroniert die Frau Ministerin hier etwas von „Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates durch solide Haushaltspolitik“. Woher soll denn bitte dieses Vertrauen kommen, Frau Ministerin? Woher? Sie versichern uns, dass das Steuergeld bei Ihnen in guten Händen sei. Das haben Sie letzte Woche gesagt. Das ist doch unfreiwillige Realsatire. In den Händen der Grünen?

(Lachen der Abg. Carola Wolle AfD)

Das Steuergeld ist bei Ihnen in etwa in so guten Händen wie das Rotkäppchen – mit Wölfen haben wir es ja in diesem Haus in jüngerer Zeit – in den Händen des Wolfes.

(Dr. Jörg Meuthen)

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das Doppelmandat bei Meuthen!)

Da wird es nämlich komplett verschlungen,

(Beifall bei der AfD)

komplett verschlungen wie unsere Rekordsteuerzahlungen von dieser Landesregierung. Im Haushalt sind horrenden Summen für – Achtung, genau hinhören – die Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen, wie uns die Frau Ministerin letzte Woche wissen ließ. Man möchte also den Klimawandel bekämpfen – also die Naturgesetze, denn Klimawandel ist Naturgesetz –, und zwar hier in Baden-Württemberg mit Grün-Schwarz; die können das. Das ist ambitioniert.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn!)

Das erinnert ein wenig an die typisch deutschen Allmachtsfantasien und die verbreitete Hybris, dass ein paar eingesparte Tonnen CO₂ in Baden-Württemberg auch nur irgendetwas auf dieser Welt ändern könnten. Am deutschen Wesen soll also wieder einmal die Welt genesen. Das hat in der Vergangenheit nicht immer gut geklappt.

Baden-Württemberg emittiert gerade einmal 67 Millionen t CO₂. Das entspricht einem Sechshundertstel aller globalen CO₂-Emissionen. Nun wollen unsere Ökofantasten hierzulande den Ausstoß langfristig sogar von 67 Millionen auf 9 Millionen t CO₂ absenken. Damit bringen wir große Teile der Wirtschaft in unserem Land und damit die ohnehin auf einem immer wackliger werdenden Fundament stehende politische und gesellschaftliche Ordnung in Gefahr. Das ist aus der Sicht der Grünen alles der Klimaretter unterzuordnen, denn das ist viel wichtiger, keine Frage.

Und wie rettet man das Klima? Wie machen die das denn? Na klar: indem man im Doppelhaushalt große klimarettende Aktionen ankündigt – 2018/2019 schafft man sage und schreibe 225 zusätzliche Stellen in der Umwelt- und Naturschutzverwaltung –,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

indem man also eine Ökobürokratie großzucht,

(Beifall bei der AfD)

die komfortable Karriereparadiese für verkrustete Altparteienkader schaffen soll.

Es ist, wie es Ludwig von Mises bereits sagte – ich zitiere ihn –:

Wer seinen Mitmenschen nicht zu dienen in der Lage ist, will sie beherrschen.

Das geht nun einmal am besten vom bequemen Bürokratenessel aus. Darin sind Sie ganz großartig und hoch talentiert, in der Tat.

Wo wir schon bei der Bürokratie sind: Was ist eigentlich aus dem 1 480-Stellen-Einsparprogramm geworden, von dem Sie es letztens hatten? Still und heimlich steigt die Landesregierung aus diesem Einsparprogramm aus. Es besteht gar kein politischer Wille, die Stellen einzusparen und den Staat hier gesundzuschumpfen. Vielmehr baut man – das haben wir zu

hören bekommen – die Beamtenarmee um zusätzliche Bataillone aus, etwa im Staatsministerium oder durch die Schaffung eines Normenkontrollrats – auch das ein teurer Akt fiskalischer Verschwendung und Postenschafferei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen)

Interessant sind auch die sechs eingesetzten promovierten Sozialwissenschaftlerinnen im Nationalpark Schwarzwald. So günstig werden die als Promovierte nicht sein. Doch was tun die überhaupt? Ganz wichtige Sachen: Im Nationalpark untersuchen sie die Natur-Mensch-Beziehung.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das ist wichtig. Konkrete Aufgaben dabei sind z. B. soziokulturelles Monitoring

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– ich räume ein, ich habe dabei intellektuelle Verständnisprobleme –,

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht nur da! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/ DVP: Wie so oft!)

die Bewertung der Akzeptanz des Nationalparks oder Besuchermonitoring und Ähnliches mehr.

Dieser Nationalpark ist ohnehin ein teures Vergnügen. 32 Millionen € sind für das Besucherzentrum des Nationalparks veranschlagt – ursprünglich waren das einmal 10 Millionen € weniger. Pannenbau, ein Streik, edle Hölzer. Wozu eigentlich edle Hölzer? Seltene Ausstattungen müssen nun einmal sein. Im Haushaltsplan bezeichnet man das ganz nonchalant als zusätzliche Kostenrisiken. Wir fordern hier mehr Haushaltsdisziplin. Deswegen haben wir in unserem Programm auch den überfälligen Straftatbestand der Steuergeldverschwendung verankert.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Niemand darf sich den Staat zur Beute machen, doch genau das geschieht hier ständig.

Jeder Steuercent, der für derlei Quatsch ausgegeben wird, fehlt dort, wo der Staat seinen eigentlichen Kernaufgaben nachgehen sollte. Man muss es in dieser Deutlichkeit sagen: Neben dem viel zitierten „Kampf gegen Rechts“ ist der Ökologismus die zweite Kollektivpsychose, die den Linken die Einsicht erspart, dass sie ansonsten keine politischen Themen mehr haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So nimmt es nicht Wunder, dass Ihre Rede, Frau Ministerin, weitaus mehr wie die Rede einer Umweltministerin als wie die Rede einer Finanzministerin klang, und zwar über weite Strecken der Rede. Dieser Ökologismus hat mittlerweile die psychisch-emotionale Dimension einer Ersatzreligion bei Ihnen angenommen, an die man sich wie an einen letzten Strohalm klammert, nachdem sich alle paternalistisch-volkserzieherischen Drängelungs- und Gängelungsideologien als gescheiterte Gesellschaftsexperimente erwiesen haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Ich verweise hier auf den großen Freiheitsautor Roland Baader.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Oh!)

Dieser hat einmal geschrieben, ein zentrales Menschenrecht sei das Recht, in Ruhe gelassen zu werden.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Machen Sie das doch!)

Genau darum bitte ich Sie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Fangen Sie damit an! Das wäre am allerbesten! Fangen Sie damit an!)

Lassen Sie die Menschen mit Ihren an Wahnhaftigkeit grenzenden Allmachtsfantasien politischer Steuerung – selbst der Steuerung des Weltklimas – aus dem Landtag zu Stuttgart heraus doch einfach in Ruhe.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Was mich besonders bedenklich stimmt: Um Ihrem ökopateralistischen Machbarkeitswahn wenigstens ein Fünkchen Legitimität und so etwas wie Wissenschaftlichkeit zu verleihen, verweisen Sie auf eine Studie – wir haben es in letzter Zeit im Plenum echt mit den Tieren –, wonach die Menge der Insekten in Deutschland innerhalb von 27 Jahren um drei Viertel abgenommen habe. In der deutschen Presse, die das dankbar aufgegriffen hat, war anschließend – so in der ZEIT – von einem „ökologischen Armageddon“ und – so in der „Frankfurter Allgemeinen“ – vom „großen Sterben der Insekten“ die Rede. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, die Apokalypse stünde unmittelbar bevor – die typische Ökodemagogie.

(Abg. Anton Baron AfD zu den Grünen: Angstschüler! – Abg. Sabine Wölfe SPD: Sie haben doch überhaupt keine Ahnung!)

– Sie sagen, ich hätte davon keine Ahnung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben auch keine Ahnung! Das ist das Schlimme!)

Dann gehen wir doch einmal auf die Faktenlage ein, Frau Kollegin.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben keine Ahnung!)

– Dann reden wir doch einmal darüber. Reden wir doch einmal über die Quellen. Wie so oft lohnt sich ein Blick in die Schweizer Zeitung.

(Zurufe)

Für die, die es immer noch nicht erkannt haben: In unserem Land ist die Schweizer Presse mittlerweile so eine Art Westfernsehen, weil man da nämlich noch objektive Informationen bekommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Für Rechtsradikale Ihrer Couleur ist das so! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie Frau Weidel gesehen?)

Zum neuen Westfernsehen gehört – Sie müssen sich das jetzt anhören; ich erkläre es Ihnen ja – auch die „Basler Zeitung“, die – hören Sie doch zu, Frau Kollegin, dann können wir einmal schauen, was da stimmt – die Studie, die sich mit dem angeblichen Insektensterben befasst, ein wenig genauer unter die Lupe nimmt.

Zur Aufklärung: Die Mitglieder des Entomologischen Vereins Krefeld fingen seit 1989 vielerlei Insekten. Dabei benutzten Sie spezielle Netzvorrichtungen, sogenannte Malaise-Fallen, die an insgesamt 63 Standorten aufgestellt wurden. Bis 2016 waren auf diese Weise bei 1 500 Einzelproben 53 kg Insekten zusammengekommen. Die Vereinsmitglieder und einige Forscher werteten dann die Sammelwerte aus, bereiteten sie statistisch auf und kamen zu dem Schluss, dass die Menge an Insekten seit 1989 um 76 % zurückgegangen ist – eine Zahl, die die Grünen natürlich allzu gern für ihre Ökopropaganda aufgreifen.

Das klingt auch dramatisch, doch ist dieser Befund bei genauem Hinsehen sehr stark zu relativieren. Denn anders, als es die Medien suggerieren, die den Grünen das einfach mal so geglaubt haben, hatten die Vereinsmitglieder ihre Fallen jährlich nicht an den 63 gleichen Standorten aufgestellt, sondern immer wieder an neuen, anderen Orten.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Durchgehende Fangresultate gibt es tatsächlich von sage und schreibe keinem einzigen Standort. Darauf hat der Verein verzichtet, weil es ihm zu aufwendig war und ein jährliches Insektenfangen am immer gleichen Standort die Insektenpopulation an diesem Standort bedrohlich dezimiert hätte.

Es wechselten auch nicht nur die Standorte ständig. Der Verein machte von Jahr zu Jahr unterschiedlich viele Messungen. Das führt automatisch zu Verzerrungen, wie Statistiker wie Walter Krämer – ihn sollten Sie kennen; das ist einer von Deutschlands führenden Statistikern – von der TU Dortmund richtig bemerken. Er sagt dazu nämlich – ich erlaube mir zu zitieren –:

Hätte man das Jahr 1991 statt 1989 als Anfangspunkt gewählt, dann wären es statt 76 % weniger Insekten nur etwa 30 % weniger gewesen.

Das klingt dann nicht mehr ganz so dramatisch.

Zudem sind die Studien der – ich betone – Hobbywissenschaftler – das ist keine Abwertung; es ist ja schön, dass Menschen so etwas machen – weder für Deutschland noch für Europa repräsentativ, da die Fallen fast ausnahmslos im westlichen Teil Nordrhein-Westfalens positioniert waren und dort ausnahmslos in Naturschutzgebieten. Wie die Entwicklung in landwirtschaftlich genutzten Gebieten oder in Städten ist, ist dagegen tatsächlich komplett unbekannt. Sie erzählen uns hier aber, weil es Ihnen in den grünen Kram passt, 76 % der Insektenpopulation würden verschwinden. Das ist ein Märchen, das Sie uns hier aufbinden, und das ist Ökopopulismus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zudem sind die Gründe für einen möglichen Rückgang von Insekten gar nicht genau zu bestimmen. Das räumen die Forscher übrigens selbst ein. Ein bisschen dünn, um hieraus Pro-

(Dr. Jörg Meuthen)

paganda zu machen, meinen Sie nicht? Es schert aber nur die wenigsten, wenn man es für die eigenen Zwecke gebrauchen kann.

Wir haben es hier, meine Damen und Herren, mit genau dem zu tun, was uns immer so gern vorgeworfen wird: Wir haben es hier mit Panikmache zu tun.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Wir haben es hier mit dem gezielten Schüren von Ängsten zu tun. Wir haben es eben mit Ökopopulismus zu tun. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht verstehen Sie das jetzt ein bisschen besser.

Gestern – ich kann mich daran gut erinnern, ich bin ja auch nicht mehr ganz jung – waren es noch die Wälder, die angeblich sterben. Das große Waldsterben haben uns die Grünen verkündet.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: 1976!)

Daraus ist Gott sei Dank nichts geworden. Heute sind es die Insekten. Das ist grüne Hysterie, aus der sich politisches Kapital schlagen lässt, mit dem man die Bürger für dumm verkaufen möchte und auch verkauft.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo leben Sie?)

Da passt es dann auch bestens, dass man – ich komme zu einem anderen Thema – in der Bildungspolitik nicht entsprechend gegen die grassierende zunehmende Verblödung ankämpfen möchte. Auf dem Rücken der Kinder wird mit diesen wie mit kleinen Versuchskaninchen weiterhin munter herumexperimentiert.

Herr Kollege Reinhart, ich habe mit großer Freude vernommen, was Sie da gesagt haben. Aber bitte lassen Sie diesen Worten Taten folgen mit einer vernünftigen Bildungspolitik.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Jawohl! Genau!)

Wenn Sie Ihren Worten zur Notengebung in der Grundschule und anderem mehr – alles vernünftige Sachen, die Sie gesagt haben – Taten folgen lassen wollen, dann sage ich Ihnen eines: Mit diesem Koalitionspartner können Sie das knicken. Nie und nimmer geht das mit denen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart
CDU: Sie unterschätzen die Kraft der CDU-Fraktion
und ihrer Minister!)

Dort hält man nämlich weiter an den linksideologisch motivierten Bildungsexperimenten fest, die seit Grün-Rot fester Bestandteil der Bildungspolitik hier im Ländle sind und die dazu geführt haben, dass das einstige Musterland Baden-Württemberg im IQB-Bildungstrend mittlerweile einen der hinteren Plätze einnimmt.

Der Hauptgrund, der für diesen Bildungsabstieg genannt wird, ist – das sind die Euphemismen – die zunehmende Heterogenität der Schulklassen. Das ist ein Euphemismus für den im-

mer weiter steigenden Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund und die dort weitgehend nicht vorhandenen Deutschkenntnisse

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

und für den aberwitzigen Inklusionswahn.

Anstatt aus dem Bildungsdebakel der vergangenen Jahre die naheliegenden richtigen Konsequenzen einer Umkehr zu ziehen, erhöht man noch die Mittel für diese bildungspolitischen Totalausfälle, namentlich die Gemeinschaftsschulen und die Inklusion.

Herr Kollege Reinhart, Sie können hundertmal erzählen, dass man dafür immer mehr Geld ausgibt: Wenn der Weg der falsche ist, wenn das Geld für die falschen Projekte ausgegeben wird, dann werden Sie mit mehr Ausgaben allein die bildungspolitischen Ziele ganz sicher nicht erreichen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Richtig!)

Man verabreicht hier einem Patienten noch mehr von dem Mittel, das ihn erst krank gemacht hat. Genau so ist Ihr Umgang mit den Kindern in unserem Land. Das ist beschämend.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Da hilft es eben nicht, sich der zusätzlichen Ausgaben dafür zu rühmen, als ließen sich so Bildungserfolge generieren.

Dann erzählen Sie, Frau Ministerin, uns hier etwas von Bildungsgerechtigkeit. Das war eines der zentralen Themen Ihrer Rede. Sie sagen, dass alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die gleichen Chancen haben müssen und dass das in Deutschland nicht der Fall ist. Damit haben Sie recht. Das Wunschenken, das ändern zu wollen – ja, gute Idee, sollte man machen.

Eine kleine Frage allerdings: Wer hat das denn zu verantworten, dass das hier so ist? Ein kleiner Tipp: Die AfD kann es nicht gewesen sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Dass wir tatsächlich in Deutschland eine zu beklagende Situation haben, in der die Bildungschancen so sehr vom Geldbeutel, von Bildung und Status des Elternhauses abhängen wie in keinem anderen Land der Europäischen Union, ist eine Tatsache; das stimmt. Das ist doch offensichtlich von der Kulturpolitik anderer Parteien zu verantworten. Da fallen mir vier ein: CDU, Grüne, SPD und FDP. Die alle gemeinsam haben genau das in Jahrzehnten geschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Und dann soll hier ausgerechnet – jetzt kommt Ihr Kardinalirrtum – die teure Förderung der Gemeinschaftsschule, um alle gleich zu beschulen, sozialen Ausgleich schaffen? Schauen Sie mal genau hin! Es passiert genau das Gegenteil. Wann stellen Sie sich dieser Realität eigentlich endlich einmal?

Wer in diesem Land Geld hat und seine Kinder liebt und fördern möchte, wird seine Kinder diesem zunehmend maroden

(Dr. Jörg Meuthen)

staatlichen Bildungssystem natürlich entziehen und sie stattdessen auf teure Privatschulen schicken. Das geschieht längst.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig!)

Besonders beliebt, aber keinesfalls nur dort, ist diese Praxis bei – großer Tusch! – den Sozialdemokraten – nicht wahr, Herr Stoch? – Sie hören mir gar nicht zu.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das lohnt auch nicht! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Dann geben Sie mal Auskunft, wo Ihre Kinder beschult wurden und ob das auf Gemeinschaftsschulen war.

Schönen Gruß übrigens auch an Frau Schwesig, die das mit dem eigenen Nachwuchs vorlebt,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

während sie, diese Frau Schwesig, den eigenen Nachwuchs natürlich auf teure Privatschulen gibt. Das ist genau das: Für das gemeine Volk Bildungssozialismus pur,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollen Sie uns mal von Ihrem Privatleben erzählen? Das wäre auch ganz interessant!)

und die eigenen Kinder werden privilegiert und auf Privatschulen geschickt.

(Lebhafte Zurufe)

Das ist Ihre Art von Salonsozialismus, die Sie hier betreiben. Das ist wahrhaft ein Vertrauen einflößender Beweis für die Wirksamkeit der Gemeinschaftsschulen. – Sehen Sie, jetzt hören Sie mir wieder zu. Das hat geklappt. Schön.

(Lachen bei der AfD)

Wer weniger betucht ist und steuerlich überdies noch ausgebeutet wird, so, wie es die uns Regierenden ja gern so treiben, der ist gezwungen, seine Kinder in diese traurigen Verwahranstalten zu entsenden, in denen verzweifelte, zu Lernbegleitern degradierte Lehrer

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

einen vergeblichen, ihren hohen Idealen zuwiderlaufenden – jawohl, die haben nämlich Ideale, wenn sie starten; diese Ideale werden ihnen da aber geraubt – Kampf gegen die vermeintlich von oben geschaffenen Tatsachen führen, aber die Bildungskatastrophe faktisch gar nicht aufhalten können. Das kann Ihnen, geschätzte Kollegen, freilich ziemlich egal sein, sind Kinder aus den Wohlfühlvierteln der Bessergestellten und aus den Privatschulen davon doch weniger betroffen. Aber sich dann zu echauffieren und ein solches System allen Ernstes auch noch als sozial zu verkaufen, Frau Ministerin, das ist schon ziemlich dreist – und ich halte mich mit dieser Wortwahl noch ziemlich zurück.

(Beifall bei der AfD)

Wir könnten ja hier einmal den Test machen – aber die Reihen sind ja sehr gelichtet, gerade bei den Grünen; ich zähle da

nur eine Handvoll Abgeordnete; das zeugt auch von einem sonderbaren Verständnis von Parlamentarismus. Wir könnten ja hier einmal den Test machen: Wer in diesem Haus hat denn aktuell eigene schulpflichtige Kinder auf einer Gemeinschaftsschule? Ich bitte um Handzeichen.

(Abg. Peter Hofelich SPD meldet sich.)

– Herr Hofelich, hoch ehrenwert. Ihnen nehme ich das auch ab.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe eine Hand oben. Die Hände der „Grün-inn-en“ sehe ich nicht oben. Liegt das nun daran, dass die Frauen von den Grünen erst gar keine Kinder haben, dass sie also von Kindererziehung und von Familienleben mangels Erfahrung schlicht nichts verstehen,

(Heiterkeit bei der AfD – Vereinzelt Beifall – Zurufe der Abg. Rüdiger Klos AfD und Reinhold Gall SPD – Unruhe)

oder liegt das daran, dass sie ihre Kinder einen weiten Bogen um Gemeinschaftsschulen machen lassen?

(Beifall bei der AfD – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, ich bitte Sie, darauf zu achten, keine Bewertungen dazu zu geben, wer Kinder hat und wer nicht und warum nicht. Das geht niemanden hier etwas an.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Er hat eine Frage gestellt!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Frau Präsidentin, ich habe auch keine Wertung vorgenommen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Doch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Keinen Anstand! Nichts davon!)

– Nein, habe ich nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Keine Manieren! Nichts!)

Ich habe gesagt, wer keine Kinder hat, versteht von Erziehung und von Familienleben vermutlich wenig. Das ist eine Tatsache; davon kann man dann auch nicht viel verstehen, weil man das nun mal nicht hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben zwar welche, aber dafür verstehen Sie auch nicht viel davon!)

Mich würde mal interessieren, wo Sie Ihre Kinder haben – wenn Sie denn welche haben. Das ist keine Wertung. Vielleicht findet sich ja mal ein Journalist, der dem ein wenig empirisch nachgeht –

(Abg. Winfried Mack CDU: Mein Gott!)

denn natürlich spekuliere ich hier nur.

Wir jedenfalls, die AfD – um da klar und deutlich zu werden; dafür sind wir dann bereit, viel Geld auszugeben –, fordern

(Dr. Jörg Meuthen)

den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, keine weitere Übertragung von Stellen in die Gemeinschaftsschulen, keinen Stellenabbau bei den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, keinen Stellenabbau bei beruflichen Schulen, keinen Stellenabbau bei den Gymnasien und eine Rückübertragung der Lehrerstellen für Flüchtlingsklassen in den regulären Schulbetrieb. Das fordern wir.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Bravo!)

Das kostet ein paar Euro, aber das muss es uns wert sein. Bildung muss das einzelne Individuum im Fokus haben und es bedarfsorientiert und individuell fördern. Ihre egalitäre Bildungspolitik tut genau das Gegenteil; sie nivelliert zudem die Leistungen nach unten. Das kann sich unser Land, das dringend auf Humankapital angewiesen ist – das ist eine Binse –, nicht länger leisten.

Hören Sie also bitte mit Ihrer obskuren Bildungsscharlatanerie endlich auf. Es reicht!

(Beifall bei der AfD)

Falls Sie glauben, dass die bevorstehende Humankapitallücke – sie ist längst entstanden, sie wird aber größer – durch die noch nicht so lange hier Lebenden geschlossen werden könnte, dann irren Sie sich erneut gewaltig – was im Übrigen durch alle sozioökonomischen Daten seriöser Forschungsinstitute belegt wird.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Auch der sogenannte Pakt für Integration ist nichts weiter als ein Ablassbrief für das politische Versagen auf höherer Ebene. Es wäre ja wünschenswert, wenn das Land die Kommunen mit diesem Pakt tatsächlich entlasten würde; doch handelt es sich hier lediglich um einen finanziellen Ausgleich für die Kommunen, die durch die völlig verantwortungslose Politik der offenen Grenzen mit zuvor nie gekannten Herausforderungen konfrontiert wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Es waren doch nicht die Kommunen, die auf mit Merkel-Selfies verzierten Einladungskarten um Einwanderung gebeten haben, sondern es war die Bundesregierung, flankiert auch von dieser Landesregierung. Ein finanzieller Ausgleich für die Kommunen ist eine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie wollten Mittel kürzen! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir widmen um!)

Es wäre fast noch freundlich umschrieben, wenn man dies als Schadensersatz bezeichnen würde. Da brauchen Sie sich, Herr Schwarz, hier nun wirklich nicht als Gönner der Kommunen zu inszenieren. Das nimmt Ihnen auf der kommunalen Ebene niemand ab; da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei der AfD)

Ich kenne die kommunale Ebene gut.

In Wirklichkeit ist es doch so: Der Staat schafft Probleme, schiebt diese auf die Kommunen ab

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

und möchte sich nun auch noch als deren großzügiger Wohltäter darstellen. Das ist einigermaßen verlogen und perfide, Herr Schwarz. Lassen Sie sich das gesagt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

160 Millionen € darf der Steuerzahler für den Pakt für Integration blechen, die dann überwiegend in sogenannte Integrationsmanager investiert werden. Außerdem sollen in den kommenden zwei Jahren über 30 Millionen € in die Bezahlung sogenannter Integrationsbeauftragter fließen. Für angeblich minderjährige – angeblich minderjährige – unbegleitete Flüchtlinge geben wir jährlich über 183 Millionen € aus. Das ist zwar weniger als im letzten Jahr, aber immer noch zu viel. Hier gäbe es nämlich enorm viel Einsparpotenzial, wenn man endlich unserem Vorschlag einmal folgte und eine flächendeckende Altersüberprüfung dieser Migranten vornehmen würde. Damit kann man sehr viel Geld sparen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Jawohl!)

Der Mörder von Maria Ladenburger war keine 17, sondern, wie wir heute wissen, wohl mindestens 25 Jahre alt. Denken Sie einmal darüber nach.

Wir sehen durch die Altersüberprüfung angeblich minderjähriger unbegleiteter Migranten für die beiden kommenden Jahre ein Einsparpotenzial von 140 Millionen €. Andere Länder tun das übrigens schon, z. B. Dänemark, und zwar mit großem Erfolg. Das Gebot der Stunde in diesem Politikbereich ist übrigens nicht Integration, sondern Remigration.

(Beifall bei der AfD)

Auch dafür legen wir Konzepte vor.

Mit dem massenhaften Zuzug dieser Menschen gehen sozioökonomische und kulturelle Konflikte einher, die die Politik kaum mehr lösen kann. Wir sprachen letzte Woche hier im Plenum über Parallelgesellschaften und die Paralleljustiz. Hinzu kommen die Belastungen unserer sozialen Sicherungssysteme und der Schulen, und es gibt kaum ein Politikfeld, auf das sich der kunterbunte Willkommensrausch nicht nachhaltig negativ auswirken würde.

Beim Wohnen ist es auch nicht anders. Der massenhafte Zuzug von Migranten hat die Schieflage auf dem Wohnungsmarkt verschärft und weitere Absurditäten nach sich gezogen. Die Gemeinden kaufen plötzlich den Bürgern Immobilien weit über dem Marktwert ab, weil sie verpflichtet sind, den noch nicht so lange hier Lebenden irgendwie zusätzlichen Wohnraum zu verschaffen – eine kostspielige Angelegenheit für die Steuerzahler. Aber dafür ist Geld da.

Des Steuerzahlers Traum vom Eigenheim ist dabei schnell ausgeträumt, kennt die raffgierige Steuerkrake doch auch bei ihm kein Erbarmen. 5 % Grunderwerbsteuer – vergleichen Sie es einmal mit Bayern, da haben sie es besser: 3,5 % –, dazu

(Dr. Jörg Meuthen)

die kostenintensive Energieeinsparverordnung voller Absurditäten und das Zumüllen der Landesbauordnung mit bürokratischem Ballast, all das macht den Grunderwerb zunehmend unattraktiv und für viele junge Menschen, auch junge Familien, sogar völlig unerreichbar.

(Beifall bei der AfD)

Da gibt es eine schöne Wortneuschöpfung. In einem Punkt habe ich Sie in der letzten Woche doch bewundert, Frau Ministerin, nämlich dass Sie eine solche Wortschöpfung aussprechen können, ohne auf das Papier zu schauen. Ich schaffe das nicht einmal, wenn ich auf das Papier schaue.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie schaffen alles bloß, weil Sie auf das Papier schauen!)

Das hat ja auch Heiterkeit ausgelöst, nämlich die Wortschöpfung Wohnimmobilienkreditrichtlinienumsetzungsergänzungsgesetzesänderung.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das ist Ihnen letzte Woche locker über die Lippen gegangen – wow, großes Kino –, im Grunde genommen handelt es sich aber um das Symptom eines schwerwiegenden Problems im Zeitalter der Bürokratie, die den Staat mästet, den Bürger aber auf Diät setzt. Irgendwie ist es aber auch entlarvend, dass Ihnen das so leicht über die Lippen geht; wenn ich Ihnen das sagen darf.

Effizient ist dieser Staat nur bei der Steuereintreibung. Sie haben ja darauf hingewiesen. Sie haben gesagt – ich erlaube mir, Sie zu zitieren –:

Das Finanzamt der Zukunft hat keine Öffnungszeiten mehr.

Geradezu frohlockend haben Sie das hier kundgetan. Was wie ein Service für den Bürger klingen sollte, klang eher nach einer Bedrohung; ich kann mir nicht helfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Man möchte also in Ihrem grundtatistischen Verständnis, das Sie an den Tag legen, den Bürgern das Steuerzahlen so komfortabel wie möglich machen mit einem Finanzamt, das an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden in Betrieb ist – natürlich nur das Finanzamt –, das aber zugleich – und das ist interessant – keine Öffnungszeiten mehr hat, wie Sie uns wissen lassen. Das nimmt ja schon wahlweise orwellische oder kafkaeske Dimensionen an. Ich kann mich nicht so recht entscheiden. Die Masken fallen, und Sie merken es nicht einmal.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Kernaufgabe eines starken, zugleich aber schlanken Staates ist der Erhalt der Ordnung und der Schutz der Freiheit.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Darum geht es im Kern, und das ist auch die Kernaufgabe eines Landeshaushalts.

(Beifall bei der AfD)

Ein schwacher und zugleich fetter Staat hingegen weitet sein Gewaltmonopol zu einem Monopol auf alles Mögliche aus und mischt sich volkserzieherisch immer mehr ins Privatleben der Bürger ein. Das ist genau das, was wir bekämpfen.

(Beifall bei der AfD)

Ein solcher Staat vernachlässigt nämlich seine Kernaufgabe, für Recht und Ordnung zu sorgen, und befasst sich irgendwann nur noch mit Problemen, die er durch seine ständigen Interventionen selbst geschaffen hat. Ein Blick in den Haushaltsplan bestätigt genau das. Man muss konstatieren: Die Mitglieder der grün-schwarzen Landesregierung sind in der Haushaltsplanung das, was die Anhänger der Flache-Erde-Theorie in der Astronomie sind. Etwas Gutes kann dabei nicht herauskommen.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Vielleicht hat man ja auch deshalb versucht, diese ganze Doppelhaushaltsthematik in einem Hauruckverfahren über die Bühne zu bringen. Am letzten Donnerstag hielt die Frau Ministerin hier ihre Rede zum Haushalt. Die Anträge werden bereits ab dem 22. November im Finanzausschuss abgestimmt. Sie werden zugeben, dass das ziemlich wenig Zeit ist – vor allem, wenn man vorher nichts davon zu sehen bekommen hat –, um die etwa 4 400 Seiten des Haushaltsplanentwurfs zu analysieren und zu besprechen und dazu Veränderungsvorschläge zu machen.

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht der Legislative. Sie gehen damit parlamentarisch so um, als ob es sich um eine Kleinigkeit handeln würde.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! Das ist unglaublich!)

Das ist dieses Hauses unwürdig, Frau Ministerin. Unwürdig!

(Beifall bei der AfD)

Bevor ich zum Schluss meiner Ausführungen komme, gibt es – ich habe Ihnen das ja versprochen – noch etwas zu dem Thema, das Sie offensichtlich so sehr beschäftigt. Es ist mir ein besonderes Anliegen, noch auf einen weiteren haushaltsrelevanten Punkt zu sprechen zu kommen, der derzeit hohe Wellen schlägt. „Unwürdigkeit“ ist hier bereits das richtige Stichwort. Diesen Punkt möchte und werde ich hier einmal in den richtigen Zusammenhang stellen – ob Ihnen das nun gefällt oder nicht –, weil es dabei nämlich auch um Landesfinanzen geht. Es wird Ihnen, weil ich nichts als die Wahrheit aussprechen werde, ganz und gar nicht gefallen.

Mir selbst wird – damit komme ich zu dem, was eben in Zwischenschritten schon wieder anklang – seitens Vertretern der übrigen in diesem Haus vertretenen Parteien – Herr Rülke tut sich da immer ganz besonders hervor – seit vergangener Woche allen Ernstes vorgeworfen, ich kostete den baden-württembergischen Steuerzahler durch meinen bevorstehenden – nicht etwa vollzogenen –, in wenigen Tagen erst stattfindenden Wechsel ins Europäische Parlament

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wann ist er jetzt?)

– dann, wenn der Bundeswahlleiter das dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zugesandt hat und dieser mich ernannt hat; so simpel ist das; das ist Rechtslage;

(Dr. Jörg Meuthen)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist völlig klar!)

das sollten Sie verstehen, Herr Kollege;

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

darauf habe ich nicht den Anflug eines Einflusses; das mal so – und den geordneten Übergang des Mandats vom Landtag auf das Europäische Parlament zusätzliches Geld. Unerträglich! Denn tief verlogene und der Wahrheit Hohn sprechende Begriffe machen die Runde.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aus Ihrer eigenen Partei wohlgemerkt!)

Herr Hagel von der CDU spricht in entweder größtmöglicher Ahnungslosigkeit

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aus Ihrer eigenen Partei!)

oder – wahrscheinlicher – simpler Boshaftigkeit und primitiv-verleumderischer Absicht von „Parlamentstourismus“. Es fallen Begriffe wie „Raffke“, „Meuthen füllt sich die Taschen“, „Doppelmandatsabzocker“ und anderes mehr.

(Vereinzel Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig! Richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hatten Sie doch vor! Es hat nur nicht geklappt!)

Ich bin hier nicht der Einzige, der das Parlament gewechselt hat. Komischerweise ist bei den anderen davon nicht die Rede.

Die Fraktionsvorsitzenden Stoch und Rülke sprechen allen Ernstes davon, sie wollten nun gesetzgeberisch gegen die Wahrnehmung von Doppelmandaten vorgehen.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das ist richtig! Ja!)

Ja, das ist auch eine gute Idee. Da sind wir völlig bei Ihnen. Kein Problem.

(Zuruf: Ja!)

Nur: Das eine ist, dauerhaft ein Doppelmandat zu fahren, und das andere ist, in einer Übergangszeit noch an Bord zu bleiben und dann zu gehen.

(Vereinzel Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sascha Binder SPD: Das haben Sie aber nicht gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben Sie aber nicht gesagt! Es hat nicht geklappt, wie Sie es vorhatten!)

Herr Kollege, mitten in den Haushaltsverhandlungen zu gehen, wenn die Haushaltsreden anstehen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

wenn die drei Lesungen des Haushalts sind,

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein, nein, nein!)

das wäre ziemlich schäbig, das macht man nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Rüdiger Klos AfD)

Was Sie hier machen

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Hallo, hallo, hallo!)

ist so heuchlerisch, ist so schäbig – warten Sie ab, es kommt noch mehr, es kommt noch dicker; verlassen Sie sich darauf –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stellen Sie sich vor, diese Rede wäre nicht gehalten worden!)

es ist so neben der Sache,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass dem, der das falsche Spiel durchschaut, fast übel werden kann.

Dann schauen wir doch bitte einmal etwas genauer hin.

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte etwas mehr Ruhe.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Gut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Frage ist doch: Wie lang soll die Übergangszeit sein? Wann geben Sie denn hier Ihr Mandat ab?)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment!

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie werden es in wenigen Tagen wissen, lieber Herr Schwarz. Gedulden Sie sich. – Dann, wenn ich weiß, wann der geordnete Übergang vollzogen ist. – Das schaffen Sie!

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie lang soll das sein? Vier Wochen, fünf Wochen, sechs Wochen?)

Ich habe doch gesagt: In wenigen Tagen wissen Sie Bescheid. Dann können Sie eine schöne Pressemitteilung machen. Das wird interessant.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die in den Bundestag gewählten Kollegen sind alle schon raus!)

Dann schauen wir doch bitte einfach mal genau hin, wer hier tatsächlich was tut bzw. nicht tut und wer auf welche Weise den Landeshaushalt und damit die Steuerzahler des Landes in Wahrheit zu eigenen Zwecken ausbeutet.

(Zuruf: Jetzt aber!)

Ich beginne bei mir selbst, dem vorgeblichen „Raffke“. Also, ich beabsichtige, wie gesagt, für voraussichtlich einige wenige Wochen, nicht länger,

(Lachen der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zurufe)

im Dienste – – Sie werden es ja erleben. Einige wenige Wochen, genau.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Also doch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Wir vertrauen auf die bundesweit bekannte Ehrlichkeit! – Lachen)

(Dr. Jörg Meuthen)

– Genau, Eben, Herr Rülke. Genau das ist es. Es geht um einige wenige Wochen einer geordneten Übergabe. Und die werden Sie mir nicht nehmen.

(Zuruf von den Grünen: Gerade waren es noch Tage!
– Abg. Martin Rivoir SPD: Tage, Wochen, Monate, Jahre!)

Aber es handelt sich ja bei dieser Übergabe um die Ihnen so verhasste AfD-Fraktion. Da möchten Sie nicht, dass ein geordneter Übergang stattfindet.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie haben doch schon gar keine geordnete Fraktionsarbeit gemacht! Wie kann es dann mit einem geordneten Übergang gehen?)

Sie wollen, dass einer ganz schnell geht und etwas Schlechtes hinterlässt. Das bekommen Sie nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer tritt denn zurück?)

Zwar werde ich im Europaparlament nachweislich übrigens deutlich weniger verdienen, als dies als Fraktionsvorsitzender im Landtag der Fall war.

(Oh-Rufe – Abg. Andreas Stoch SPD: Hat jemand Taschentücher?)

– Nein, ich bedaure das gar nicht. Sie irren gewaltig.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sollen wir sammeln?)

Aber kommen wir zu Ihren Bezügen, Herr Binder.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das eigentliche Salär des Landtagsabgeordneten sinkt richtigerweise sofort auf null. Was ich noch bekomme für den kurzen Übergangszeitraum sind 2 169 € im Monat Aufwandsentschädigung und 1 720 € Altersvorsorge. Genau das, für den kurzen Übergangszeitraum.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Mitarbeiter!
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was ist mit den Mitarbeitern?)

Und da beginnt bereits Ihr erbarmungswürdiges Geheuchel, lieber Herr Kollege.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit den Mitarbeitern?)

Denn selbstverständlich würde ich auf diese Bezüge natürlich gern verzichten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Sie können es nicht!)

– Genau, ich kann es nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch ein Witz!)

Und wissen Sie, warum nicht, Herr Rülke? Weil Sie es mir verbieten. Ich erkläre es Ihnen. Ich darf es nicht. Sie kennen

die Gesetzeslage nicht. Das ist bedauerlich. Sie kaspern hier rum, aber kennen Ihre eigenen Gesetze nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich erkläre es Ihnen gern. Das ist nämlich genau Ihr Gekasper, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es gibt einen ganz einfachen Weg, zu verzichten, nämlich indem man das Mandat niederlegt!)

– Das werde ich ja tun.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So einfach ist das, Herr Meuthen!)

– Nein, nein, nein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Sie können das Mandat niederlegen!)

Lesen Sie mal das Abgeordnetengesetz, das nicht die AfD zu verantworten hat, sondern Sie als die wahren Raffkes der Kartellparteien. Es verbietet mir das schlicht. Glauben Sie es nicht? Schlagen Sie mal nach. Schauen Sie in § 23 des Abgeordnetengesetzes, dann haben Sie es.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Für einen Aufwand entschädigt zu werden, den man gar nicht hat! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bekomme also für einige Wochen Nebenleistungen, auf die zu verzichten Sie mir mit Ihrem Gesetz verbieten. Interessant ist es, mich dann des Annehmens dieses Geldes zu beziehtigen.

Nicht nur hier schreien Täter „Haltet den Dieb!“. Es kommt ja noch viel dicker.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Kartellparteien zwingen Meuthen zur Geldannahme!)

– Seien Sie doch einfach einen Moment ruhig und hören Sie zu, dann reden wir mal über Ihre Bezüge, Herr Rülke.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sind Sie bereit, auf Ihre Mitarbeiterpauschale hier im Landtag zu verzichten in der Übergangszeit?)

– Natürlich. Zum 30. November ist alles abgezogen. Seien Sie entspannt, Herr Schwarz. Es passiert nichts. In dieser Zeit bin ich der kostengünstigste Abgeordnete, den Sie je gesehen haben. Sie nicht; das erkläre ich Ihnen gleich.

(Zuruf: Der Billigste!)

– Nein, der Kostengünstigste, eben nicht der Billigste. Ich verzichte nämlich mit meiner Annahme des EP-Mandats auf weit höhere Geldbeträge, die Sie sich selbstverständlich gern weiter gewähren.

Erklären Sie doch mal den Bürgern da draußen, meine Herren Schwarz und Rülke und auch Stoch, warum Sie für Ihre Arbeit im Landtag sage und schreibe – ich hoffe, Journalisten bekommen das mit – 24 619 € brutto im Monat kassieren, allerlei weitere Annehmlichkeiten noch gar nicht eingerechnet.

(Dr. Jörg Meuthen)

Und erklären Sie dann doch den Bürgern am besten gleich mit, warum Sie als Fraktionsvorsitzender, Herr Schwarz, und Sie auch, Herr Rülke – –

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Sie auch!)

– Das bestreite ich ja gar nicht. Nur: Ich gehe, weil ich eine wichtigere Aufgabe habe.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil es Ihnen zu viel war, gehen Sie, gell?)

– Weil es wichtigere Aufgaben gibt, als sich mit Ihrem Gekasper auseinanderzusetzen, Herr Rülke, deswegen gehe ich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Warum bekommen Sie 3 870 € pro Monat für die Altersvorsorge? Das wird die Bürger sehr interessieren. Das ist das 2,25-Fache des ohnehin schon üppig ausgestatteten Versorgungsausgleichs, den der normale Abgeordnete bekommt, von 1 720 € pro Monat. Als Fraktionsvorsitzender erhalten Sie 3 870 €. Wenn Sie schon ein Gesetz ändern wollen, dann ändern Sie das doch mal in eigener Sache. Das wäre mal was.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das wollen Sie nicht. Sie wollen lieber vermeintliche Doppelmandate verbieten, die gar nicht existieren. Sie sind Großmeister in der Zündung von Nebelkerzen, um Ihre eigene schamlose Selbstbedienung zu kaschieren. Das ist die Wahrheit hier.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und das ist immer noch nicht die ganze Wahrheit. Es kommt noch dicker. Denn Sie wollen diese Altersvorsorge ja auch noch aufstocken, wie wir seit Februar wissen, als Sie sich – ohne jede Beteiligung der AfD, die das selbstverständlich ablehnt – eine noch üppigere Altersvorsorge zurechtzimmerten.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wo war denn Ihr Änderungsantrag als Fraktionsvorsitzender, das alles zu streichen?)

– So schnell, wie Sie das zurücknehmen mussten, konnten wir gar keinen Änderungsantrag stellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Lieber Herr Kollege, Sie sind doch absoluter Rekordhalter. Sie haben Anfang Februar ein Gesetz eingebracht, das Sie elf Tage später auf öffentlichen Druck haben zurücknehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben das hier im Rekordtempo durch den Landtag gepeitscht, dann gab es ein bisschen Widerstand, und dann standen sie da alle, die Fraktionsvorsitzenden, wie bei einem üblen Streich ertappte Schulbuben. Und der armselige Herr Schwarz stammelte seinerzeit etwas von „Wir haben verstanden“ in die ihm reichlich hingehaltenen Mikrofone. So war das: „Wir haben verstanden.“

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Ich habe verstanden, dass Sie die Altersvorsorge von 3 870 € pro Monat weiter kassieren. Wer, so frage ich Sie, sind hier die eigentlichen Raffkes? Wer bereichert sich hier tatsächlich? Und wer wechselt freiwillig in eine immer noch mehr als reichlich – ich beklage mich keinesfalls –, aber weniger als zuvor dotierte andere parlamentarische Funktion? Sie, meine Herren Ankläger, haben sich hier eine hoch auskömmliche und komfortable Rechtslage in eigener Sache geschaffen. Sie füllen sich hier ohne jede Begründung die Taschen, wie in nahezu keinem anderen Parlament der Republik. Das ist eine Tatsache. Das kann jeder überprüfen und nachrechnen.

(Beifall bei der AfD)

Und Sie zeihen mich, der ich aus dieser nicht von mir, sondern allein von Ihnen geschaffenen Komfortzone um anderer Ziele willen freiwillig wechsele, mir die Taschen zu füllen. Welch ein bigottes Pharisäertum!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich würde ja sagen: „Schämen Sie sich einfach nur“, wenn ich nicht um die Vergeblichkeit dieses Imperativs in Ihrem Fall wüsste.

Ein Letztes dazu, ebenso hoch haushaltsrelevant: Seien Sie sich absolut sicher und hören Sie hier gut zu

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE verlässt seinen Abgeordnetenplatz.)

– Herr Schwarz, das könnte auch Sie interessieren; Sie gehen raus –: Ich habe der Beteiligung der AfD in der Kommission zur Neuregelung der Altersvorsorge der Abgeordneten – wir haben ja bei Ihnen, Frau Präsidentin, zusammengesessen – nur deshalb zugestimmt, damit wir Sie in Ihrem Ansinnen einer weiteren Steigerung der Altersbezüge der Abgeordneten ausbremsen können.

Mit der AfD, mit den Abgeordneten unserer Fraktion, wird es eine weitere Steigerung der ohnehin schon üppigen Altersvorsorge nicht geben. Schreiben Sie sich das schon jetzt hinter die Ohren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie gehen ja ins Europäische Parlament! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb gehen Sie ins Europaparlament! Eine höhere Altersversorgung! Jetzt haben wir das wahre Motiv! – Weitere Zurufe)

– Ach ja, jetzt geht es Ihnen an die Bezüge. Da kommen Sie, Herr Rülke, auch noch auf kreative Ideen. Alles gut, geschenkt. Empören Sie sich schön. Vergessen Sie auch nicht, mich gleich in Ihren Reden wieder nach Kräften zu verunglimpfen – das darf ja nie fehlen –

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

und bitte auch als üblen Rechtspopulisten zu beschimpfen. Das gehört doch zu Ihrem guten Standard. Wohlan denn! Ich werde Ihnen wie immer geduldig zuhören und danke nun für Ihre geradezu begeisterte Aufmerksamkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube – ich möchte es an dieser Stelle kurz machen –, wir wurden gerade Zeugen eines geradezu grotesken Schauspiels, wie einer, der sich hier ein Doppelmandat gönnen wollte – und zwar auf unbestimmte Zeit, wie er selbst sagte –, ertappt wurde

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Habe ich nie gesagt!)

und jetzt versucht, sich herauszureden und mit dem Finger auf andere zu zeigen. Herr Meuthen, es wird Ihnen nicht gelingen, sich herauszureden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie lügen wie gedruckt! Wann habe ich das gesagt? Wo haben Sie das Zitat her? Lügner!)

Wir haben heute den Haushalt des Landes Baden-Württemberg –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat „Lügner“ gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, er hat gelogen, weil ich das nie gesagt habe! Natürlich! Habe ich nie gesagt, was Sie da behaupten! Habe ich nicht gesagt! Also behaupten Sie es auch nicht! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Lügner“ hat er gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, er hat gelogen! Habe ich nämlich nicht gesagt! – Zuruf der Abg. Nicole Raziwicz CDU – Unruhe)

Frau Präsidentin, das ist jetzt Ihr –

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Moment, Herr Abg. Stoch! – Herr Abg. Dr. Meuthen, der Begriff „Lügner“ ist nicht parlamentswürdig. Daher erteile ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf nach § 91 der Geschäftsordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann revidiere ich auf „Unwahrheit sagen“! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Herr Abg. Dr. Meuthen, es gibt keine Debatte über den Ordnungsruf.

Wir fahren fort, und ich bitte um Ruhe. – Herr Fraktionsvorsitzender Stoch hat das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wohl noch selten in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg konnte eine Landesregierung in die Aufstellung eines Landeshaushalts mit solch günstigen Voraussetzungen gehen. Die Einnahmen regnen Ihnen ja förmlich durchs Dach hinein, und nach jeder Steuerschätzung müssen von der Landesregierung auch die Einnahmen des Landes nach oben korrigiert werden.

Bereits im vergangenen Jahr, 2016, konnte ein Rekordüberschuss von gut 3,5 Milliarden € erzielt werden, und die ersten drei Quartale in diesem Jahr, 2017, deuten darauf hin, dass

auch der diesjährige Abschluss mit einem Jahresüberschuss von mehreren Milliarden Euro endet. Dies führt dazu, dass in dem nun zu behandelnden und zu beschließenden Doppelhaushalt sage und schreibe 3,4 Milliarden € auf die Seite gelegt werden können. Nach der letzten Steuerschätzung vom vergangenen Freitag kommen nochmals ca. 1,5 Milliarden € an Steuermehreinnahmen hinzu.

Liebe Frau Finanzministerin, entgegen dem Eindruck, den Sie bei Ihrer Rede zur Haushaltseinbringung erweckt haben, hat diese günstige Ausgangssituation des Landes und der Landesregierung nichts, aber auch gar nichts mit den Leistungen dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zuallererst und zum allergrößten Teil verdanken wir diese historisch gute Einnahmesituation den Menschen in diesem Land, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, und hier insbesondere den Beschäftigten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die dieses Geld Tag für Tag hart erarbeitet haben und rechtschaffen und ehrlich ihre Steuern bezahlt haben.

(Beifall bei der SPD)

Was für ein Skandal ist es dann, dass im Gegensatz dazu viele Konzerne, viele Reiche und Superreiche in unserem Land und auf der ganzen Welt alles Legale, Illegale und vor allem auch alles Illegitime dafür tun, weniger Steuern zu zahlen. Die Affäre um die sogenannten Paradise Papers zeigt eines ganz deutlich: Wir müssen mehr Energie darauf verwenden, als Gesetzgeber Steuerschlupflöcher zu stopfen und dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen, und zwar nach ihrer Leistungsfähigkeit, an den für das Gemeinwohl zu tragenden Lasten beteiligen.

Nicht zuletzt deshalb schlagen wir auch in diesem Haushalt vor, die Steuerverwaltung deutlich zu stärken. Zusätzliche Stellen und eine bessere Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen – das ist unser Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit im Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber nicht nur diese äußerst gute und günstige Einnahmesituation des Landes, was diesen Doppelhaushalt in einem solch positiven Licht erscheinen lässt. Frau Finanzministerin, Sie haben in Ihrer Rede vom vergangenen Mittwoch mehrfach darauf hingewiesen, dass es erstmals in der Geschichte des Landes gelingt, zum fünften Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dies ist nur deshalb möglich, weil wir in der vergangenen Legislaturperiode, unter Regierungsbeteiligung der SPD, bereits in vier von fünf Haushaltsjahren eine Nullneuerschuldung und eine tatsächliche Konsolidierung des Landeshaushalts erreicht haben – das heißt wirkliche Einsparmaßnahmen – und die strukturelle Überschuldung des Haushalts beseitigt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Umso erstaunlicher ist es für uns, dass diese Landesregierung aus Grünen und CDU nicht wirklich weiß, was sie mit diesem ohne eigene Leistung erlangten Geldsegen überhaupt anfan-

(Andreas Stoch)

gen soll. Dies ist letztlich doch wieder ganz einfach erklärt: Nach gut eineinhalb Jahren grün-schwarzer Regierung wird immer deutlicher, dass diese beiden Regierungspartner nicht wirklich eine Idee, schon gar nicht eine gemeinsame Idee für die Zukunft dieses Landes haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen zitiere ich einen scharfzüngigen Kommentator der Landespolitik, der in diesen Tagen Folgendes geschrieben hat:

Jeder neuen Steuerschätzung fiebert Grün-Schwarz entgegen wie einst der spanische Königshof den Silberflotten aus der Neuen Welt. Silbermünzen quellen aus prall gefüllten Truhen, Edelsteine leuchten, Golddukatens klimpern zu Boden.

Zutreffend wird konstatiert:

Es ist

– schlicht und einfach –

das viele Geld, das diese Koalition zusammenhält.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Zutreffend wird auch weiter konstatiert, dass über die Scheckbuchdiplomatie des Herrn Strobl hinaus, wenn es z. B. um die Förderbescheide für den Breitbandausbau geht, kein wirklicher politischer Gestaltungswille und schon gar keine politische Gestaltungsfähigkeit vorliegen.

Sehr geehrte Frau Finanzministerin, gebrauchen Sie daher das Wort „historisch“ doch nicht in diesem inflationären Maß, wie dies bei der Einbringung des Doppelhaushalts der Fall war. Historisch sind doch allenfalls die verpassten Chancen, die Sie trotz der hervorragenden Einnahmesituation nicht genutzt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber kommen wir zunächst zur grundsätzlichen Frage: Wie seriös, wie glaubhaft ist die Haushaltspolitik dieser Landesregierung? Besonders augenfällig wird dies beim Umgang mit den Schulden des Landes, seien dies Kreditmarktverbindlichkeiten oder seien dies auch sogenannte implizite Schulden. Dabei wird besonders deutlich, dass bei Grünen und CDU eine geradlinige Argumentation nicht vorhanden ist. Erst hieß es, Schulden, also Kreditmarktverbindlichkeiten, sollten nicht getilgt werden, es sei besser, den Sanierungsstau zu bewältigen, implizite Schulden seien schließlich auch Schulden.

Jetzt heißt es, die historische Trendwende sei eingeleitet. Der Schuldenabbau würde jetzt gelingen, so die Ministerin bei der Einbringung des Haushalts in der letzten Woche.

Ich glaube, es gehört schon ein besonderer Hang zur Komik dazu, das Vorhaben, in den kommenden beiden Jahren insgesamt 500 Millionen € zur Tilgung von Kreditmarktverbindlichkeiten zu verwenden, als historische Trendwende zu titulieren. Zunächst dürfen wir darauf hinweisen, Frau Finanzministerin: In dem von Ihnen bislang vorgelegten Haushaltsentwurf steht kein müder Euro für die Tilgung von Kreditmarktverbindlichkeiten. Wir gehen jetzt einmal zu Ihren Gunsten

davon aus, dass das in den nächsten Wochen noch nachgeholt werden wird. Wir dürfen aber doch daran erinnern, dass Sie nach den bisher geltenden Regelungen der Landeshaushaltsordnung eigentlich verpflichtet gewesen wären, in den kommenden beiden Jahren mehr als 2,4 Milliarden € für die Tilgung von Kreditmarktverbindlichkeiten zu verwenden. Nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung wären dies bereits 3,7 Milliarden €. In Ihrem Haushaltsentwurf, Frau Ministerin, ist aber – ich wiederhole mich jetzt – kein müder Euro für die Schuldentilgung enthalten.

Erst durch den Kunstgriff, den Begriff der impliziten Verschuldung inflationär zu verwenden, und zwar für fast jede zusätzliche Aufgabe, drücken Sie sich vor der Verpflichtung, tatsächlich die Schulden zurückzuführen.

Wir fordern Sie deshalb dringend auf, unserem Gesetzesvorschlag zuzustimmen, den mein Kollege Peter Hofelich in der vergangenen Woche hier im Landtag eingebracht hat. Nur mit diesem Gesetz schaffen wir Klarheit. Explizite und implizite Schulden werden dann getilgt, wenn wir für künftige Pensionsausgaben ansparen, wenn wir mehr in Gebäude und Straßen investieren, als wir abschreiben müssen, und wenn wir tatsächlich vorhandene Kredite tilgen. Alles andere ist unseriös, Frau Finanzministerin.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich: Machen Sie Schluss mit einer Haushaltspolitik, die es letztlich ins Belieben der Regierung bzw. der Regierungsfractionen stellt, welche Ausgaben des Landes zur Tilgung sogenannter impliziter Schulden umetikettiert werden.

Irreführend ist auch die Ansage der Fraktionsvorsitzenden von Grünen und CDU, weitere „Schulden“ in Höhe von 1,5 Milliarden € durch das Streichen von Einnahmeresten zu tilgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es Ihnen einmal so erklären, dass es auch wirklich jeder versteht. Wenn Sie einen Dispokreditrahmen haben, den Sie nicht in Anspruch nehmen, und es in Ihr Konto jeden Monat ordentlich Geld hineinregnet, wie es derzeit der Fall ist, dann ist es nicht wirklich eine Leistung, die Dispolinie zu verkleinern oder auf null zu setzen. Das, was Sie hier zaubern, ist schlicht und einfach Voodoo. Sie bauen damit keinen einzigen Euro tatsächlicher Schulden ab.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Zuzuf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Bei den Ermächtigungen geht es um Schulden, Herr Kollege Reinhart, die es überhaupt nicht gibt. Sich deswegen für das Streichen dieser Ermächtigungen feiern zu lassen ist schlicht und einfach absurd. Die Verschuldung des Landes bleibt nämlich völlig unabhängig davon, ob Sie den Einnahmerest streichen oder nicht, unverändert bestehen. Kreditmarktschulden werden eben nur dann abgebaut, wenn tatsächlich vorhandene Kredite zurückgezahlt werden. Selbstverständlich können wir heute in dieser Richtung bereits sehr viel mehr machen, als Sie, Frau Ministerin, vorschlagen. Wir, die SPD-Fraktion, schlagen deswegen vor, im vorliegenden Doppelhaushalt insgesamt doppelt so viele Schulden zu tilgen, wie Grüne und CDU es tun wollen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Claus Paal
CDU)

Wir stellen damit 1 Milliarde € zur Verfügung, um Kreditmarktschulden in dieser Höhe zu tilgen, und zwar echte, wirklich vorhandene Schulden, nicht imaginäre Schulden. Das entlastet uns und vor allem die nachfolgenden Generationen in der Zukunft erheblich und tatsächlich.

Sie behaupten, Sie hätten bereits in diesem Haushaltsjahr strukturell gespart und würden im nächsten und übernächsten Jahr nochmals viel Geld sparen. Diese Behauptung ist falsch, und wir gehen davon aus, dass Sie das wissen. Wir haben nachgefragt und haben entweder keine Antwort oder Antworten bekommen, die zeigen, dass Sie nicht strukturell eingespart haben.

Ein Beispiel: 450 Millionen € sparen Sie dadurch ein, dass Zinsausgaben, die Sie ursprünglich eingeplant hatten, nicht anfallen. Glückwunsch, Frau Finanzministerin. Das ist eine reife Leistung der Landesregierung. Herzlichen Glückwunsch. Kompliment dazu.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderer positiver Effekt: 100 Millionen € sparen Sie bei der Erstattung an die Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen ein. Dies ist aber auch nicht weiter verwunderlich, weil inzwischen deutlich weniger Flüchtlinge ankommen und damit die Kosten tatsächlich sinken. Es handelt sich hier lediglich um einen realistischeren Ansatz für eine Haushaltsposition. Als Konsolidierung eines Haushalts kann das ja wohl nicht ernsthaft bezeichnet werden.

(Beifall bei der SPD)

16 Millionen € mehr holen Sie bei den Einnahmen aus Geldstrafen und Gebühren in den Ministerien herein. Unsere Nachfragen haben ergeben: Diese Einnahmen sind nichts anderes als ein realistischerer Ansatz im Haushalt. Auch dies, Frau Ministerin, ist – ich hoffe, Ihnen ist das Stilmittel der Ironie bekannt – eine reife Leistung. Herzlichen Glückwunsch!

Es gibt lediglich zwei Ausnahmen, wo Sie wirklich Geld sparen. Sie haben die Mittel für Städte, Gemeinden und Landkreise gekürzt, und Sie haben Studiengebühren für ausländische Studierende eingeführt.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Finanzministerin: Sind dies aus Ihrer Sicht die richtigen Prioritäten, die hier gesetzt werden? Ich sage Nein und konstatiere: Die erste Amtshandlung der grün-schwarzen Koalition war die Trendwende im kommunalen Finanzausgleich, wenn Sie so wollen, eine historische Trendwende; denn nach Jahren der Entlastung wurde der Vorwegabzug wieder kräftig erhöht. Vor allem die Städte und Gemeinden, die es besonders nötig haben, verlieren richtig viel Geld, und dies jedes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP
sowie des Abg. Klaus Dürr AfD – Abg. Tobias Wald
CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn Sie sich hier dafür rühmen, mit zwei Mal 250 Millionen € in die Kreditmarktschuldentilgung zu gehen, zitiere ich Herrn Kehle, den Präsidenten des Gemeindetags, der nämlich zutreffend sagt:

Wer hat das Lob für den Schuldenabbau wirklich verdient? Letztlich zahlen die Kommunen die Schuldentilgung des Landes.

Frau Finanzministerin, wenn Sie sich schon von den Kommunen Ihre Schulden zahlen lassen müssen, dann sagen Sie das auch den Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke und Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Ich möchte gerade am Beispiel der Kommunen deutlich machen, wo das Problem in diesem Landeshaushalt liegt. Die Gemeinden haben das Vertrauen in diese Landesregierung nämlich verloren. Lassen Sie sich eines gesagt sein: Ihre Politik zeugt nicht von der nötigen Wertschätzung für die Arbeit der Kommunen. Abermals müssen wir Ihnen attestieren: Diese Landesregierung setzt den im letzten Landeshaushalt begonnenen kommunalfeindlichen Kurs fort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Weitere Zurufe)

Wenn ich das Bild von Herrn Schwarz vom Hausbau aufnehmen darf: Herr Schwarz, Sie haben wunderbar, in bunten Bildern vom Hausbau gesprochen, was den Landeshaushalt angeht. Ich darf Ihnen eines sagen: Wer die Kommunen in dieser Weise behandelt, wie Sie es tun, wer sich nicht mit den Kommunen auf eine gemeinsame Lösung einigt,

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

der vergisst bei seinem Hausbau schlicht und einfach, das Erdgeschoss zu errichten. Wer das tut, bleibt im Keller sitzen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke FDP/DVP)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie Sie die Kommunen im Landeshaushalt 2017 geschröpft haben,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wohnraumförderung, kommunaler Sanierungsfonds, Schienenfahrzeuge und vieles mehr!)

indem Sie die Vorwegentnahme im Finanzausgleichsgesetz um 321 Millionen € erhöht haben. Die Wirklichkeit, die Sorgen und Nöte der Kommunen blenden Sie dabei aus. Dass dieser Haushaltsentwurf ohne den Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission eingebracht wurde, ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler.

Wie Sie mit den Kommunen umgehen und welche Bedeutung Sie ihnen zuschreiben, haben Sie allen Menschen in Baden-Württemberg Ende September gezeigt. Die kommunalen Landesverbände haben aus unserer Sicht einen sinnvollen Vorschlag gemacht, wo Kofinanzierung vieler wichtiger Zukunftsprojekte vorgesehen ist. Sie, Frau Ministerin, konnten sich mit den Kommunen nicht einigen, Sie haben die Forde-

(Andreas Stoch)

rungen der Kommunen zurückgewiesen. Das ist ein schwerer Fehler in diesem Haushalt des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus Dürr AfD)

Allein an diesem Vorgehen wird Ihre Geringschätzung für Gemeinden, Städte und Landkreise deutlich.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Das ist nicht eine Einzelmeinung von mir, sondern das ist das Empfinden aller Repräsentanten auf der kommunalen Ebene, auch der Repräsentanten der kommunalen Landesverbände.

Wer noch Zweifel daran hat, soll sich einfach die Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände vom 8. November durchlesen. Darin heißt es – ich zitiere –:

„Kommunale Interessen bleiben im Haushaltsentwurf nun nahezu unberücksichtigt. Das wird den Herausforderungen, vor denen Städte, Gemeinden und Landkreise stehen, nicht gerecht“, bemängeln Roger Kehle (Präsident des Gemeindetags), Joachim Walter (Präsident des Landkreistags) und Dieter Salomon (Präsident des Städtetags).

– Dieter Salomon, Grüne!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie den Menschen heute Morgen hier erzählt haben, ist schlicht und einfach nicht die Wahrheit. Die Kommunen fühlen sich von Ihnen nicht richtig und nicht gut behandelt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Es wäre richtig, gerade jetzt den Kommunen an die Seite zu treten; denn auch die Zielsetzungen des Koalitionsvertrags lassen sich tatsächlich nur mit den Kommunen gemeinsam verwirklichen. Ich zitiere:

„Wenn die Kommunen für das Land neue und zusätzliche Ziele erledigen sollen, dann müssen sie dazu auch finanziell in die Lage versetzt werden, denn ihre bisherigen Aufgaben bleiben ja weiterhin erhalten ...“, machen die Kommunalvertreter deutlich.

Deswegen – ich zitiere weiter –:

„Wir bedauern außerordentlich, dass die kommunalen Aspekte keinen Eingang in den Entwurf des Doppelhaushalts gefunden haben, insbesondere weil wir die Gemeinsame Finanzkommission als wichtige Institution ansehen, um die notwendigen Finanzentscheidungen zwischen Land und Kommunen frühzeitig und fundiert vorzubereiten. Viele

– ich sage ausdrücklich: in den letzten fünf Jahren, in der vorherigen Regierungszeit –

erfolgreich abgeschlossene Verhandlungsrunden oder Pakete mit einvernehmlichen Empfehlungen an Landtag und Landesregierung zur Umsetzung gemeinsamer politischer Ziele unterstreichen dies eindrucksvoll“, betonen die drei Präsidenten.

Kehren Sie zurück zu einem kommunalfreundlichen Kurs, statten Sie die Kommunen so aus, dass sie die Zukunftsauf-

gaben gut bewältigen können. Das liegt im Interesse der Menschen in diesem Land, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es aus unserer Sicht blanker Hohn, wenn Sie in Ihrer Haushaltsrede davon sprechen, dass starke Kommunen unverzichtbar für ein starkes Baden-Württemberg seien, und gleichzeitig nicht darauf eingehen, wie die stetig wachsenden Aufgaben der Kommunen von diesen bewältigt werden können.

Ich möchte an dieser Stelle an eine Äußerung des ehemaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, Herrn Hermann Schmitt-Vockenhausen, erinnern, der sagte:

Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.

Vor dieser Wahrheit verschließen Sie in der Landesregierung, in den Regierungsfractionen die Augen, meine Damen und Herren. Diese Regierung lässt die Kommunen und damit auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes trotz voller Kassen im Stich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Deswegen ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, dass wir aufseiten der Kommunen stärker in die Zukunft investieren. Die Städte und Gemeinden haben im Durchschnitt heute hohe Einnahmen. Das ist überhaupt keine Frage und wird auch von überhaupt niemandem in Abrede gestellt. Sie haben allerdings auch starke und steigende Ausgaben; denn sie haben Aufgaben vor der Brust, die gewaltig sind:

Junge Familien erwarten zu Recht mehr Betreuungsplätze in Kitas und Schulen, die baulich und von der Ausstattung her auf der Höhe der Zeit sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten, dass sie mit dem Auto oder mit Bussen und Bahnen gut zur Arbeit kommen. Ältere Menschen erwarten ein menschliches Angebot, wenn sie krank oder pflegebedürftig sind. Gerade in den Ballungsräumen – aber nicht nur dort – besteht ein unglaubliches Defizit an bezahlbaren Wohnungen, an bezahlbarem Wohnraum. Die Menschen erwarten zu Recht, dass hier mehr getan wird, und das kostet schlicht und einfach Geld.

Um diesen Erwartungen gerecht zu werden, müssen die Kommunen investieren. Der Städtetag beziffert allein den Sanierungsbedarf bei den Schulen auf mindestens 3 Milliarden €. Um ihre dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren, müssen die Städte und Gemeinden Überschüsse in ihren Ergebnishaushalten erwirtschaften.

Sie sind darauf stolz, den Kommunen im kommunalen Sanierungsfonds für das Jahr 2018 108 Millionen € und für das Jahr 2019 136 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Das klingt zunächst nach sehr viel Geld. Dieses Geld wird aber leider allein dem Bedarf für die Renovierung von Klassenräumen, Schultoiletten und Turnhallen bei Weitem nicht gerecht. Unterschätzen Sie diese Probleme nicht. Sie betreffen die meisten Menschen in unserem Land.

(Andreas Stoch)

Es war deshalb ein Riesenfehler, den Vorwegabzug im FAG wieder deutlich zu erhöhen, weil dadurch die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig geschwächt wurde.

Wir Sozialdemokraten schlagen daher vor, dass das Land zusätzlich zu dem, was in der bisherigen Finanzplanung ohnehin vorgesehen war, 1 Milliarde € für kommunale Investitionen zur Verfügung stellt. Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiges Zeichen für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen vor, den Kommunen 500 Millionen € zusätzlich für ihre Schulen zur Verfügung zu stellen. Wir schlagen vor, die Krankenhäuser der Stadt- und Landkreise mit zusätzlich rund 130 Millionen € zu unterstützen. Wir wollen in den beiden kommenden Jahren 270 Millionen € mehr in die Wohnungsbauförderung investieren. Weitere 100 Millionen € sollen in die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs fließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Viertel aller öffentlichen Investitionen werden in Baden-Württemberg durch die Kommunen getätigt, nur ein Viertel durch das Land selbst. Unser kommunales Investitionsprogramm ist deswegen die richtige Antwort auf die Herausforderungen, vor denen unsere Städte und Gemeinden heute stehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber was ist die Antwort der Landesregierung? Was ist die Antwort der Finanzministerin? Sie machen, wie man der Zeitung entnehmen kann, den Kommunen ein Angebot, das bei genauem Hinsehen nicht wirklich ernst genommen werden kann.

Großzügig erklären Sie, dass das Land nicht die Absicht hat, die Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung ab 2020 zu streichen. Dazu muss man wissen, dass der Bund hierfür auch ab 2020 das Geld zur Verfügung stellt, zwar nicht mehr zweckgebunden, aber in gleicher Höhe zweckungebunden über die Umsatzsteuerbeteiligung der Länder. Kein Wunder also, dass die Kommunen diese Absichtserklärung als tatsächliches Nichtangebot und als indiskutabel bezeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren in der Landesregierung – das sage ich an die Frau Finanzministerin und auch an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet –, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen hat in den beiden vergangenen Jahren seit dem Regierungswechsel deutlich gelitten. Sie haben – das wird Ihnen von den Kommunen auch kommuniziert – die Kommunen im Land wieder zu Bittstellern degradiert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach!)

Das ist kein angemessener Umgang mit den Kommunen in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Von einem partnerschaftlichen Miteinander, wie wir es in unseren gemeinsamen Regierungsjahren praktiziert haben – ja, wir haben um Geld gerungen –, ist nichts mehr übrig. Es

macht eben doch einen Unterschied, ob die SPD an der Regierung beteiligt ist oder nicht.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Tobias Wald CDU: Oje, oje!
– Abg. Winfried Mack CDU: Die Frage ist, ob das positiv oder negativ ist!)

Hören Sie zu: Wir Sozialdemokraten haben im Bund ein 5-Milliarden-€-Entlastungspaket durchgesetzt, von dem die Kommunen im Land ab 2018 mit über 600 Millionen € jährlich profitieren. Wir Sozialdemokraten haben im Land durchgesetzt, dass der Vorwegabzug im FAG in der vorigen Regierungszeit kontinuierlich zugunsten der Kommunen verbessert wurde.

(Abg. Tobias Wald CDU: Die Steuern habt ihr erhöht!)

Die erste Amtshandlung von Grün-Schwarz war nichts anderes als die Erhöhung dieses Vorwegabzugs um 321 Millionen €. Wer also gegenüber dem Bund die goldenen Zügel beklagt, die man dem Land anlegt, der sollte doch im Verhältnis zu den Kommunen nicht genau das Gegenteil machen, nämlich den Kommunen das Geld wegnehmen und ihnen dann die goldenen Zügel anlegen. Das ist höchst unglaublich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Kollege!)

Sie haben das damit begründet, dass der Landeshaushalt ein hohes strukturelles Defizit aufweisen würde. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen in den Regierungsfractionen, Sie werden dieses Argument doch nicht ernsthaft weiterführen wollen.

Was die Frage der Studiengebühren angeht – ich habe es eingangs erwähnt –, standen Sie hier vor uns und haben behauptet, Sie wollen diese Studiengebühren für ausländische Studierende nicht einführen, aber Sie müssen es tun, um einen strukturell verschuldeten Haushalt ausgleichen zu können.

(Abg. Sascha Binder SPD: Märchen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Haushalt Studiengebühren einzuführen ist schlicht und einfach ein Zeichen gegen die Weltoffenheit Baden-Württembergs und gegen die Universitäten und Hochschulen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen wäre es jetzt schön, Frau Ministerin, wenn Sie den Landtag bereits im November 2017 über den zu erwartenden Überschuss 2017 informieren würden.

(Lachen der Ministerin Edith Sitzmann)

Ich glaube, das ist tatsächlich ein Faktum, das für die Haushaltsberatungen von großer Bedeutung wäre.

(Zuruf: Ja!)

Dann könnten wir nämlich sehr viel besser über den Haushalt beraten als ohne diese Information. Allein die Steuermehreinnahmen liegen nach der Mai- und der November-Steuerschätzung bei 1,5 Milliarden €. Minderausgaben bei Zinsen und

(Andreas Stoch)

Flüchtlingen – ich habe es bereits erwähnt – kommen noch hinzu.

Es geht aber nicht nur um eine bessere Ausstattung der kommunalen Finanzierungsbasis bzw. um den kommunalen Investitionsbedarf. Es sind auch weitere wichtige Themen relevant wie z. B. die Krankenhausförderung, die gelingende Integration, die Wohnraumförderung sowie die Förderung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNV. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Themen betreffen unmittelbar die Lebensbedingungen und die Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Land.

Die Krankenhausförderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist im Umbruch. Wir haben eine Krankenhausversorgung, die sich derzeit stark verändert; denn viele Krankenhäuser befinden sich in einer schwierigen Lage. Sie schreiben rote Zahlen und können nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Diese tiefgreifenden Veränderungen erfordern auch den Umbau der bestehenden Krankenhäuser.

Aber was macht die Landesregierung in dieser schwierigen Phase des Umbruchs? Sie kürzt die Landesförderung, anstatt den Investitionsstau im Krankenhausbereich abzubauen. Wir stellen uns gegen eine strukturelle Unterfinanzierung durch die Landesregierung. Wir setzen uns gleichzeitig für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern ein, wie dies auch vom Landkreistag gefordert wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Umwandlung der Krankenhauslandschaft, vor allem die Konzentration auf leistungsfähige Klinikstandorte und Digitalisierung, kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn Sie nicht länger die notwendigen Fördermittel zurückhalten.

Minister Lucha hat bereits im letzten Haushalt die Landesmittel für das Krankenhausprogramm um 60 Millionen € gekürzt. Er führt diesen Sparkurs im jetzigen Doppelhaushalt fort. Hier kann ich mich ebenfalls nur der Meinung des Landkreistagspräsidenten anschließen, der sagte:

Dass in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen die Axt an die Wurzeln unseres Krankenhauswesens gelegt wird, ist mir unbegreiflich.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie stehen in der Pflicht, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg die Krankenhausversorgung im Land zu gewährleisten. Ich fordere Sie daher auf, zu handeln und nicht weiter die Augen zu verschließen.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Kraftanstrengung, vor der die Kommunen stehen, ist das Thema Integration, die Integration von vielen Tausend Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Die baden-württembergischen Kommunen erbringen in diesen Monaten – und haben es bereits in den vergangenen beiden Jahren getan – unter großen Anstrengungen und unterstützt durch Zehntausende ehrenamtliche Helferinnen und Helfer wirklich großartige Leistungen in diesem Bereich.

Uns allen ist klar, dass die Integration, dass dieser Prozess der wirklichen Integration einer großen Zahl von Migrantinnen und Migranten – zum einen der Arbeitskräfte, die mit ihren Familien aus den Ländern der Europäischen Union zu uns kommen, aber auch der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive – nicht innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden kann.

Anscheinend ist dies jedoch nicht bei der Landesregierung bekannt. Frau Ministerin Sitzmann hat es in der vergangenen Woche selbst hier vorgetragen: Die Mittel für den Pakt für Integration sind auf das Haushaltsjahr 2018 beschränkt. Für das Jahr 2019 steht dort überall eine Null. Sehr geehrte Damen und Herren, geben Sie den Kommunen Planungssicherheit für diese zentrale Aufgabe der Integration. Diese Planungssicherheit muss für die Leistungen der Integration auch über das Jahr 2018 hinaus bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Bereich, in dem hoher Investitionsbedarf besteht – ich glaube, das ist völlig unstrittig hier im Raum –, ist die Wohnraumförderung. Die Wohnungsknappheit in diesem Land nimmt zu. Viele Menschen mit kleinen, aber auch mit mittleren Einkommen können sich aufgrund explodierender Mieten keine Wohnung mehr leisten. Sie rühmen sich zwar, dass Sie die Wohnraumförderung auf sehr hohem Niveau – mit einem Programmvolumen von jährlich 250 Millionen € – fortführen, verlieren aber kein Wort darüber, dass diese Landesregierung quasi letztlich nur die Bundesmittel weiterreicht, ohne genügend eigene landespolitische Gelder zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt nicht! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Stimmt doch nicht! Als ehemaliger Kultusminister muss man rechnen können! – Abg. Tobias Wald CDU: Stimmt nicht! Nachrechnen, Herr Kollege!)

Einzig auf den Bund zu vertrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein bisschen dünn. Wir fordern gerade die Fraktion GRÜNE auf, sich an die letzte Legislaturperiode und die damalige Wohnraumoffensive zu erinnern.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wer hat das Bauen verteuert?)

Nur darüber zu reden und nicht tatsächlich zu handeln ist zu wenig. Wohnraum darf in einem so reichen Bundesland nicht zu einem Luxusgut werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zur ÖPNV-Offensive. Eine positive Bemerkung vorweg: Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie mehr Geld für Investitionen in die Landesliegenschaften und die Landesstraßen einstellen. Wir haben im Sommer einen kräftigen Investitionsimpuls des Landes gefordert. Wir haben kritisiert, dass Sie im laufenden Haushalt weniger Mittel bereitgestellt haben als im Jahr 2016.

Wir haben gleichzeitig vorgeschlagen, mindestens 1 Milliarde € mehr zu investieren, als wir abschreiben müssen. In Ihrer Regierungszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist leider ein Sanierungsstau in diesem Land entstanden, der dafür sorgt, dass wir heute in vielen Bereichen der

(Andreas Stoch)

öffentlichen Hand, im Hochbau genauso wie in der Infrastruktur, einen erheblichen Sanierungsrückstand haben.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Das ist letztlich das Erbe aus Ihrer Regierungszeit bis 2011, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nämlich Landesgebäude und Landesstraßen sträflich vernachlässigt. Bei den öffentlichen Investitionen im Land geht es erst seit 2013 wieder aufwärts. Gut, dass dieser richtige Kurs nach einem Jahr Pause nun im vorliegenden Doppelhaushalt wieder fortgesetzt werden soll. Wir fordern zudem aber, dass nicht nur die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, sondern auch die Neubeschaffung von Fahrzeugen gefördert wird. Deswegen fordern wir, 100 Millionen € pro Jahr, also 50 Millionen € mehr pro Jahr, für die Fahrzeugfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Das ÖPNV-Angebot muss flächendeckend verbessert werden. Es darf nicht nur alt durch neu ersetzt werden, sondern das Angebot muss tatsächlich ausgebaut werden, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Erklären Sie, wie Sie das finanzieren wollen!)

Ebenso notwendig – das wurde heute bereits in mehreren Beiträgen angesprochen – für die Gestaltung einer guten Zukunft sind alle Themen, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und insbesondere auch den Zugang zur Bildung zum Gegenstand haben. Wir sehen hier insbesondere die Notwendigkeit, den gesamten Bereich Bildung so auszustatten, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer die Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung bekommen, die sie benötigen, um ihre schwieriger werdende Aufgabe auch bewältigen zu können.

Dabei ist für uns von besonderer Bedeutung, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass an unseren Schulen und an allen anderen Bildungseinrichtungen in unserem Land eine gute Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen herrschen. Es kann nicht sein, dass ein reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland und auch ein Land wie Baden-Württemberg weniger Geld für Bildung ausgeben, als dies im OECD-Durchschnitt der Fall ist.

Uns allen sollte in diesem Zusammenhang klar sein, dass das Lernen, der Erwerb der Bildung, nicht mit dem Abgang aus der Schule oder der Ausbildung bzw. der Hochschule endet. Ich glaube, es liegt eine Schlüsselaufgabe für uns, die Politik, aber auch für die Gesellschaft darin, bei immer dynamischer werdenden Veränderungen der Lebens- und Arbeitswirklichkeit den Begriff des lebenslangen Lernens aus den Sonntagsreden herauszuholen und in tatsächliches Handeln umzusetzen. Wir brauchen Weiterqualifizierungsmöglichkeiten über das gesamte Leben eines Menschen hinweg. Dafür brauchen wir auch die notwendigen Mittel. Da reichen keine Sonntagsreden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Denn was passiert, wenn wir den Menschen diese Qualifikation nicht geben? Wenn wir den Menschen nicht die Gelegen-

heit geben, sich weiterzuqualifizieren, verlieren diese Menschen den Anschluss an das Erwerbsleben. Es darf schlicht und einfach nicht sein, dass Menschen den Anschluss verlieren und dadurch in die Perspektivlosigkeit fallen.

Hierauf finden wir nur dann eine Antwort, wenn wir gemeinsam mit den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Betriebsräten sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern gute Lösungen für qualifizierte Weiterbildungsangebote finden.

Auch hier vermissen wir einen wirklichen Handlungsschwerpunkt der Landesregierung. Wir halten es für fahrlässig, wenn zwar in Sonntagsreden vom Ministerpräsidenten viel von der Digitalisierung und den dadurch verursachten disruptiven Prozessen die Rede ist, gleichzeitig aber die Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswirklichkeit vieler Menschen ausgeblendet werden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen verdeutlichen, dass die Gestaltungsaufgaben, aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten, die das Land aufgrund der sehr guten Einnahmesituation hat, sehr umfangreich sind. Dabei ist es grundsätzlich richtig – Sie haben auch das Wort Vertrauen häufiger genannt, Frau Finanzministerin –, wenn diese Gestaltungsmöglichkeiten des Landes auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger beruhen.

Aber ich möchte auch einen Satz aufnehmen, der vom Kollegen Reinhart von der CDU kam. Er hat auf den Bund verwiesen und hat darüber geredet, dass es gerade in einer solchen Zeit extrem guter Einnahmen, die von den Menschen in diesem Land erarbeitet werden, auch darauf ankommt, den Menschen etwas zurückzugeben.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich möchte Sie, Herr Kollege Reinhart, beim Wort nehmen. Denn wenn wir über die Frage reden, wo wir konkret etwas für die Menschen tun können, dann fällt uns ein ganz wesentlicher Bereich ein, nämlich die Frage, wie wir mit jungen Familien in diesem Land umgehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass die Einnahmeseite des Landes so gut ist, dass es an der Zeit ist, nun auch die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Dies soll zielgerichtet erfolgen und vor allem bei denjenigen ankommen, die es wirklich brauchen:

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wollt ihr etwa die Grunderwerbsteuer senken, oder was?)

bei den jungen Familien mit Kindern. Wir fordern daher den Einstieg in die gebührenfreie Kita, eine Maßnahme, die alle jungen Familien entlastet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir können Sie da auch beim Wort nehmen, was Ihren eigenen Koalitionsvertrag angeht. In Ihrem Koalitionsvertrag ist nämlich von einem Kinderbildungspass die Rede gewesen, den Sie aber sang- und klanglos beerdigt haben.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wo steht das? Wer sagt das? Wo steht das im Haushalt?)

(Andreas Stoch)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht ist dies eine falsche Entscheidung. Denn die hohen Gebühren der Kindertageseinrichtungen belasten längst nicht nur Geringverdiener. Auch die Mittelschicht, viele Familien sind davon betroffen. Deswegen fordern wir Sie auf, den Einstieg in die Gebührenfreiheit der Kita, wie dies dieser Tage in vielen Bundesländern verhandelt wird, auch in Baden-Württemberg möglich zu machen. Deswegen müssen für diese Maßnahme, nämlich für ein beitragsfreies Kindergartenjahr, als Einstieg 120 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da freuen sich die Städte und Gemeinden!)

Dieser Betrag wäre finanzpolitisch vorsichtig und verantwortbar. Für alle drei Jahre kostet die Abschaffung der Gebühren für den Kindergarten gut 350 Millionen €. Das ist ungefähr die Hälfte von dem, was wir an jährlichen Steuermehreinnahmen allein 2018 und 2019 erwarten. Das ist fast genau die Summe, die wir ab 2020 als Ergebnis der Verhandlungen zum Finanzausgleich vom Bund bekommen.

Dann bleibt immer noch genügend Geld übrig, um Landesschulden zu tilgen, und zwar echte, vorhandene Schulden und nicht fiktive, die es gar nicht gibt. Es ist deswegen aus unserer Sicht sinnvoll und richtig, wenn zumindest ein Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach, jetzt wird eingeschränkt! Jetzt wird eingeschränkt! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich sprach vom Einstieg in die Beitragsfreiheit, Herr Kollege Schwarz. Wenn Sie einen Antrag einbringen, der darüber hinausgeht, werden Sie bei uns offene Türen einrennen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Luftbuchungen, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zuhören und nicht bloß im Wald stehen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts eingeschränkt!)

Es ist und bleibt die zentrale Konstante sozialdemokratischer Bildungspolitik, dass der Zugang zu Bildung keine Frage des Geldbeutels sein darf. Deswegen fordert die Landtagsfraktion der SPD die Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Abschluss der Ausbildung oder des Studiums, damit alle Kinder in diesem Land die gleichen Zukunftschancen erhalten. Die gute Finanzlage in diesem Land ermöglicht es, nun auch in Baden-Württemberg den Einstieg in die Gebührenfreiheit anzugehen und, Herr Kollege Reinhart, den Menschen dann auch wieder etwas zurückzugeben, und zwar gerade den Menschen, die besonders unsere Hilfe brauchen, nämlich jungen Familien mit Kindern, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Sehr gut! – Abg. Tobias Wald CDU: Warum haben Sie es nicht gemacht? Sie waren Kultusminister!)

Um an dieser Stelle einem Argument entgegenzutreten: Es muss eines klar sein: Ein kostenloser Zugang darf nicht auf Kosten der Qualität des Angebots gehen. Deswegen fordern wir den Einstieg in die Gebührenfreiheit bei gleichzeitiger Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung. Ein qualitativvol-

les Angebot, das kostenfrei zugänglich ist, stellt für Grün-Schwarz offensichtlich einen Widerspruch dar. Für die SPD-Landtagsfraktion sind es schlicht zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade – ich habe vorhin das Thema Integration angesprochen – in Zeiten einer verstärkten Zuwanderung wird uns allen vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass Bildung unabhängig von der Herkunft jedem Einzelnen zuteil wird. Je früher ein Kind entsprechend gefördert wird, desto besser.

Ja, es ist richtig: In Baden-Württemberg gibt es bereits einige Städte und Gemeinden, die den Weg zur Gebührenfreiheit erfolgreich beschreiten. Wenn es aber nur finanziell gut situierten Städten möglich ist, eine gebührenfreie Kita anzubieten, wird es junge Familien noch mehr dorthin ziehen, und genau das wäre der Todesstoß für so manche ländliche Gemeinde. Deswegen brauchen wir eine Gleichbehandlung. Wir brauchen überall im ganzen Land Baden-Württemberg mindestens ein beitragsfreies Jahr im Kindergarten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen konkreten Forderungen in meiner Rede konfrontiert, wird an diesem Haushaltsentwurf eines deutlich: Trotz voller Kassen haben Sie nicht nur keinen gemeinsamen Plan für die Zukunft des Landes, schlimmer noch: Sie verschließen an manchen Stellen auch die Augen vor den Sorgen und Nöten der Menschen. Wir von der Opposition und ganz sicher auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben immer noch die Hoffnung, dass sich diese Regierung endlich für die relevanten Probleme der Menschen in diesem Land zu interessieren beginnt.

Ganz im Gegenteil haben wir jedoch den Eindruck, dass diese Regierung abgehoben ist und keinen wirklich Eindruck von der Realität bei den Menschen hat. Wie kann ein Ministerpräsident – er ist leider jetzt nicht da, er hat leider nur den Regierungsfractionen zugehört –

(Zurufe der Abg. Peter Hofelich und Gabi Rolland SPD)

des Landes Baden-Württemberg überrascht davon sein, dass für einen Normalbürger die Anschaffung eines Autos eine enorme finanzielle Aufwendung darstellt? Immerhin zeigte sich unser Ministerpräsident davon überrascht, dass die Forderung nach Fahrverboten für viele Menschen bedeuten würde, dass sie mit ihrem Fahrzeug nicht mehr in die Innenstädte fahren können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber er hat wenigstens den Diesel gekauft!)

Aber wer erst dann erkennt, dass für die Menschen die Frage des Erwerbs eines Fahrzeugs eine große Ausgabe sein kann, der zeigt mir eines ganz sicher: Das Sein bestimmt eben das Bewusstsein. Und das Bewusstsein in dieser Regierungsfraction für die Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Land ist nicht vorhanden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

(Andreas Stoch)

Wir haben eine bestimmte Vorstellung von diesem Land: ein Land, das auf Augenhöhe mit den Kommunen verhandelt und das die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt.

Eines wird dabei jeden Tag wieder klar: Das Bündnis von Grünen und CDU ist allein von dem Zweck getragen, die Macht in diesem Land zu verwalten. Eine Idee, wie die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessert werden kann, haben Sie nicht wirklich. Ein Stillhalteabkommen zwischen Kretschmann und Strobl, die ihre jeweiligen auseinanderdriftenden Lager zu domestizieren versuchen, ersetzt keine moderne Politik aus einem Guss. Für uns Sozialdemokraten entsteht gute Politik eben nicht nach Gutsherrenart wie bei Ihnen, sondern von unten nach oben. Der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und den sozialen Fragen steht dabei im Mittelpunkt.

Eine Politik, die sich diesen Problemen zuwendet, ist die beste Gewähr dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ohne Angst und mit Zuversicht in ihre Zukunft gehen. Dies ist das beste Rezept, um die Menschen in diesem Land immun zu machen gegen diejenigen politischen Kräfte, die in der Abgrenzung, in neuen Grenzen und in der Spaltung unserer Gesellschaft ihr politisches Ziel haben.

Lassen Sie uns gemeinsam die hervorragenden Ausgangsbedingungen des Landes nutzen, um in eine gute Zukunft für die Menschen zu investieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein letztes Wort in diesem Haus zu Herrn Meuthen:

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das finde ich jetzt aber überraschend!)

Was von Ihnen in Erinnerung bleiben wird – wahrscheinlich das einzig Nennenswerte –, ist der heutige Ordnungsruf. Ansonsten kann ich Ihnen sagen – das gestehe ich Ihnen durchaus zu –: Es ist eine kluge Entscheidung, dass Sie ins Europäische Parlament gehen. Denn im Europäischen Parlament werden Sie ja der einzige Abgeordnete der AfD sein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nicht lange!)

Das hat einen bestechenden Vorteil: Wenn man der Einzige ist, kann man sich schon nicht spalten –

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

es sei denn, man ist schizophr, Herr Meuthen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es geht! Es gibt Krankheitsbilder, die machen das möglich!)

– Es sei denn, man ist schizophr; das hatte ich ja gesagt.

Insofern: Alles Gute!

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es rührt mich!)

Aber am heutigen Tag geht es ja um den Haushalt und um die verehrte Frau Finanzministerin – die am heutigen Morgen etwas verspätet zur Sitzung kam.

(Ministerin Edith Sitzmann: Eine Minute!)

– Es wurde dann aber trotzdem schon vermutet, Sie würden vielleicht so wie Dagobert Duck im Geldspeicher baden. Sie haben ja in der vergangenen Woche mit einer gewissen Selbstgefälligkeit gesagt: Wer ist nicht gern Finanzministerin in solchen Zeiten?

In der Tat, Frau Sitzmann, es ist nicht besonders schwierig, in solchen Zeiten Finanzministerin zu sein, in Zeiten solch überbordender Steuereinnahmen, in einer derart günstigen Situation. Deshalb haben Sie sich in der vergangenen Woche auch über einen längeren Zeitraum mit dem Thema Sekt auseinandergesetzt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sekt? – Zuruf der Ministerin Edith Sitzmann)

– Ja, es waren schon einige Sätze. Das ist ja auch okay. Ich finde es schon gut, dass Sie Sektexpertin sind und dann die entsprechenden Metaphern gebrauchen – der Korken in der Flasche, das Perlen usw.

Aber, Frau Ministerin, ich muss Ihnen schon sagen: Wer Ihre Haushaltspolitik betrachtet, der kommt zu dem Ergebnis: Was Sie uns da präsentieren, das ist kein qualitätsvoller Winzersekt aus dem Land, sondern es ist bestenfalls Sekt der Marke Rotkäppchen, was Sie da anbieten.

(Zuruf von der AfD: Jetzt beleidigen Sie aber nicht diese Marke! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß, ich weiß. Das Produkt ist aus dem Osten. Aber trotzdem, unser – –

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Carola Wolle AfD: Da war nicht alles schlecht!)

– Nein, es war nicht alles schlecht.

(Heiterkeit)

Welche Phase der deutschen Geschichte meinen Sie jetzt, in der nicht alles schlecht war?

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Okay, das wollen wir mal nicht so genau hinterfragen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Jedenfalls hat die Finanzministerin festgestellt: Die größten Fehler werden in guten Zeiten gemacht. In der Tat, Frau Sitzmann: Genau diese Fehler machen Sie mit diesem Haushalt. Wenn wir uns anschauen, wie sich dieser Haushalt steigert, wenn wir uns das Volumen, das Steigerungsvolumen dieses Haushalts anschauen, wenn wir uns anschauen, welche Steuereinnahmen Sie haben, und wenn man sich dann anschaut, wie überdimensioniert Sie jetzt in diesem Haushalt – das war

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

aber auch schon im Vorgängerhaushalt der Fall – die Personalstellen ausweiten, dann wird schon deutlich, dass Sie Fehler machen, die dann in der Zukunft auf uns zurückfallen.

Herr Kollege Stoch, Sie haben vorhin darüber philosophiert, was den Unterschied ausmacht, wenn die SPD in der Regierung dabei ist. Sie werden verstehen, dass wir uns mal die Frage gestellt haben, was der Unterschied ist, wenn die FDP/DVP in der Regierungskoalition ist, und haben uns einmal die Haushaltsentwicklung seit 1996 angeschaut. Von 1996 bis 2011 war die FDP/DVP in Regierungsverantwortung. In diesem Zeitraum hat sich das Haushaltsvolumen gesteigert von umgerechnet 31,8 Milliarden € im Jahr 1996 auf 35,1 Milliarden € im Jahr 2011. Das ist eine Steigerung um 10,3 % in 15 Jahren.

Dann kam der Zeitpunkt, seit dem die FDP/DVP nicht mehr in der Landesregierung ist.

(Zuruf von den Grünen)

Zunächst haben SPD und Grüne die Verantwortung für die Entwicklung des Haushalts übernommen, und jetzt ist statt der SPD die CDU dabei. Von 2011 bis 2019 – in acht Jahren, also in der halben Zeit – haben wir eine Steigerung von 35,1 Milliarden € auf 51,1 Milliarden €, meine Damen und Herren. Das sind keine 10,3 % wie in den 15 Jahren unserer Regierungszeit, sondern, meine Damen und Herren, das sind 45,6 %, und das in der halben Zeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP:
Hört, hört!)

Da wollen Sie uns erzählen, Sie machen eine zukunftsfähige Haushaltspolitik, Frau Kollegin Sitzmann? Da kann man wirklich berechtigte Zweifel haben.

Kollege Reinhart hat vorhin schon angesprochen, wie sich seit 2011 die Steuereinnahmen entwickelt haben. Die Bruttosteuerereinnahmen sind von 23 Milliarden € auf 36,5 Milliarden € angestiegen. Dennoch haben Sie es nicht geschafft – beide Regierungen nicht –, in den zurückliegenden Jahren die Kreditmarktschulden in Höhe von insgesamt 46,3 Milliarden € zurückzuführen. Sie zahlen Jahr für Jahr 1,6 Milliarden € Zinsen. Sie hätten die Gelegenheit gehabt – die ursprünglich geltende Landeshaushaltsordnung hätte Sie auch gesetzlich dazu gezwungen, wenn Sie sie nicht geändert hätten –, in den Schuldenabbau einzutreten.

Man muss sich schon die Frage stellen: Wann, wenn nicht jetzt, bei derart überbordenden Steuereinnahmen? Sie hingenen machen aber das Gegenteil: Sie freuen sich über diese Steuermehreinnahmen und blasen das Geld einfach zum Fenster raus. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt geht es weiter mit der entsprechenden Steuerschätzung: 2017 über 1 Milliarde € zusätzlich, 2018 700 Millionen €, 2019 über 770 Millionen € zusätzlich – in diesen drei Jahren. Gemäß der ursprünglich gültigen Landeshaushaltsordnung, meine Damen und Herren, hätten Sie die Verpflichtung gehabt, 4,22 Milliarden € an Altschulden zu tilgen, 10 % der Gesamtverschuldung des Landes Baden-Württemberg hätte man nicht tilgen können, sondern sogar tilgen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP:
Hört, hört!)

Wir können Sie nur dazu aufrufen: Halten Sie sich an das, was in Baden-Württemberg einmal Gesetz war, meine Damen und Herren, und tun Sie das.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stattdessen gibt es weitere klammheimliche Veränderungen, beispielsweise mit § 7 Absatz 1 des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19. Da ändert Kiwi den seit 1979 gültigen Wert für Mehrausgaben, ohne dass ein Nachtragshaushaltsgesetz notwendig wird, soeben mal hälinge von 5 auf 7,5 Millionen €, also um 50 %. So etwas haben Sie in Ihrer Haushaltsrede nicht angesprochen, Frau Ministerin. Im Übrigen ist der Entwurf an vielen Stellen in vielen Punkten vorläufig. Im Grunde missachten Sie das Transparenzgebot, Sie missachten den Haushaltsgesetzgeber.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Peter Hofelich SPD)

So kündigen Sie an, die verdeckte Verschuldung anzugehen. Wo steht das im Haushalt? Wir können den Medien entnehmen: 30 Millionen € für Naturschutz, 50 Millionen € für Hagelopfer, 200 Millionen € für Studienplätze an den PHs für angehende Grundschullehrer – nur finden wir das in diesem Haushalt zumindest momentan noch nicht.

Sie beklagen bei der Personalentwicklung – das ist völlig richtig; ich zitiere –:

Die Pensionsausgaben betragen heute schon 4,9 Milliarden € im Jahr.

Aber was tun Sie? Seit Sie Finanzministerin sind – innerhalb von anderthalb Jahren –, haben Sie 2 635,5 Neustellen geschaffen. Da muss man differenzieren. Einen Teil tragen wir mit, nämlich wenn es um Polizisten, um Lehrer, auch einige Stellen im Justizbereich geht. Was wir aber nicht mittragen, sind Hunderte von neuen Stellen in den Ministerien, insbesondere auch in der Regierungszentrale. Das ist Steuerver-schwendung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir brauchen auch keinen Nationalpark mit 89 Stellen.

(Zuruf von der AfD: Ja! – Abg. Beate Böhlen GRÜ-NE: Doch!)

Der Gipfel ist die Umweltverwaltung: über 200 Neustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Der letzte Kassenprüfer vom NABU wird noch dafür belohnt, dass er im Wahlkampf für die Grünen Handzettel verteilt, und wird von Herrn Untersteller verbeamtet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Hammer ist, wenn dann noch behauptet wird, es sei Wirtschaftsförderung, wenn es 235 neue Stellen in der Umweltverwaltung gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin mal gespannt, ob das Wirtschaftsförderung wird oder ob das eine zusätzliche Schwergängigkeit von Prozessen auslösen wird. Das Letztere ist anzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist das, was Sie in diesem Haushalt vornehmen.

Und dann sagen Sie noch, in guten Zeiten wird der Haushalt ruiniert und Sie täten es nicht. Ja, diese ganzen Stellen wirken über Jahrzehnte und haben Auswirkungen auch auf die Pensionsverpflichtungen des Landes Baden-Württemberg.

Ich sprach ja vorhin vom Rotkäppchen-Sekt, Frau Ministerin. Man hat schon den Eindruck – so, wie Sie mit diesem Haushalt umgehen –: Das Rotkäppchen irrt durch den Wald. Was passiert? Irgendwann kommt der böse Wolf, nämlich der böse Wolf in Form von höheren Zinsen oder möglicherweise auch der böse Wolf in Form eines Konjunkturreinbruchs. Was machen wir dann, wenn der böse Wolf das Rotkäppchen fressen will? Dann steht der Wolf nicht mal im Jagdrecht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Ja!)

Dann kann man gar nichts machen, Frau Ministerin. Genau so gehen Sie mit dem Landeshaushalt um.

Zum Thema Schuldentilgung erzählen Sie uns wieder die Geschichte von der impliziten Verschuldung, Frau Ministerin. Ich wundere mich nur, weshalb Sie nicht auch noch das Zahlen der Löhne für die Landesbediensteten als die Tilgung impliziter Schulden bezeichnen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Bringen Sie sie nicht auf die falschen Ideen!)

mit der Argumentation: Hätten wir es nicht bezahlt, hätten wir Schulden bei den Beamten. So könnte man auch noch argumentieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Mit solchen Märchen von der impliziten Verschuldung so zu tun, als würde man solide wirtschaften, ist schon ein starkes Stück, meine Damen und Herren. Da verkleidet sich an dieser Stelle der Wolf als Großmutter.

Dann die Geschichte von den starken Kommunen. Sie haben gesagt – ich zitiere –, die starken Kommunen erhielten 2019 sogar 136 Millionen € für Sanierungen. Die Kollegen Schwarz und Reinhart

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

haben sich am heutigen Tag als Kommunalversteher präsentiert,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Absolut!)

die Begeisterung der Kommunen sei noch nie so groß gewesen wie über diese Landesregierung. Dann fragen wir mal die Kommunen selbst, wie sie das betrachten. Ich zitiere aus der „Badischen Zeitung“ vom 10. November 2017:

Kommunale Interessen bleiben im Haushaltsentwurf nun nahezu unberücksichtigt. Das wird den Herausforderungen, vor denen Städte, Gemeinden und Landkreise stehen, nicht gerecht ...

Das sagt nicht die Opposition, sondern so heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Präsidenten von Gemeindegtag, Städtetag und Landkreistag, Roger Kehle, Dieter Salomon und Joachim Walter. Diese drei sind nicht parteilos. Jeder dieser drei gehört einer Partei an, und zwar den beiden Regierungsparteien. Und die schreiben Ihnen das ins Stammbuch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Mensch, Mensch, Mensch!)

Und dann haben Sie noch die Stirn, sich hier hinzustellen und sich als Kommunenversteher zu präsentieren, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Absurd!)

Sie nehmen den Kommunen 836 Millionen € weg – Frau Sitzmann, das haben Sie unterschlagen –, aber rühmen sich dafür, dass Sie ihnen 136 Millionen € wieder geben.

Also, meine Damen und Herren, die kommunalen Landesverbände schauen sich den an, der da im Bett liegt, und fragen: Großmutter, warum hast du einen so großen Mund?

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn die haben den Eindruck, da wird den Kommunen das weggefressen, was ihnen eigentlich zusteht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Sie haben angekündigt, 1,5 Milliarden € an Kreditermächtigungen bis spätestens Ende 2019 zu streichen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was für eine Leistung!)

Frau Sitzmann, wo im Haushaltsentwurf steht das? Wo kann man das nachprüfen? Wer gibt uns die Garantie, dass wir nicht wieder bei Grimms Märchen landen nach dem Motto „Wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute“? Nein, meine Damen und Herren, so kann man nicht Haushaltspolitik machen.

Dasselbe gilt für die Digitalisierung – Kollege Stoch hat auch das angesprochen –: die Scheckbuchdiplomatie des Innenministers. Der Innenminister verspricht zwar nicht, dass er keine Täler zuwachsen lassen will, aber er verspricht, er wolle den letzten Schwarzwaldhof verkabeln. Wie funktioniert jetzt diese Verkabelung des letzten Schwarzwaldhofs? Indem er zu nächst einmal an dem Verfahren gar nichts ändert.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das mit dem Zuwachsen war ein anderer Minister!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Ja, ja, ich habe ja in diese Richtung gedeutet. Aber er ist ja nicht mehr da. Insofern wollen wir fair sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Er hat angekündigt, den letzten Schwarzwaldhof zu verkaufen, aber das Verfahren ist das bisherige, das nicht funktioniert.

(Zuruf von der AfD: Er hat Stacheldraht gemeint!)

Es gibt dann ein Markterkundungsverfahren. Dann gibt es schwergängige Prozesse, bei denen Anträge formuliert werden.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Manche Minister, die etwas mobiler sind, sind wenigstens noch vor Ort gefahren und haben die Schecks vor Ort überreicht.

In der Regel wird man als Kommunalr ins Innenministerium einbestellt

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oder in den CDU-Fraktionssaal!)

– oder vielleicht in den CDU-Fraktionssaal. – Dort wird dann huldvoll der Scheck überreicht, so wie bei den Potentaten des ausgehenden Mittelalters. Aber auf diese Art funktioniert die Digitalisierung in Baden-Württemberg nicht, meine Damen und Herren.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich lade Sie gern mal in meinen Wahlkreis ein!)

– Bitte?

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich lade Sie gern einmal in meinen Wahlkreis ein!)

– Wenn Strobl mit dem Scheck kommt?

(Abg. Tobias Wald CDU: Nein, aber dann sehen Sie mal die vielen Kabel, die da liegen!)

– Ah, die vielen Kabel, die da liegen. Gut. Dann haben Sie vielleicht etwas früher Ihren Einfluss nutzen können, um das Ganze durchzusetzen. Aber Fakt ist, dass wir weit davon entfernt sind, dass der letzte Schwarzwaldhof verkabelt ist. Oder waren Sie, Herr Wald, noch nie im Funkloch?

(Abg. Tobias Wald CDU: Jeder von uns war schon im Funkloch!)

– Jeder. Sehen Sie. Also auch Sie waren im Funkloch. Und diese Funklöcher müssen weniger werden. Und die Politik dieser Landesregierung trägt halt trotz erheblicher Mittel nicht dazu bei, den Breitbandausbau zu beschleunigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Das gilt auch für den Bildungsbereich. Auch im Bildungsbereich werden Sie von den Kommunen kritisiert, und zwar für mangelnde Leistungen im Bereich der digitalen Ausstattung

der Schulen. „Geld allein macht noch keine gute Bildung“, Frau Ministerin, war ein Satz aus Ihrer Rede.

In der Tat, die IQB-Bildungsstudie und andere machen deutlich: Wir erleben, Frau Eisenmann, einen Abstieg in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Absturz!)

– Einen Abstieg im Bereich der Bildung; man könnte vielleicht sogar sagen: einen Absturz.

Man kann sich jetzt darüber streiten, woran das liegt. Ich bin der Überzeugung, es liegt an grundfalschen bildungspolitischen Weichenstellungen der letzten Jahre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Da gibt es zugegebenermaßen Experten, die das anders sehen. Aber in einem sind sich alle einig, indem sie nämlich gesagt haben: Diese grün-roten Schulstrukturreformen waren überstürzt; sie haben Unsicherheit geschaffen; sie haben Unruhen an den Schulen geschaffen, und sie hatten offensichtlich das Ziel, einen bestimmten Schultypus zulasten anderer durchzusetzen.

Ich erinnere Ihre Partei, Frau Eisenmann, an die Aussage im Landtagswahlkampf: „Mit uns wird es keine neuen Gemeinschaftsschulen geben.“ Das wurde dann nach der Wahl schnell eingesammelt. Nach der Wahl gab es nicht nur neue Gemeinschaftsschulen, sondern sogar die Möglichkeit, neue Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zu bilden.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das war gut! Das war prima!)

Wir haben dann gehofft, dass zumindest die Privilegierung der Gemeinschaftsschule zulasten anderer Schulen aufhört. Aber wenn wir in den Haushalt hineinschauen, stellen wir fest, dass trotz einer rückläufigen Nachfrage an den Gemeinschaftsschulen – die Nachfrage ist rückläufig, insbesondere bei den Kindern mit Gymnasialempfehlung – – Dieses Projekt steht vor dem Scheitern. Denn dieses Projekt setzt voraus, dass leistungsstarke Schüler ebenso diese Gemeinschaftsschule besuchen wie die Leistungsschwächeren und die mittelmäßig Begabten. Das ist die Philosophie der Gemeinschaftsschule. Sie funktioniert aber nicht, wenn nur etwa 8 % der Schüler in der Gemeinschaftsschule eine Gymnasialempfehlung haben. Was machen Sie? Sie versuchen, das Projekt trotzdem zu retten, indem Sie weiter andere Schulen zugunsten der Gemeinschaftsschule schwächen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kleinböck?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Augenblick.

Über 1 250 Stellen in diesem Doppelhaushalt zulasten aller anderen Schultypen – von der Grundschule bis hin zum Gymnasium – und zugunsten der Gemeinschaftsschule: Das ist die falsche Politik, Frau Eisenmann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt, Herr Kollege Kleinböck, bitte.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Kollege Rülke, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe noch nie eine abgelehnt.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ist Ihnen bekannt, dass im Rahmen der IQB-Studie keine einzige Gemeinschaftsschule getestet wurde?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Kleinböck, erstens gibt es bereits Untersuchungen über Gemeinschaftsschulen – die Ergebnisse kennen Sie.

Zweitens kann ich Ihnen schon heute versprechen, dass ich, wenn diese Untersuchungen tatsächlich weiträumig vorliegen, in diesem Haus sehr intensiv mit Ihnen darüber diskutieren werde.

Drittens ist eines klar: Diese Schulreformen zugunsten der Gemeinschaftsschule haben, wie ich vorhin gesagt habe – da sind sich alle Experten einig –, an anderen Schulen – und zwar an den Schulen, die getestet worden sind – zu Unruhen und einem Leistungsverlust geführt. Das ist die Realität.

Damit ist die Zwischenfrage beantwortet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Sie ist nicht beantwortet!)

Trotz rückläufiger Nachfrage geht es mit der Privilegierung der Gemeinschaftsschule zulasten der anderen Schulen weiter. Wenn einseitig zugunsten der Gemeinschaftsschule Politik gemacht wird, braucht man sich, Herr Kleinböck, eben nicht zu wundern, wenn das Niveau an den anderen Schulen absackt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Im Hochschulbereich sieht es nicht besser aus. Wenn die Ministerin da wäre, würde ich jetzt mit ihr darüber diskutieren.

Im Hochschulbereich ist die Ministerin in dieser Legislaturperiode eigentlich mit zwei wesentlichen Knackpunkten ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Der eine ist der Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“, und der andere ist die Ausländermaut an Hochschulen.

In der vergangenen Woche hat die Öffentlichkeit dann erfahren, wie sich die Ausländermaut an Hochschulen auf die Entwicklung der Zahl der ausländischen Studierenden auswirkt. Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet eine Partei, die sich immer so sehr der Weltoffenheit, der Multikulturalität, der internationalen Kooperation verschreibt, eine solche Ausländermaut an Hochschulen einführt und damit an einem Studium Interessierte abschreckt und genau diese Weltoffenheit in Baden-Württemberg verringert.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das ist die Entwicklung. Insofern ist es schon bemerkenswert: Bei den ausländischen Flüchtlingen sind die Grünen für den Familiennachzug. Aber die ausländischen Studierenden werden von den Grünen wieder zu ihren Familien zurückgeschickt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! – Gegenruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

So machen Sie Politik in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt ist auch der Innenminister eingetroffen. Ich begrüße Sie herzlich, Herr Strobl.

(Zuruf: Grüß Gott!)

Die Polizeistellen, die Sie versprochen haben, die Diskussionen – so nenne ich sie jetzt einmal freundlich – über die Standorte der Polizeipräsidien, die Auseinandersetzungen über Standorte bei der Ausbildung bis hin zu Villingen-Schwenningen: In letzter Zeit ist also nicht sehr viel Positives zu vermelden, Herr Minister.

Das kommt auch bei der Polizei so an. Denn auch die Polizei sieht, dass Sie die Ausbildungskapazitäten, die sie eigentlich braucht, um die Zahl der zusätzlichen Polizisten, die Sie versprechen, zu erfüllen, nicht erbringen können.

Das sagt nicht die Opposition, sondern das sagen unisono die Interessenvertretungen der Polizei. Ich darf aus der „Badischen Zeitung“ vom 13. November 2017 zitieren:

Die Politik habe die Entscheidung getroffen, mehr Personal einzustellen, aber bislang nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen, sagte Ralf Kusterer, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft ...

Und ergänzend:

Wir brauchen dringend eine Entscheidung, meint auch sein Kollege Hans-Jürgen Kirstein, Chef der Gewerkschaft der Polizei.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Lesen Sie weiter!)

Unisono gibt es also den Vorwurf der Polizei: Da wird geschlafen, da wird nicht das geleistet, was notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Ursache liegt ganz woanders! Das wissen Sie!)

Das, was Sie an innerer Sicherheit in Baden-Württemberg versprechen, leisten Sie nicht.

Ich will Ihnen, Herr Kollege Blenke, gern zugestehen, dass die Vorgängerregierung da auch mit im Boot war.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Da gilt ja dasselbe wie beim Haushalt. Aber es ist nun einmal so. Und wenn die Interessenvertretung der Polizei sagt: „Wir brauchen dringend eine Entscheidung“, dann gibt es offen-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sichtlich auch einen Entscheidungsverzug in den eineinhalb Jahren Ihrer bisherigen Regierungszeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es mangelt also auch in diesem Bereich offensichtlich nicht am Geld – das haben Sie ja genug –, aber es mangelt einfach an der Kompetenz.

Das, Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut, gilt auch für den Bereich des Wohnungsbaus. Ich nehme an, Sie haben die im Auftrag der L-Bank erstellte Prognos-Studie gelesen. 600 000 zusätzliche Wohnungen werden in den nächsten 20 Jahren deutschlandweit gebraucht. Aber es zeichnet sich in keiner Art und Weise ab, was diese Landesregierung dafür tut, zumindest was sie erfolgreich dafür tut, damit das in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Wo gibt es da greifbare Erfolge? Da gibt es Programme, die nicht wirken, und wie bei der Bildung und beim Breitbandausbau rühmen Sie sich, irgendwelche Programme auf den Weg gebracht zu haben. Aber die Erfolge bleiben aus. Es reicht halt nicht, irgendwo Geld zu verteilen, sondern es müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Sie haben es selbst schon erkannt: Diese unselige ideologische Bauordnung

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Anton Baron AfD)

mit überdachten Fahrradstellplätzen, Efeu auf dem Dach, Restriktionen, die verhindern, dass gebaut wird, und Herrn Unterstellers über 200 zusätzliche Beamte in der Umweltverwaltung werden mit Sicherheit auch kein Wohnungsbauimpulsprogramm sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das wird die Folge sein. Bei den 600 000 zusätzlich erforderlichen Wohneinheiten werden Sie mit der jetzigen Politik nicht weiterkommen.

Dasselbe gilt für die Grunderwerbsteuer. In der Prognos-Studie steht explizit: Wenn man das Ziel erreichen will, muss man die Grunderwerbsteuer absenken. 3,5 % werden vorgeschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Was machen Sie? Sie machen einen geheimen Zusatz-Koalitionsvertrag, wo sogar eine Anhebung dieser Grunderwerbsteuer auf 6 % vereinbart wird.

(Zurufe)

Und wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende Reinhart das nicht mit detektivischem Scharfblick durchschaut hätte, dann hätten wir heute diese Steuererhöhung. Stimmt's? – Ja, möglicherweise.

(Heiterkeit)

Ja, ja, ja. Jedenfalls war es so vereinbart. Doch das Gegenteil wäre notwendig, um einen wesentlichen Schritt voranzukommen.

Minister Lucha hat wahrscheinlich gewusst, was kommt, deshalb ist er gegangen. Jetzt wird gerühmt, was man alles tut für das Land Baden-Württemberg. Ich will nur noch einmal zeigen, wie sich das Haushaltsvolumen erhöht hat.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Angesichts dieser Erhöhung des Haushaltsvolumens muss man sich, Herr Kollege Schwarz, doch einmal Seite 168 des Grünen-Wahlprogramms anschauen. Wissen Sie, was da drinsteht?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie es gelesen?)

– Ich habe es gelesen, sonst könnte ich es jetzt nicht vortragen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bitte vortragen!)

– Ja, ich trage vor: 600 Millionen € im Jahr für die Krankenhausinvestitionen; das steht im Grünen-Wahlprogramm. Wie sieht die Realität aus?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was steht denn dazu im FDP-Wahlprogramm? Ihr habt nicht mal Zahlen reingeschrieben! – Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, fahren Sie fort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich fahre schon fort, ich will bloß dem Kollegen Schwarz die Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Dem Kollegen Schwarz gelingt offensichtlich keine Rechtfertigung. Er versucht, abzulenken. Aber das wird nicht gelingen; denn wir schauen jetzt in die Haushalte hinein. Herr Kollege Schwarz, wissen Sie, wie viel wir da im Jahr 2017 haben? 459,5 Millionen €. 2018: 453 Millionen €. 2019: 436 Millionen €. Wenn der Kollege Lucha jetzt da wäre, würde ich ihn fragen. So frage ich Sie, Herr Kollege Schwarz: Wann sind wir bei null, wenn es so weitergeht?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen Sie sich keine Sorgen, Herr Kollege! – Zuruf von der AfD: Wir erleben es nicht mehr!)

Ich mache mir wirklich Sorgen um Herrn Lucha, der jetzt schon nicht mehr da ist. Denn Sie haben gesagt, wie toll das Verhältnis zwischen den Kommunen und dieser Landesregierung ist, und ich habe Ihnen ja einiges vorgetragen, Herr Kollege Schwarz.

(Zurufe)

Was sagen denn die Kommunen, die Landräte zu Herrn Lucha? Ich darf zitieren – „Südwest Presse“ vom 15. November –:

Der Präsident des Landkreistags, Joachim Walter ..., warf Lucha Wortbruch und unsaubere Verhandlungsführung vor.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Da geht es um die Finanzierung von Hilfsleistungen für Menschen mit Behinderungen. Bei Hilfsleistungen für Menschen mit Behinderungen wirft der Präsident des Landkreistags einem Minister Ihrer Regierung Wortbruch und unsaubere Verhandlungsführung vor.

Jetzt mal abgesehen vom Inhaltlichen, was traurig genug ist: Da wollen Sie, Herr Schwarz, und Sie, Herr Reinhart, allen Ernstes sagen: Noch nie war eine Regierung so kommunalnah wie diese.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, selbstverständlich!)

Bei solchen Aussagen eines Parteifreundes von Ihnen?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Noch nie!)

Bei solchen Aussagen? Von wegen Kommunalfreundlichkeit!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist vielmehr so: Sie sanieren den Haushalt, weil Sie selbst nicht sparen können, zulasten der Kommunen. Das ist die Realität im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Tobias Wald CDU: Das stimmt doch nicht! Ullis Märchenstunde!)

– Nein, nein. Zu den Märchen komme ich gleich noch. Denn ich wollte jetzt auf Herrn Hermann und die Verkehrspolitik des Landes Baden-Württemberg zu sprechen kommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Der Verbrennungsmotor muss weg, wir brauchen Fahrverbote. Das Gezerre im Land Baden-Württemberg, ob man jetzt in Berufung geht oder sich für eine Sprungrevision entscheidet, war ein Problem, das das Land Baden-Württemberg über Wochen hinweg elektrisiert hat.

Ich will ihm jetzt die ganzen Geschichten mit dem Fahrrad und dergleichen gar nicht mehr vorwerfen. Die Geschichte mit der Landesbauordnung habe ich schon angesprochen. Aber ein Stück aus dem Tollhaus wollen wir uns am heutigen Tag doch noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, nämlich die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 81,

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

die die Regierungskoalition fast noch stärker erschüttert hat als die Frage, ob Berufung oder Sprungrevision.

Wir haben doch tatsächlich einen Verkehrsminister,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wo ist der Etatansatz?)

der 80 % seiner Arbeitszeit dafür aufwendet, auf zehn Autobahnkilometern Tempo 130 durchzusetzen – das sind die wahren Probleme des Landes Baden-Württemberg –, der im ersten Anlauf sagt, zunächst einmal einen Modellversuch machen zu wollen, damit jedoch am Bundesverkehrsminister scheitert und dann im zweiten Anlauf sagt, dann mache er es einfach so, damit jedoch am Regierungschef und seinem Stellvertreter scheitert.

Das Schönste ist die Begründung – die Begründung, die er sich jetzt ausgedacht hat, ist ja so nett; er musste sie innerhalb dieses Prozesses mehrfach wechseln –, es bestehe die Gefahr der Amtshaftung. Zwischen dem Kreuz Hegau und Bad Dür rheim könnten Unfälle passieren, und wenn man da keine Geschwindigkeitsbegrenzung verhängt, bestehe die Gefahr, dass sein Amtschef mit einer Amtshaftung konfrontiert werde. Oha. Jetzt hat sich diese Koalition geeinigt: Jetzt gibt es das Tempolimit nicht vom Kreuz Hegau bis nach Bad Dür rheim, sondern nur von Engen bis Geisingen.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Herr Hermann, was ist jedoch, wenn zwischen dem Kreuz Hegau und Engen oder zwischen Geisingen und Bad Dür rheim ein Unfall passiert, mit der Amtshaftung Ihres Ministerialdirektors?

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

In der Tat: Wir sprachen heute schon über verschiedene Märchen, über Rotkäppchen usw. Rotkäppchen ist von den Brüdern Grimm. Herr Hermann, haben Sie eigentlich auch Brüder?

(Heiterkeit bei der AfD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Die Brüder Grimm waren zu zweit. Wenn man sich Hermanns Märchen anhört, meint man: Die müssen mindestens zu dritt sein, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sonst wäre so etwas nicht darstellbar.

In der Summe, Frau Finanzministerin, ist das ein aufgeblähter Haushalt. Es gibt maßlose Ausweitungen in vielen Bereichen des Personals, mangelnde Ehrlichkeit in der Darstellung, das Versäumnis von Tilgungen, obwohl sie nicht nur möglich, sondern zwingend geboten wären, ein Versagen in vielen Politikbereichen, eine sich abzeichnende Bildungskatastrophe, eine chaotische Verkehrspolitik, einen Sozialminister, der von den Kommunen in Grund und Boden verdammt wird, einen Digitalisierungsminister, der den Breitbandausbau nicht hinkommt,

(Lachen des Ministers Thomas Strobl)

versprochene Ausbildungsstellen bei der Polizei, die nicht geliefert werden. Nein, meine Damen und Herren, das ist eine chaotische Haushaltsführung. Einem solchen Haushalt kann man nicht zustimmen, und diesem Haushalt werden wir auch nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Finanzministerin Sitzmann.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Leider habe ich bei den Rednern der Opposition vermisst, dass sie auch die positiven Botschaften dieses Haushalts aufgeführt hätten.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben Sie doch schon gemacht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das haben Sie doch inflationär gemacht! – Weitere Zurufe)

Deswegen werde ich das jetzt noch einmal wiederholen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Noch einmal?)

Herr Kollege Rülke, Herr Kollege Stoch – Herr Meuthen ist nicht da.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir hätten gedacht, wir hätten schon eine Überdosis davon!)

Also: Ich habe den Haushalt in der letzten Woche eingebracht, und es ist ein guter, ein vorausschauender, ein nachhaltiger Haushalt.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: „Wetterfest“!)

Wir nutzen die guten Zeiten,

(Abg. Carola Wolle AfD: Um mehr auszugeben!)

um den Haushalt wetterfest zu machen. – Herr Kollege Aden, sehr schön. Sie haben es schon verinnerlicht; das freut mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Ausgaben belaufen sich auf jeweils 50 Milliarden €, Herr Kollege Rülke. Und ja, das Haushaltsvolumen ist gestiegen. Die Einnahmen sind gestiegen

(Abg. Carola Wolle AfD: Dann können sie auch ausgegeben werden!)

und die Ausgaben sind gestiegen. Die Ausgaben sind wie immer durch die Einnahmen gedeckt, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie geben halt alles aus, was Sie kriegen können! – Abg. Anton Baron AfD: Was ist das für eine Logik?)

Dann möchte ich noch einmal betonen: Wir legen zum fünften Mal in Folge einen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vor.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hatte ich erwähnt!)

Ich finde, das können Sie würdigen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das haben wir!)

Herr Kollege Stoch, in der letzten Legislaturperiode waren es nicht vier von fünf Jahren, sondern drei von fünf Jahren ohne neue Schulden. Aber sei's drum. Der Weg ist damals der richtige gewesen, und es ist heute der richtige Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das hat es noch nie gegeben: fünf Mal in Folge.

Was es auch noch nie gegeben hat – das ist eine Premiere –: 1,9 Milliarden € werden wir dafür verwenden, implizite Schulden – das ist übrigens ein Begriff des Landesrechnungshofs –

zu tilgen. Ich empfehle allen, nicht so despektierlich über Vorschläge des Landesrechnungshofs zu sprechen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen Sie alles, was die vorschlagen?)

Wir investieren 1,25 Milliarden € in die Sanierung der Gebäude und der Straßen im Land, Herr Rülke. Wir legen 120 Millionen € für Pensionen der Beamten – Kollege Reinhart hat es betont, Kollege Schwarz hat es betont – als Vorsorge zurück. Das ist mehr als beachtlich.

Und ja, auch das hat es noch nicht gegeben: Wir tilgen Kreditmarktschulden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

– Genau.

(Zuruf von der AfD: Wie viele? Auf welcher Position?)

Deshalb können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir mit diesem Doppelhaushalt eine historische Trendwende einleiten; denn der Schuldenabbau beginnt jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE)

Warum kommt das so? Ja, die Steuereinnahmen sind gut. Ja, die Steuern zahlen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben die Aufgabe, mit diesen Steuereinnahmen sinnvoll umzugehen. Wir haben aber auch die Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren, und das haben wir getan – mit den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett. Das war kein einfacher Weg: 800 Millionen € im Jahr 2017, 300 Millionen € im Jahr 2018, noch einmal 300 Millionen € obendrauf im Jahr 2019 – also insgesamt 800 Millionen € bzw. 600 Millionen €.

Meine Damen und Herren, das ist keine einfache Aufgabe, das ist eine Herausforderung. Wir werden sie aber bewältigen. Damit machen wir, Grün-Schwarz, die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, jetzt ernst. Wir machen nämlich eine nachhaltige Haushaltspolitik. Wir investieren aber gleichzeitig in die Zukunft, meine Damen und Herren.

Und ja, wir nehmen mehr Geld für den Umwelt- und Klimaschutz in die Hand.

(Abg. Anton Baron AfD: Was machen Sie genau?)

Das finden wir vollkommen richtig. Denn es geht um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Da gehört der Erhalt der Artenvielfalt unabweislich dazu.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Und ja, wir stärken auch die Umweltverwaltung, die kurz davor ist, eine Mangelverwaltung zu sein,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist sie schon!)

mit 225 Stellen und 31 obendrauf.

(Abg. Anton Baron AfD: Was kostet das genau? Wie kann die CDU so etwas mitmachen? Das verstehe ich nicht!)

Meine Damen und Herren, wir sorgen für gute Bildung an unseren Schulen, indem wir sie mit mehr Lehrern im Unterricht ausstatten.

(Abg. Carola Wolle AfD: Qualität statt Quantität! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir, insbesondere der Innenminister des Landes, sorgen für die innere Sicherheit. Wir schaffen 400 neue Stellen bei der Polizei. Wir erhöhen die Anzahl der Anwärter auf 1 800. Wir statten die Polizei technisch besser aus. Auch dafür nehmen wir ordentlich Geld – z. B. 40 Millionen € – in die Hand.

Wir stärken die Justiz personell, damit Gerichtsverfahren schneller abgeschlossen werden können. Wir investieren in Forschungsleuchttürme, damit wir auch in Zukunft Innovationseuropameister bleiben. Wir setzen unsere Anstrengungen für eine Mobilitätsgarantie fort, damit der öffentliche Nahverkehr nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land attraktiv wird.

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wir stellen Seed- und Wagniskapitalfonds zur Verfügung, damit Menschen, die neue gute Ideen haben, diese auch umsetzen können. Außerdem investieren wir 160 Millionen € in den Pakt für Integration, meine Damen und Herren. Lieber Herr Kollege Stoch, woran liegt es, dass wir dies bis 2018 festgeschrieben haben? Es liegt daran, dass die ehemalige Bundesregierung, der bekanntlich auch die SPD angehört hat,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

keine Planungssicherheit geschaffen hat, wie es ab Ende 2018 weitergehen soll.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Kommunen brauchen aber eben das Land an ihrer Seite!)

Ich kann nur sagen, dass diejenigen, die hier von Baden-Württemberg aus mit an den Sondierungsgesprächen beteiligt sind – das sind insbesondere der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident –, sich intensiv dafür einsetzen, dass wir in diesem Bereich Planungssicherheit bekommen.

Wir führen die Wohnraumförderung mit einem jährlichen Programmvolumen von 250 Millionen € auf hohem Niveau fort, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Da gab es jetzt Kritik. Herr Kollege Stoch, 250 Millionen € pro Jahr für die Wohnraumförderung – schon jetzt im Jahr 2017 und die Fortführung dann in den Jahren 2018 und 2019 –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Genau so habe ich es gesagt!)

hat es in der letzten Legislaturperiode auch nicht gegeben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil die Bundesmittel viel niedriger waren! Sagen Sie doch die Wahrheit!)

Die Höhe ist einmalig. Wir setzen die Förderung in dieser Höhe fort.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Bundesmittel sind dreimal so hoch!)

Ich sage allen, dass wir damit selbstverständlich auch Verpflichtungen für die Zukunft eingehen.

Ich bin aber überzeugt, dass es richtig ist, dass wir, Frau Kollegin Hoffmeister-Kraut, in den bezahlbaren Mietwohnungsbau investieren, damit es in Zukunft Wohnungen zu annehmbaren Mieten gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herr Rülke, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie gerade behauptet haben, wir würden da unserer Verantwortung nicht gerecht. Da möchte ich Sie daran erinnern, dass es einen FDP/DVP-Wirtschaftsminister gegeben hat, der auch für den Wohnungsbau zuständig gewesen ist. In dieser Zeit ist eines passiert: Sie haben die Mietwohnraumförderung phasenweise komplett eingestellt

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil es nichts bringt!)

und nur noch Eigentumsförderung gemacht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha! Aber jetzt die Banken aufblasen!)

Das ist ein Problem, mit dem wir heute noch zu kämpfen haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie kriegen nichts hin!)

Beim Thema Wohnen sollte sich also gerade die FDP/DVP hier einmal zurückhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Als Sie das Thema Digitalisierung aufgegriffen haben, haben Sie leider nicht gesagt, dass wir die Mittel deutlich erhöhen – auf insgesamt rund 320 Millionen € im Doppelhaushalt 2018/2019. Damit stehen allein 180 Millionen € für die Förderung von schnellem Internet bereit.

(Abg. Anton Baron AfD: Das kommt ja nicht an!)

Ich finde es positiv, wenn der für die Digitalisierung zuständige Innenminister

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Förderbescheide verteilt, weil dann klar ist, dass etwas vorgeht, meine Damen und Herren. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ja, wir sind voll auf Kurs. Denn unser Ziel ist es, in den fünf Jahren dieser Legislaturperiode insgesamt mindestens 1 Milliarde € zusätzlich in die Digitalisierung zu investieren. Wir packen dieses Thema in der ganzen Breite an – von der Telemedizin über die Finanzämter der Zukunft, damit auch Geld ins Kässle kommt und wir es ausgeben können, bis hin zum E-Ticketing für einen guten ÖPNV.

Jetzt kann man fragen: Ist das zu viel? Das unterstellt die FDP/DVP. Man kann auch fragen: Ist es zu wenig? Das unterstellt die SPD. Wir finden, das sind genau die Maßnahmen und Weichenstellungen, die unser Land voranbringen.

Wir, meine Damen und Herren, gehen mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortungsvoll, sorgfältig und gewissenhaft um. Wir halten die Schuldenbremse souverän und verlässlich ein – nicht erst ab 2020. Wir starten eine Sanierungsoffensive, und wir tilgen erstmals Schulden am Kreditmarkt, damit der Schuldenberg in Zukunft kleiner wird und wir eine gute Zukunft vorbereiten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: In 200 Jahren!)

Herr Kollege Aden, wir machen den Haushalt also wetterfest.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Da kann man noch viel mehr tilgen, Frau Ministerin, mit diesen Steuereinnahmen! – Abg. Anton Baron AfD: So wie Dagobert Duck!)

Wenn die wirtschaftliche Lage gut ist und wenn die Regierung sowie die Fraktionen von Grünen und CDU gut und verlässlich arbeiten, dann ist das die beste Grundlage dafür, dass wir einen guten und ausgewogenen Entwurf vorlegen können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann hoffen wir, dass wir bald so eine Regierung kriegen!)

Das haben wir heute getan.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Von einer Opposition, liebe Kolleginnen und Kollegen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Baum?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Frau Kollegin Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommt jetzt was zur Facebook-Gruppe?)

Ich habe nur eine Frage: Hören wir von Ihnen auch noch etwas zu dem gravierendsten Problem, das unsere Gesellschaft hat, nämlich zur Demografie? Mit anderen Worten: Äußern Sie sich irgendwie noch zur Familienpolitik?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Demografie ist doch Familienpolitik!)

Das hätte ich gern gewusst.

Danke schön.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Wir werden noch sehr viele Gelegenheiten haben, um gerade dieses Thema intensiv zu diskutieren. Ich gehe aber auf den einen oder anderen Aspekt dieses Themas noch im Laufe meiner Rede ein.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön!)

Wir werden in der nächsten und der übernächsten Woche im Finanzausschuss jeden Einzelplan beraten, und wir beraten hier im Plenum ebenfalls noch jeden Einzelplan. Dabei wird dieser Aspekt sicherlich nicht zu kurz kommen.

Meine Damen und Herren, wie ist die Lage? Alternativen habe ich heute nicht gehört.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: War auch nicht zu erwarten! – Zurufe der Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP sowie Carola Wolle und Rüdiger Klos AfD)

Ich hätte von der Opposition gern klare Alternativen gehört. Manche waren in ihren Forderungen sehr vage, manche ein bisschen konkreter. Das unterschlage ich nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Anträge werden es zeigen!)

Aber eine klare Alternative, die benennt, wo man sparen, wo man mehr ausgeben und wo man Prioritäten setzen soll – und all dies vor allem unter der Prämisse, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann –, habe ich leider vermisst.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, deswegen 225 Stellen!)

Manfred Rommel hat einmal gesagt:

Finanzpolitik – das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da hat er an Sie gedacht!)

und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

In Zeiten des Euro gilt das natürlich genauso.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat in seiner Rede gefordert: 1 Milliarde € tilgen, 1 Milliarde € für kommunale Investitionen, Einstieg in gebührenfreie Kitas. Sie haben auch zu den Kreditermächtigungen gesagt – darauf komme ich noch einmal extra zu sprechen –, das müsste man alles nicht machen. Sie haben also zwar gesagt, wo überall Sie mehr wollen, aber wie Sie das finanzieren wollen, haben Sie nicht gesagt, meine Damen und Herren.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist doch alles in der Kasse! Also auf dem Sparbuch! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das Geld ist da! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Eben nicht! – Abg. Anton Baron AfD: Also! Wenn man sich 225 Leute im Umweltministerium leisten kann! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Zusätzlich! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir haben jetzt in unterschiedlichen Ausprägungen gehört, dass Sie mehr wollen. Alle Oppositionsfraktionen wollen mehr. Manche wollen mehr Tilgung, andere wollen mehr Tilgung und mehr Ausgaben, andere wollen mehr Steuerentlastung, und wieder andere wollen einfach mehr Abgeordnetenmandate; auch das haben wir heute erleben können.

(Lachen der Abg. Carola Wolle AfD)

Meine Damen und Herren, ich finde, für eine gute Opposition ist das zu wenig.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Klingt ziemlich überheblich, Frau Kollegin!)

Wir erwarten deshalb, dass wir in den weiteren Beratungen noch Vorschläge von Ihnen unterbreitet bekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gar keine Sorge!)

Ich bin gern bereit, in den Finanzausschusssitzungen und in den Haushaltsdebatten hier im Landtag darüber zu diskutieren.

Lassen Sie mich noch zu ein paar Themen kommen, die hier jetzt angesprochen worden sind.

Das eine Thema betrifft die Tilgung, die Einnahmereste und die Kreditermächtigungen. Meine Damen und Herren, wir werden eine halbe Milliarde Euro Kreditmarktschulden tilgen. Wie wir es auch öffentlich gesagt haben, werden wir nach der November-Steuerschätzung darüber entscheiden können, ob dieses Ziel real umsetzbar ist. Stand heute können wir sagen: Wir können es umsetzen, und wir werden es umsetzen. Die entsprechenden Anträge der Regierungsfractionen werden in den weiteren Beratungen auf den Tisch gelegt. Also: Das, was wir als Ziel anvisiert haben, das, was wir versprochen haben, das werden wir auch halten.

Jetzt ging es noch einmal um das Thema Kreditermächtigungen. Da muss ich schon sagen: Herr Kollege Rülke, Sie hatten einen Entwurf oder eine Pressemitteilung, in der stand, das könne man ja aus der Portokasse bezahlen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich weiß nicht, wie groß Ihre Portokasse ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo im Plenarprotokoll ist der Begriff „Portokasse“?)

Die Portokasse des Landes enthält keine 1,5 Milliarden €.

Die Kreditermächtigungen sind auch kein Planungsfehler. Das ist ein Instrument, das es seit Jahrzehnten im Haushalt des Landes Baden-Württemberg gibt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja!)

Dieses Instrument ist dazu da, dass man – wie es auch immer sein muss – die Ausgaben, die man vorsieht, mit Einnahmen deckt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So weit richtig!)

Man braucht diese Kreditermächtigungen. Wenn man Ausgabereste von einem Haushaltsjahr in das nächste überträgt, muss man auch die entsprechenden Einnahmereste dafür sicherstellen.

Ich will diese Kreditermächtigungen einmal mit einem Avalkredit vergleichen. Einen Avalkredit kann man z. B. aufnehmen, wenn man eine Wohnung mietet und dafür eine Kaution hinterlegen muss. Da ist ein Avalkredit sozusagen eine Garantie, eine Art Bürgschaft, dass man im Zweifel diese Kaution bezahlen kann. Aber es ist nicht so, dass, wenn man diesen Avalkredit nicht in Anspruch nimmt, der Betrag damit getilgt ist. Wenn man die Kaution nicht als Avalkredit hinterlegt, muss man das Geld für die Kaution auf dem Sparbuch hinterlegen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist aber kein Avalkredit! Das ist der Fehler!)

Das ist die Situation, vor der wir jetzt stehen. Wir haben Ermächtigungen, Kredite aufzunehmen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und für die Ermächtigungen zahlen Sie nichts!)

und wir brauchen diese, um Ausgaben zu finanzieren. Wenn wir das nicht über Kreditermächtigungen machen, müssen wir das Geld zurücklegen und deshalb diese Kreditermächtigungen streichen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich glaube, sie versteht es selbst nicht!)

Mit dem Eintritt der Schuldenbremse dürfen wir keine Kredite mehr aufnehmen, und wir wollten das auch nicht. Das ist der ganze Hintergrund, meine Damen und Herren.

Deshalb müssen wir diese Kreditermächtigungen eben auch finanzieren. Daran führt nur ein Weg vorbei, und diesen wollen wir nicht gehen. Der einzige Weg wäre: Wir nehmen jetzt, solange wir dürfen, diese Kredite noch auf. Dann haben wir Geld in der Kasse.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das wäre ja noch schlimmer!)

Aber das wäre ja wohl der absolut falsche Weg. Also: Das tun wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Herr Rülke, Sie hatten die Personalstellen kritisiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht alle! – Abg. Anton Baron AfD: Ja, wir auch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zu Recht!)

– Nicht alle. Sie haben leider die Stellen, die dringend nötig sind – in der Umweltverwaltung z. B. – kritisiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die habe ich kritisiert!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ich kann Ihnen sagen – das ist bereits mehrfach erwähnt worden, und ich muss es an dieser Stelle einfach noch einmal deutlich machen –, dass wir, gerade was Pensionsverpflichtungen der Zukunft betrifft, Vorsorge treffen werden. Wir treffen einmalig Vorsorge, indem wir dem Versorgungsfonds 120 Millionen € zusätzlich zuführen, und wir treffen strukturell und dauerhaft Vorsorge, indem wir die monatlichen Vorsorgebeiträge von derzeit 500 auf 750 € erhöhen, wenn eine vorhandene Stelle wiederbesetzt wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die beste Vorsorge wäre, die Stellen gar nicht erst auszuweisen!)

Wir erhöhen die Beiträge auf 1 000 €, Herr Kollege, wenn eine neue Stelle geschaffen wird. Ab 2020 treffen wir damit strukturell Vorsorge.

(Abg. Anton Baron AfD: Davon haben die Bürger etwas! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Ja, natürlich! Meine Kinder haben etwas davon!)

Wenn Sie die Personalstellen insgesamt betrachten, dann sehen Sie, dass wir die Schwerpunkte verschieben. Wir haben richtige Investitionen in Personal bei der Polizei, bei der Justiz, im Bildungsbereich, auch in der Umweltverwaltung. Auf der anderen Seite fallen aber auch Aufgaben weg, z. B. im Bereich der Flüchtlingspolitik oder durch die Notariatsreform. Sie müssen sich also keine Sorgen machen. Pi mal Daumen wird die Zahl der Personalstellen im Land Baden-Württemberg in etwa gleich bleiben.

(Abg. Peter Hofelich und Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das glauben wir nicht!)

– Doch, das ist so.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo bauen Sie denn Personal ab?)

– Moment! Ich habe es gerade gesagt: z. B. im Flüchtlingsbereich oder im Notariatsbereich.

Jetzt lassen Sie mich zum Thema Kommunen kommen, das Sie hier aufgerufen haben. Die Kollegen Fraktionsvorsitzenden haben es bereits gesagt: Die Kommunen in Baden-Württemberg stehen sehr gut da. Das finden wir auch gut so, und das soll in Zukunft natürlich so bleiben. Die baden-württembergischen Kommunen haben bundesweit die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung und die zweithöchsten Investitionen.

Die Kommunen erzielen Überschüsse – allein im vergangenen Jahr mindestens 1 Milliarde € –, und auch sie profitieren von den guten Steuereinnahmen. Ich muss es sicherlich nicht ausdrücklich erwähnen, dass die Kommunen von jedem Euro, den das Land an Steuern bekommt, 23 Cent erhalten.

Die November-Steuerschätzung ergibt jetzt für die Kommunen nochmals ein sattes Plus: 2017 400 Millionen €, 2018 420 Millionen €, 2019 490 Millionen €. Nach der November-Steuerschätzung ergibt sich für die Kommunen in drei Jahren also ein Mehr von 1,3 Milliarden €. Ich finde, das kann sich doch sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ja, wir haben uns mit § 18 LHO verpflichtet, Schulden zu tilgen. Über 90 % der Mehreinnahmen nach der Steuerschätzung fließen bei uns in den Abbau der Verschuldung. Von den Steuermehreinnahmen des Landes von 700 Millionen € im Jahr 2018 gehen 660 Millionen € in die Tilgung nach § 18 LHO, Herr Kollege Stoch. Lediglich 40 Millionen € stehen im Haushalt zur Verfügung.

Nehmen wir das Jahr 2019: Da haben wir 770 Millionen € Steuermehreinnahmen. Davon gehen 710 Millionen € in den Abbau der Verschuldung; es verbleiben für den Haushalt 60 Millionen €.

Von dem, was wir in den Abbau der Verschuldung geben – es sind 1,4 Milliarden €, wenn man diese Zahlen zusammenrechnet –, bekommen die Kommunen 10 %, meine Damen und Herren. Das haben wir mit den Kommunen im letzten Jahr vereinbart – 10 % aus der Tilgungsverpflichtung –, damit eben der Sanierungsstau, insbesondere bei Schulen, aber auch bei Brücken – es war der Wunsch der kommunalen Landesverbände, dies so aufzuteilen –, angegangen werden kann.

Der kommunale Sanierungsfonds steigt durch die neue Steuerschätzung von derzeit 244 Millionen € auf 381 Millionen € – also ein Plus von 140 Millionen € in den kommenden beiden Jahren. Wenn Sie dann noch die 41 Millionen € nehmen, die die Kommunen für 2017 bekommen, und wenn Sie berücksichtigen, dass es drei Mal 20 Millionen € für die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen gibt, dann sind Sie bei fast einer halben Milliarde Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen, die die Kommunen für wichtige Aufgaben vom Land zur Verfügung gestellt bekommen. Wer will da noch behaupten, wir würden unsere Kommunen nicht gut ausstatten?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Die Kommunen selbst behaupten das! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das kommt von den Kommunen selbst!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen wichtigen Punkt eingehen, der in der letzten Woche noch nicht besprochen werden konnte, nämlich auf die mittelfristige Finanzplanung. Diese mittelfristige Finanzplanung ist gestern dem Landtag, also Ihnen, zugegangen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Rechtzeitig!)

– Rechtzeitig, Herr Kollege Drexler, nämlich direkt nach der Steuerschätzung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, ja!)

Wir können eine mittelfristige Finanzplanung dann vorlegen, wenn wir wissen, wie die Steuerschätzungen ausfallen. Aber Sie haben diese mittelfristige Finanzplanung nun vorliegen, und an dieser mittelfristigen Finanzplanung sehen Sie, meine Damen und Herren: Wir kommen bei der Konsolidierung des Landeshaushalts richtig gut voran. Wir werden die Schuldenbremse einhalten, und wir haben in dieser Finanzplanung die erfreuliche Situation, dass die strukturelle Deckungslücke für die Zukunft deutlich sinkt.

Die Finanzplanung betrachtet das Jahr 2017, sie betrachtet die Jahre 2018 und 2019, also die Jahre, die der Doppelhaushalt umfasst. Die eigentlichen Prognosejahre sind die Jahre 2020

(Ministerin Edith Sitzmann)

und 2021. Wenn wir jetzt eine Finanzplanung haben, nach der die finanzielle Lücke im Jahr 2020 auf 60 Millionen € sinkt, und zwar von ehemals 1,8 Milliarden €, dann sehen Sie: Wir haben wirklich schon viel geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, 1,8 Milliarden € betrug die strukturelle Deckungslücke in der letzten mittelfristigen Finanzplanung, und sie wird für das Jahr 2021 unter 300 Millionen € liegen. Das sind Riesenschritte, und darauf können wir stolz sein.

Wir haben zum einen die Konsolidierungsanstrengungen, die dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Ich habe es bereits gesagt: 2017 800 Millionen € strukturell, 2018 weitere 300 Millionen €, 2019 noch einmal 300 Millionen €; das macht in Summe 1,4 Milliarden €. Das zahlt sich jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung auch aus.

Zum anderen entwickeln sich aber natürlich auch die Steuereinnahmen sehr positiv. Ich finde es schon sonderbar, dass manche hier im Haus über die guten Steuereinnahmen so despektierlich reden: „Es regnet sie herein.“ Das ist wirklich Geld, das die Leute erarbeitet haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Genau so habe ich es gesagt!)

Wir haben die Aufgabe, damit verantwortungsvoll umzugehen, und ich glaube, dass es auch gut ist, dies sprachlich abzubilden und nicht von Geldregen, sondern von guten Steuereinnahmen zu reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ja, Dagobert Duck: Man kann das übrigens in Baden-Württemberg machen, Herr Kollege Rülke –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ich nehme an, Sie machen es schon!)

allerdings unter strengen Bedingungen. Wir haben nämlich eine Staatliche Münze.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und da baden Sie!)

Diese Staatliche Münze produziert jedes Jahr für ganz Europa Millionen von Euro- und Centmünzen. Die Münzen fließen nach der Prägung in große Bottiche, und daran könnte ein Dagobert Duck vielleicht seine Freude haben. Allerdings werden alle, die da reingehen, auch beim Rausgehen wieder gescannt, damit auch ja kein einziger Cent fehlt, meine Damen und Herren.

Zum Thema Rotkäppchen, weil Sie das angesprochen haben: Anscheinend haben Sie doch nicht ganz so genau zugehört. Ich habe nämlich explizit nicht von knallenden Sektkorken gesprochen, sondern das als eine Variante erwähnt, die wir aber nicht wählen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

weil wir nämlich auch bei guten Steuereinnahmen immer noch das Vorsichtsprinzip walten lassen, Herr Kollege. Aber wenn

Sie sagen, statt Winzersekt wäre es Rotkäppchen, dann heißt das immerhin, dass Sie auch der Ansicht sind, dass man auf diesen Haushalt, wie er hier eingebracht worden ist, tatsächlich mit Sekt anstoßen könnte.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

So schlecht scheint er also auch nach Ihrer Einschätzung nicht zu sein.

Alles in allem ist dieser Haushalt eine gute und tragfähige Grundlage für die weiteren Beratungen. Sicherlich werden einige Punkte, die hier genannt wurden und die im Regierungsentwurf noch nicht enthalten sind, über die Regierungsfractionen eingebracht. Das gilt z. B. für den Bereich der Lehrerbildung für die Grundschulen und manches andere mehr. Ich hoffe, dass wir alle zusammen konstruktive, ergebnisorientierte Beratungen im Finanzausschuss haben werden und dass insbesondere die Oppositionsfractionen noch klare und gegenfinanzierte Alternativen auf den Tisch legen. Dann können wir darüber fundiert debattieren.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat es noch einmal deutlich auf den Punkt gebracht: Die AfD verkennt wissenschaftliche Studien und wissenschaftliche Untersuchungen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Ihr Fraktionsvorsitzender hält es nicht einmal für nötig, einer Debatte im Landtag zu folgen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich habe den Eindruck, er ist mit dieser Debatte hier überfordert.

(Zuruf von der AfD: Der Ministerpräsident hält es auch nicht für nötig!)

Er wird dann erst recht mit dem Doppelmandat überfordert sein. Vielleicht muss er ja gerade Streit innerhalb Ihrer Fraktion schlichten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Das Insektensterben in Baden-Württemberg ist leider Realität. Unzählige Studien haben dies bestätigt. Erst gestern hat uns Professor Dr. Hasselmann von der Universität Hohenheim, Inhaber des Lehrstuhls für Agrarwissenschaften, noch einmal geschrieben. Sowohl die Anzahl der Insekten als auch die Masse sind zurückgegangen. An sich ist das ein schlimmer Vorgang, Herr Meuthen.

(Zuruf von der AfD: Wo ist die Studie?)

Denn Schmetterlinge, Wildbienen und Co. sind schützenswerte Arten. Es ist schlimm, dass die Zahl der Insekten, die die

(Andreas Schwarz)

Nahrungsgrundlage für alle Vogelarten in Deutschland darstellen, so stark zurückgeht. Das sind Indikatoren für unser Ökosystem. Daran wird deutlich: Es ist etwas aus dem Ruder gelaufen; irgendetwas ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb müssen wir, die wir für die kommenden Generationen Verantwortung tragen, handeln, und deswegen handelt diese Koalition auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sie haben jetzt das Waldsterben angesprochen. Ja, der Wald war in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts tatsächlich krank.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und Sie haben ihn geheilt!)

Ursache war insbesondere der saure Regen. Viele Waldflächen waren geschädigt.

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt stellen Sie ja Windräder rein!)

Der Wald ist aber nicht gestorben. Warum ist er nicht gestorben? Weil die Förster das Signal gehört und stabile Wälder aufgebaut haben und weil die Politik dieses Signal gehört hat

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt stellen Sie Windräder rein!)

und eben eine konsequente Umweltpolitik betrieben hat. Der Ausstoß von Schwefeldioxid ist dramatisch reduziert worden. Das war ein grüner Erfolg.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ein grüner Erfolg!)

Auch die Wirtschaft hat mitgezogen. – Ja, das ist ein grüner Erfolg. Und es war der Erfolg der CDU unter Ministerpräsident Lothar Späth, dass der Umweltschutz in Baden-Württemberg vorangebracht wurde.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Dass Sie so etwas nicht sehen, Herr Kollege, ist doch absurd. Sie verschließen die Augen vor der Realität in unserem Land, Herr Meuthen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die SPD hat in dieser Debatte vorgebracht, sie wolle von allem mehr, überall etwas mehr.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Aber sie hat keinen schlüssigen Plan vorgelegt,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

wie sie das finanzieren möchte. Dazu habe ich nichts gehört.

Und wenn Sie hier den Bürgerinnen und Bürgern das gebührenfreie Kindergartenjahr versprechen, dann versprechen Sie einen ungedeckten Scheck, Herr Kollege – ganz klar einen ungedeckten Scheck.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch Quatsch! Das Geld ist da!)

Denn die Herausforderungen liegen doch in ganz anderen Bereichen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir müssen die Sprachförderung, insbesondere im frühkindlichen Bereich, intensivieren. Wir müssen die Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie spielen Qualität gegen Gebührenfreiheit aus!)

Wir müssen an der weiteren Umsetzung des Orientierungsplans arbeiten. Wir müssen die Leiterinnen und die Leiter der Kindertageseinrichtungen stärker unterstützen. Das Stichwort ist hier Freistellung.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich hoffe, das kommt mal im Haushalt vor!)

Das sind qualitative Merkmale. Die werden wir im Pakt mit den Kommunen für gute Bildung und Betreuung verhandeln. Mit diesem Pakt werden wir die Qualität verbessern. Diese Herausforderung gehen wir kraftvoll an, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Und wo steht das im Haushalt?)

Sie haben jetzt vorgebracht, es würde keinen gemeinsamen Plan geben. Herr Stoch, wo waren Sie heute von 10 bis 12 Uhr? Heute sind viele gemeinsame Ideen in den Reihen von Grünen und CDU vorgebracht worden:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Keine Ideen! – Weitere Zurufe)

nachhaltige Finanzpolitik, Abbau impliziter und expliziter Schulden in Höhe von 2,4 Milliarden €,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Keine Ideen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn bei beiden keine Idee drinsteht, wird es keine Idee!)

ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt, unser gemeinsames Engagement für eine intakte Natur und unsere Anstrengungen für eine innovative Wirtschaft. Da haben wir einen guten Plan für Baden-Württemberg vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Auch Kollege Rülke muss jetzt wohl Presseinterviews geben;

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

dabei komme ich jetzt zur Wirtschaftspolitik, die ja früher mal ein Thema der FDP war.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Auch heute noch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich passe immer auf, wenn Niveau dahinter ist, ansonsten nicht!)

(Andreas Schwarz)

Wir stärken mit diesen Stellen die Umweltverwaltung, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, um Genehmigungsverfahren schneller voranzubringen. Mir liegen Stellungnahmen vor vom Baden-Württembergischen Handwerkstag, vom Verband der Chemischen Industrie, vom Verband der Entsorgungswirtschaft,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

vom Industrieverband Steine und Erden, ISTE. All diese Wirtschaftsverbände sprechen sich für eine Stärkung der Umweltverwaltung aus, weil sie sagen: „Da liegt vieles im Argen.“ Wir müssen Genehmigungsverfahren beschleunigen.

(Zurufe von der AfD: Aha!)

Deswegen sind diese zusätzlichen Stellen richtig und konsequent ausgebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber die gleichen kritisieren Ihre Bildungspolitik!)

Jetzt hat Herr Stoch nochmals die Kommunen angesprochen. Ich finde, wir leisten hier mit dem kommunalen Sanierungsfonds Beachtliches. Mit dem kommunalen Sanierungsfonds unterstützen wir in diesem Haushalt die Kommunen

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Warum merken das die Kommunen nicht?)

zusätzlich mit 380 Millionen € für die Modernisierung ihrer Schulen und des Straßennetzes. Würde es nach Herrn Stoch und Herrn Hofelich gehen – Gesetzentwurf Drucksache 16/2861 –,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt kommen Sie wieder damit!)

würden Sie diese Mittel streichen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nein!)

Sie wollen die Landeshaushaltsordnung ja ändern. Wir dürfen diese Gelder gar nicht an die Kommunen weitergeben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Also, Sie sind bestimmt kein Freund einer kommunalfreundlichen Politik.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie können nicht lesen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Keine Ahnung!)

Wer gut für die Kommunen sorgt, das sind die Grünen und die CDU. Mit Ihrem Gesetzentwurf haben Sie es auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ich rechne es Ihnen auch noch mal vor.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das brauchen Sie nicht, weil Sie es nicht können! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und beißen Sie nicht gleich ins Mikro!)

Ja, wir haben die Vorwegentnahme erhöht. Aber allein der kommunale Sanierungsfonds umfasst in diesem Haushalt

380 Millionen €. Da wird doch ganz klar: Unter Grün-Schwarz profitieren die Kommunen von zusätzlichem Geld. Das ist doch ganz einfach zu rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Und wir gehen noch weiter: 60 Millionen € zur Förderung der Schienenfahrzeuge,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

ab 2021 zusätzlich aus der Landeskasse 25 Millionen € für die ÖPNV-Finanzierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Legislatur gut zusammengearbeitet. Aber Finanzminister Schmid und auch der Verkehrs-AK der SPD-Fraktion waren keine Freunde einer Änderung der ÖPNV-Finanzierung. Das haben wir erst mit der CDU hinbekommen. Ich finde, es ist ein gutes Signal für die Kommunen, dass wir zusätzliches Geld für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Werden Sie von den Kommunen dafür gelobt?)

– Wir werden von den Kommunen gelobt.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es gab ein Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden zur ÖPNV-Finanzierung. Wir bringen unseren Teil, 25 Millionen €, die kommunale Seite bringt 25 Millionen €. Insgesamt haben wir dann 250 Millionen € für den öffentlichen Nahverkehr.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ab wann?)

Da sind wir von den kommunalen Landesverbänden sehr wohl gelobt worden.

Jetzt bringen Sie auch das Thema Wohnraumförderung. Dazu will ich noch einmal das Engagement des Landes darstellen. Lesen Sie es auf Seite 127 im Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums nach. Die Bundesgelder betragen einmal 147 Millionen €, einmal 83 Millionen €. Das heißt, sie reichen bei Weitem nicht aus, um das Bewilligungsvolumen von 250 Millionen € pro Jahr auszufinanzieren.

Wir greifen in die Landeskasse. Wir stellen originäre Landesmittel bereit, und zwar im nächsten Jahr mehr und im Jahr 2019 nochmals deutlich mehr.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil es notwendig ist!)

Wir nehmen für die Wohnraumförderung originäre Landesmittel in die Hand, weil es um eine wichtige Aufgabe geht. Für meine Fraktion ist der soziale Mietwohnungsbau ein zentrales Element der Wohnraumförderung. Ich bin froh, Frau Ministerin, dass wir die Wohnraumförderung in die Fläche gebracht haben, dass alle Kommunen davon profitieren werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

(Andreas Schwarz)

Kurzum: Wir haben – ich bleibe dabei – einen guten Bauplan für Baden-Württemberg vorgelegt. Wir modernisieren das Land weiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! Da bleibt kein Auge trocken!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stoch, Sie haben keinen Satz dazu gesagt, dass die Verwendung der Steuermehreinnahmen, die wir unbestritten haben, über § 18 LHO beschränkt ist. Das heißt, die Finanzierung all Ihrer Mehrforderungen im Umfang von über 1 Milliarde € aus den Steuermehreinnahmen würde der Landeshaushaltsordnung widersprechen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

– Ja, glauben Sie es mir, Herr Kollege. Insofern würde ein Blick in die Rechtslage genügen, um zu wissen, dass das eine und das andere nicht gemeinsam möglich ist.

Das Zweite – das hat Herr Kollege Schwarz völlig zu Recht gesagt –, diese Nummer in Bezug auf die Kommunen: Ich habe 2004/2005 für das Land selbst die Verhandlungen mit den Kommunen geführt. Wir haben uns auch immer geeinigt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha! Warum dann jetzt nicht?)

Ich möchte aber etwas hinzufügen. Im Moment sind wir im Verhandlungsprozess. Damals wurde von den Kommunen ein Prinzip immer anerkannt. Es hat gelautet: Wenn die Kommunen Mehreinnahmen haben, geht das Ganze nach unten, wenn das Land Mehreinnahmen hat, fließt es den Kommunen zu. Aber zum Schluss ist der prozentuale Ausgleich immer eine Linie gewesen. Wir nannten das Spitzabrechnung. Das war z. B. den früheren Ministerpräsidenten Teufel und Co. enorm wichtig.

Jetzt ist von der Finanzministerin zu Recht dargelegt worden, dass wir in diesem Haushalt zunächst gesagt hatten – im Gegensatz zu Bayern oder Niedersachsen, die die Steuerverbundquote seinerzeit enorm reduziert haben, weil sie, wohl gemerkt mit dem goldenen Zügel, mehr steuernde Landespolitik machen wollen –: Wir bleiben in vollem Umfang bei der Steuerverbundquote von 23 %. Das heißt, das fließt zunächst einmal in vollem Umfang den Kommunen zu.

Aber was kommt dann hinzu? Das ist doch der entscheidende Punkt: 2017 400 Millionen €, 2018/2019 420 Millionen € und 490 Millionen € – allein in den Jahren 2018 und 2019 also Mehreinnahmen für die Kommunen in Höhe von 910 Millionen €.

Was kommt noch hinzu? Das wurde eben zu Recht auch angeführt. Man muss es ja wirklich wiederholen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, auf jeden Fall!)

weil dazu nie ein Wort gesagt wird. Zu den 480 Millionen €, die wir über den kommunalen Sanierungsfonds mit 380 Millionen €, den Schienenpersonennahverkehr, über weitere Zuwendungen – – Das wurde gerade noch nicht einmal von der Finanzministerin wiederholt, weil wir es heute Morgen schon gesagt haben. An wen gehen denn die Digitalisierungsmittel mit über 200 Millionen €? Sie kritisieren, dass der Innenminister Förderbescheide übergibt. Ja, wir freuen uns darüber. Diese Mittel gehen doch an die Kommunen und an sonst niemanden. Das ist doch klar. Das heißt, das muss man doch alles miteinander – –

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dann wird hier einfach in Märchenstunden rezitiert und so getan, als sei das Verhalten sozusagen unfair. Ich will hinzufügen: Erkundigen Sie sich einmal bei den 44 Stadt- und Landkreisen, wo überall im Moment sogar eine Diskussion über eine Senkung der Kreisumlage geführt wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Was meinen Sie, warum man dort über eine Senkung der Kreisumlage diskutiert?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das wird ja von Kreisräten nicht erfunden, sondern liegt auch in den Haushaltseinnahmen der Kommunen begründet. Wir stehen zu den Kommunen, damit das klar ist.

Jetzt zu einem anderen Thema. Sie sagen: „Ihr tilgt 2,4 Milliarden € explizite und implizite Schulden.“ Vorhin wurde zu Recht gesagt, es werde der Eindruck erweckt, der Begriff „Implizite Schulden“ sei eine Erfindung dieser neuen Regierung.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nein, nein! – Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

– Gut, Herr Kollege Hofelich, dass Sie gleich sagen: „Nein, nein!“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben wir auch nie behauptet!)

Sie waren ja Finanzstaatssekretär, Herr Kollege Hofelich, und Sie sind in einem Alter, in dem Sie sich genau erinnern.

(Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD: Das gilt umgekehrt auch!)

– Ja. – Deshalb will ich Ihnen konkret etwas zitieren. Von der „Schwäbischen Zeitung“ wurde im Jahr 2013 der damalige Finanzminister – – Wie hieß er noch einmal? –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, ja!)

Nils Schmid.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wissen schon!)

– Herr Gall, gut. – Der damalige Finanzminister wurde gefragt, ob für die Nachhaltigkeit, die Transparenz und die Generationengerechtigkeit alles reichen würde. „Reicht das?“

(Dr. Wolfgang Reinhart)

fragte der Journalist. Darauf antwortete der damalige Finanzminister Schmid:

Nein, wir brauchen noch eine stärkere Transparenz, was die öffentlichen Haushalte angeht. Es geht um die sogenannte implizite,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

also verdeckte Verschuldung. Dazu zählt der Investitionsstau für Straßen und öffentliche Gebäude. Für mich gehört das zur Generationengerechtigkeit dazu, dass wir den

– jetzt kommt's –

Verschuldungsbegriff um solche aufgeschobenen Investitionen ausweiten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hört, hört!)

Das wird jetzt wichtig, wenn wir formal ausgeglichene Haushalte haben.

So der damalige Finanzminister.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Das ist unstrittig!)

– Ja, da sehen Sie einmal. Heute kritisieren Sie das.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein!)

Wir machen das, was Ihr Finanzminister wollte.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben ihn damals kritisiert wie verrückt!)

– Nein, da habe ich nichts kritisiert. Er sagt, ich hätte das kritisiert. Ganz im Gegenteil: Kluge Schuldentilgung, ob explizit oder implizit, haben wir immer als klug und sinnvoll erachtet.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Zeter und Mordio habt ihr geschrien!)

Ich will aber nur ergänzen: Lieber Herr Meuthen, es sind, wie Sie sagen, die letzten Tage, die Sie hier im Parlament verbringen.

(Zurufe von der SPD: Wochen! – Monate!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich finde, das, was Sie heute gebracht haben – ich unterstelle das –, war wirklich weit unter Ihren intellektuellen Fähigkeiten. Denn es gibt ja den berühmten Satz: „Si tacuisses ...“ Sie tun mit solchen Auftritten keinem Parlament – weder dem Landtag noch dem Europaparlament – einen Gefallen. Ich empfehle Ihnen: Machen Sie das auch nicht in Brüssel, sonst sind und bleiben Sie wirklich der Einzige, der in Brüssel die AfD vertritt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Herr Kollege Meuthen, den Insektenschwund und den Klimawandel einfach zu bestreiten, das geht in der heutigen Zeit nicht mehr.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir bestreiten das nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich zu machen!)

Da wird über ein Thema, bei dem es um die Bewahrung der Schöpfung geht, einfach hinweggegangen. Das wird dem Ernst der Situation nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schöpfung interessiert die AfD nicht! Das weiß doch jeder!)

Ich kann nur vermuten, dass Sie, Herr Kollege Rülke, in der Fläche vor Ort nicht mehr ausreichend vertreten sind. Sie sagen, da würden Förderbescheide übergeben, das wäre alles nichts, und wir würden Geld wegnehmen. Sie kritisieren auch die Personalstellen. Dann muss man natürlich schon sagen: Wir setzen einen klaren Schwerpunkt auf die innere Sicherheit und wollen 1 500 zusätzliche Stellen für die Polizei schaffen. Wollen Sie diese, oder sagen Sie, das seien zu viele? Wir wollen den klaren Ausbau der inneren Sicherheit durch mehr Polizeibeamte.

Wir danken den Polizeibeamten und wir danken dem Innenminister, dass hier etwas getan wird, weil das für die Menschen in diesem Land ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Zweite ist: Wollen Sie mehr Lehrer, oder wollen Sie bei den Lehrern streichen? Wir haben festgestellt: Hier muss etwas getan werden für die Bildung. Wir haben einen ausgewogenen und ausgeglichenen Haushalt vorgelegt; das wissen Sie. Insoweit muss man schon sagen: Es geht nicht, dass man den Hinweis unterlässt, wo man kürzen und sparen will, dass man Personalstellen in toto kritisiert und trotzdem sagt: „Wir wollen eine bessere Bildung.“ Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Da muss man schon beides koinzident in einen Vorschlag einbringen.

Ich möchte noch ganz kurz auf die Vorwürfe eingehen, die ja von allen Oppositionsrednern gekommen sind, man würde zu wenig für die Schuldentilgung tun. Da stelle ich fest, ergänzend für alle: Es fällt der Opposition offenbar schwer, überhaupt substanzielle Kritikpunkte zu finden. Tatsache ist: Wir tilgen, wir investieren, wir sorgen für künftige Risiken vor, und wir setzen strategische Gestaltungsschwerpunkte. Der SPD-Finanzminister hat in seiner Amtszeit – das muss man wissen – trotz der damaligen Mehreinnahmen noch 3 Milliarden € Schulden neu aufgenommen, und jetzt werden wir dafür kritisiert, dass wir zu wenig tilgen! Das heißt, man ist offenbar auch in diesem Punkt vom Saulus zum Paulus geworden, lieber Kollege Hofelich. Anders kann ich es mir nicht erklären, denn in den fünf Jahren hat der Finanzminister ein Einnahmepplus von über 40 % – eine Steigerung von 23,4 Milliarden € auf 34,5 Milliarden € – verbuchen können. Warum ist man nicht längst in die Schuldentilgung eingestiegen, wenn man das heute kritisiert? Das frage ich mich in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dann muss man schon sagen, wo man die Tilgung eigentlich haben will.

Was die Ausbildung bei der Polizei angeht: Sie wird erfolgen. Da laufen die Gespräche, da ist man unterwegs.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wenn Förderbescheide übergeben werden, ist das für uns ein Grund zur Freude und nicht ein Grund zur Kritik. Und Freude, die man teilt – auch zwischen Grünen und CDU –, kann man bekanntlich doppelt genießen; wir tun das. Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

Meine Damen und Herren, insgesamt bin ich überzeugt davon: Der Haushalt ist wegweisend, er ist historisch, er ist ausgewogen, er ist zukunftsgerichtet und deshalb sehr gut für unser Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Die gute Nachricht für Sie vorweg: Es wird jetzt ganz kurz.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

– Dass ich mal von den Grünen Applaus bekomme, mein Gott, ein historischer Moment.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Reinhart, wissen Sie, was Sie mir da vorhalten? Ich meine, wir haben ja eine ganz gute Kommunikationsbasis.

(Oh-Rufe – Heiterkeit des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wollen Sie seine Karriere ruinieren?)

– Das vergiftet. Das sagen Sie selbst, Herr Rülke. Ich meine das aber ernst.

Habe ich mit einem Wort das getan, was Sie mir vorwerfen? Habe ich den Klimawandel geleugnet? Das habe ich nicht getan. Ich habe vielmehr gesagt: Hier wollen welche den Klimawandel aufhalten. Das ist jedoch Hybris, das ist nicht zu machen – schon gar nicht von Baden-Württemberg aus. Das ist eine Geschichte, die man relativ gut faktenbasiert belegen kann, und ich lege Wert darauf, dass ich, wenn ich solche Sachen hier sage, auf Fakten Rückgriff nehme.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir haben doch ein Insektensterben! Das kann man doch nicht leugnen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Solche Aussagen kamen aus der AfD-Fraktion!)

– Moment! Herr Reinhart, das ist mein nächster Punkt. Ich bin zunächst beim Klimawandel und habe gesagt: Nur ein Narr würde den Klimawandel leugnen. Das tun wir aber nicht. Wir behaupten lediglich, dass es ausgesprochen schwer bis unmöglich sein dürfte, den mit Maßnahmen der baden-württembergischen Landespolitik und des Landeshaushalts in irgendeiner Form zu steuern, und dies aus gutem Grund. Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht ausschließ-lich! Auch! Das müssen alle machen!)

Jetzt komme ich zu Ihrer Aussage, ich hätte das Insektensterben geleugnet. Auch das habe ich nicht getan. Ich habe vielmehr gesagt, dass das, was die Grünen hier machen, im Kern wirklich Ökoideologie ist und man da einmal ein bisschen genauer hinschauen muss, ob die Zahlen, die da genannt werden – beispielsweise die Angabe, 70 % der Insektenpopulation seien verschwunden –, sauber faktenbasiert sind.

Dann habe ich auf die Studie verwiesen, auf die die Grünen sich berufen, und habe gesagt: Das ist alles andere als valide. Denn vom Umgang mit Statistiken verstehe ich etwas. Das sind keine validen Daten, auf die Sie Bezug nehmen. Das ist die Problematik an dieser Geschichte. Damit negiere ich kein Insektensterben. Dass es weniger Insekten gibt, mag durchaus sein –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Also gut! Sie haben es relativiert! Wie immer!)

ich persönlich halte das sogar für wahrscheinlich –, aber hier eine Panikmache zu betreiben – 70 % der Insekten seien weg oder so etwas –, ist, mit Verlaub, nicht faktenbasiert. Ich meine die Pflicht zu haben, darauf hinzuweisen, wenn das nicht sauber recherchiert ist, und das ist es nicht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Ein Drittes: In der vergangenen Woche hatten wir das Thema Paralleljustiz. Da wurde mir der gleiche Vorwurf gemacht. Auch da habe ich gesagt: Lassen Sie uns eine anständige Mit-telausstattung sicherstellen, damit wir recherchieren können, inwieweit es diese Paralleljustiz gibt. Das ist das, was wir, die Fraktion der AfD, wollen. Wir wollen, dass auf der Basis sauber recherchierter Fakten Politikentwürfe gemacht werden. Darauf lege ich Wert.

(Beifall bei der AfD)

Ein einziger und letzter Satz zu Ihrer Rüge, Frau Präsidentin. Ich nehme das demütig an. Ich habe aber große Schwierigkeiten damit, mir eine andere Formulierung zu ersinnen, wenn der Kollege Stoch hier – offenkundig wissend, dass es unzutreffend ist – Wahrheitswidriges über mich behauptet. Dann liegt das Wort, das ich verwendet habe, nahe. Eine andere Formulierung mag mir dazu nicht einfallen. Damit will ich es ein Bewenden haben lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte es an dieser Stelle nicht zu lange ausdehnen. Aber ich möchte insbesondere in Richtung der Frau Finanzministerin, die im Moment leider nicht anwesend ist,

(Abg. Rüdiger Klos und Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wie der Ministerpräsident!)

eines sagen: Frau Finanzministerin Sitzmann hat vorhin versucht, die Kreditermächtigungen am Beispiel der Hinterle-

(Andreas Stoch)

gung eines Avalkredits für eine Mietkaution zu erläutern. Mit Verlaub: Knapp vorbei ist eben auch daneben.

(Zuruf: Ja!)

Das Beispiel Avalkredit funktioniert für den Fall der Kreditermächtigungen eben nicht als Nachweis. Ich habe vorhin in meiner Rede als Beispiel den Dispokredit genommen, das heißt, die Möglichkeit, einen Kredit in Anspruch zu nehmen, von der allerdings kein Gebrauch gemacht wird. Ich glaube, das Beispiel Dispokredit ist weit näher an der Realität als das Beispiel Avalkredit.

Deswegen sollte sich auch eine Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg nicht zu nicht zutreffenden Vergleichen versteigen, die die Wirklichkeit verschleiern. Wer so tut, als würde er Schulden tilgen, die es gar nicht gibt, der senkt nicht die Schuldenlast des Landes, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podewas AfD)

Ein weiterer Punkt, der hier angesprochen wurde, ist das angeblich so gute Verhältnis zu den Kommunen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen – Kollege Reinhart hat es vorhin angesprochen –, in der Gemeinsamen Finanzkommission von Land und Kommunen wird in aller Regel – ich sage: fast immer – eine Einigung zu erzielen versucht und auch erzielt, bevor man in die Haushaltsberatungen für die kommenden Haushaltsjahre geht. Am vergangenen Mittwoch wurde hier der Landeshaushalt für die beiden Jahre 2018 und 2019 eingebracht. Nach unseren Informationen haben sich das Land und die Kommunen in dieser Gemeinsamen Finanzkommission nicht geeinigt. Aus Gesprächen konnten wir entnehmen, dass die Kommunen dem Land bei vielen zukunftssträchtigen Projekten, bei denen es um die Frage einer Kofinanzierung geht, die Hand gereicht haben, das Land auf das Angebot der Kommunen aber nicht eingegangen ist.

Ich nenne Ihnen ein paar Felder, in denen aus meiner Sicht das Land fahrlässig nicht die Partnerschaft mit den Kommunen eingeht.

Da geht es zum einen um die Finanzierung der Digitalisierung von Schulgebäuden sowie die Umsetzung der Multimediaempfehlungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können hier im Parlament noch so viel von einer neuen Bildungsplattform erzählen: Wenn diese neue Bildungsplattform für eine große Zahl der Schulen im Land Baden-Württemberg gar nicht verwendet werden kann, weil nämlich die technischen Voraussetzungen an diesen Schulen nicht gegeben sind, dann bauen Sie diese Multimediaempfehlungen und diese Bildungsplattform auf Sand, dann gehen Sie nicht verantwortlich mit der Zukunft des Landes um. Gute Bildung braucht auch die digitale Infrastruktur in den Schulen. Die müssen Sie gemeinsam mit den Kommunen schaffen. Das tun Sie nicht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den von Herrn Kollegen Schwarz jetzt schon – bevor er überhaupt existiert – besungenen Pakt für Familien II. Wir haben in unserer Regie-

rungszeit einen Pakt für Familien mit den Kommunen geschlossen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Dieser Pakt für Familien hat dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht mehr – wie dies noch bis 2011 unter der Regierung von CDU und FDP/DVP war – am Ende der Tabelle in Deutschland steht, sondern, sowohl was die Zahl der Plätze als auch was den Betreuungsschlüssel angeht, auf Platz 1 in der Bundesrepublik steht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wer tut also etwas für frühkindliche Bildung? Ganz sicher nicht die Herrschaften von CDU und FDP, leider im Moment auch nicht erkennbar die Herrschaften von den Grünen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! Haben Sie nicht zugehört? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Falsch!)

Wenn Sie hier gelobt werden wollen, dann müssen Sie diesen Pakt für Familien II überhaupt erst einmal verhandeln;

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Da sind wir dran, Herr Kollege!)

denn diese Gespräche haben erst begonnen. Es wäre richtiger gewesen, diese Verhandlungen so zu führen, dass sie bereits Eingang in diesen Haushalt 2018/2019 hätten finden können. Das ist nämlich ein weiterer Punkt auf der Liste der Kommunen: der im Koalitionsvertrag angekündigte Pakt für gute Bildung und Betreuung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rom wurde auch nicht an einem Tag gebaut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der von mir vorhin aufgeworfene Punkt – wie finanzieren wir Integration über 2018 hinaus? – steht auf der Liste der Kommunen. Auch dort verlangen die Kommunen vom Land – nicht nur vom Bund, Frau Kollegin Sitzmann, sondern auch vom Land – Antworten. Aus meiner Sicht brauchen nicht nur die Kommunen, sondern vor allem die Menschen, die in den Kommunen leben, Planungssicherheit über 2018 hinaus, die sie von Ihnen jedenfalls bislang nicht bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Rülke hat vorhin auch Zitate angeführt, wie z. B. der Landkreistag das Verhalten des Sozialministers, Herrn Lucha, betitelt. Wenn dort von Wortbruch die Rede ist, dann halte ich das schon für einen schwerwiegenden Vorwurf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es dann um die Fragen der Folgen des Bundesteilhabegesetzes auf der kommunalen Seite geht, dann brauchen die Kommunen vor Ort eben Antworten, weil die Konnexität, also die Verursachung der Kosten für die Kommunen durch Veränderungen auf Bundes- und Landesebene, offensichtlich noch nicht infrage gestellt wurde. Wenn Sie aber die Konnexität anerken-

(Andreas Stoch)

nen, dann müssen Sie schlicht und einfach die Mehrkosten, die auf der kommunalen Seite entstehen, auch tragen und können sich nicht einen schlanken Fuß machen und sagen, es seien lediglich freiwillige Ausgaben. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte neben diesen Beispielen, die die Kommunen betreffen, noch einmal auf die Frage der impliziten Verschuldung zurückkommen. Herr Kollege Reinhart, Sie haben das Thema hier gerade noch einmal aufgeworfen. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode immer von einem Dreiklang gesprochen, nämlich einem Dreiklang aus Sanieren, Investieren und Konsolidieren. Wir haben den Haushalt konsolidiert – sonst hätte es nicht schuldenaufnahmefreie Jahre gegeben –, wir haben darüber hinaus auch Sanierungsausgaben getätigt – Thema „Implizite Verschuldung“ –, und wir haben investiert.

Das Problem, das wir jetzt mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung, die von Ihnen vorgenommen wurde, haben, ist, dass Sie durch die neuen Formulierungen inflationär fast alle Ausgaben der öffentlichen Hand als Tilgung von impliziten Schulden umetikettieren können.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Genau! – Zuerst von den Grünen: Nein!)

Wenn es unseriöse Haushalts- und Finanzpolitik gibt, dann ist es das, was CDU und Grüne hier im Land vorexerzieren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Tobias Wald CDU: Völlig falsch!)

Von der SPD hat nie jemand behauptet, dass wir nicht auch schon mit dem Thema „Implizite Verschuldung“ argumentiert hätten. Denn wir haben gesagt: Es ist für den Landeshaushalt sowie die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder schlecht, wenn die Substanz des Landes – sei es im Hochbau, sei es in der Infrastruktur – verrottet und die Folgekosten, die entstehen, wenn nicht rechtzeitig saniert wird, höher sind, als wenn die Sanierung heute vorgenommen wird. Es ist völlig klug, so zu agieren.

Aber – da wird es absurd –: Nach Ihrer Diktion des Begriffs „Implizite Verschuldung“ fällt darunter u. a. die Tilgung des Defizits bei der Neckarpri – das ist die Gesellschaft, die das Defizit aus dem traumhaften EnBW-Deal des früheren Ministerpräsidenten Mappus zu tragen hat. Wer glaubt, solche Defizite, die durch politische Idiotie entstanden sind, als implizite Verschuldung bezeichnen zu können, der vergreift sich am Landeshaushalt und veräppelt die Leute da draußen. Das ist unehrliche Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Bei der Beurteilung dieses Landeshaushalts geht es gar nicht darum, kleinzureden, dass wir hier im Land exzellente Voraussetzungen haben, um einen guten Haushalt aufzustellen. Wenn Sie sich aber einmal einen Landeshaushalt anschauen, dann werden Sie feststellen, dass mindestens 95 oder sogar

98 % der Ausgaben schon festgelegt sind. Das heißt, das, was wir hier tun, ist das Reden über die offenen Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich zwischen 2 und 5 % des Landeshaushalts.

Wir haben vermisst, dass die Zukunftsaufgaben, vor denen die Menschen in diesem Land stehen, von der Landesregierung tatsächlich angenommen werden. Wir werden einige Ihrer Initiativen unterstützen, z. B. wenn es um den Breitbandausbau geht; das ist vollkommen klar. Wir glauben aber, dass Sie an manchen Stellen nicht weit genug gehen und dass das Tempo, das Sie an den Tag legen, nicht ausreicht für eine gute Zukunft im Land Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzministerin ist jetzt wieder zurückgekommen. Wen wir aber seit Stunden vermissen, ist der Herr Ministerpräsident. Es geht bei dieser Haushaltsdebatte um das Königsrecht dieses Parlaments.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Das Königsrecht des Parlaments ist es, den Haushalt zu debattieren und ihn zu verabschieden. Alle Politikfelder und alle Ressorts, denen der Ministerpräsident als Regierungschef vorsitzt, sind hier angesprochen.

Der Regierungschef kommt morgens, trägt sich in der Liste ein, damit ihm niemand vorwerfen kann, er sei überhaupt nicht da gewesen, verschwindet dann nach relativ kurzer Zeit und kommt nicht wieder. Meine Damen und Herren, ich möchte klipp und klar sagen: Das ist eine Missachtung dieses Parlaments.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Frau Finanzministerin, allzu viel Neues haben Sie heute Ihren Ausführungen bei Ihrem zweiten Auftritt zum Thema Haushalt nicht hinzugefügt. Deshalb nur wenige Anmerkungen.

Ich habe mich schon darüber gewundert, dass Sie, Herr Schwarz und Herr Reinhart, dem Kollegen Stoch im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung die Landeshaushaltsordnung vorgehalten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nicht im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung! Nein! Mit den Kommunen, Herr Kollege! Da haben Sie nicht exakt zugehört!)

– Sie haben sie ihm auf jeden Fall vorgehalten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

– Sehen Sie.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber nicht im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie Herrn Stoch die Landeshaushaltsordnung vorhalten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich habe ihm seinen eigenen Gesetzentwurf vorgehalten, Herr Kollege!)

Seit wann sind Sie die großen Bewahrer der Landeshaushaltsordnung? Sie ändern doch die Landeshaushaltsordnung, wie es Ihnen in den Kram passt,

(Beifall bei der FDP/DVP)

damit Sie nicht tilgen müssen und damit Sie die Landeshaushaltsordnung nicht bei Ihrer Politik hindert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, die Haushaltsordnung wird nicht geändert! Sie täuschen sich, Herr Kollege!)

– Haben Sie die Landeshaushaltsordnung geändert oder nicht?
– Danke.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, eine Änderung der Haushaltsordnung ist nicht vorgesehen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vorher!)

Sie haben die Landeshaushaltsordnung geändert, um nicht tilgen zu müssen. Das können Sie doch nicht bestreiten.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es gibt jetzt einen Gesetzentwurf der SPD, den wir ablehnen werden!)

Sie können versuchen, dort abzulenken, oder es auch sein lassen. Faktum ist, dass Sie dies tun.

Im Zusammenhang mit den – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, wir ändern die Haushaltsordnung nicht! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben sie doch schon geändert! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Weil Sie sie schon geändert haben, Herr Schwarz. Haben Sie sie geändert, oder haben Sie sie nicht geändert?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo liegt denn das Problem? – Zurufe von der SPD sowie der Abg. Dr. Jörg Meuthen und Carola Wolle AfD)

– Das Problem ist, dass Sie die Landeshaushaltsordnung ändern, um nicht Schulden tilgen zu müssen. Das ist doch Faktum.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir tilgen eine halbe Milliarde Euro!)

Das ist doch Faktum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Reinhart, wenn Sie mir vorhalten, ich würde generell alle neuen Personalstellen kritisieren, dann

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Haben Sie nicht zugehört“!)

haben Sie nicht zugehört – oder, was ich vermute, dann ist Ihre Analysefähigkeit stärker ausgeprägt als Ihr Gehör.

Faktum ist, dass ich deutlich gesagt habe: Wir kritisieren nicht neue Stellen bei der Polizei. Sie haben gefragt: „Wollen Sie diese Stellen oder nicht?“ Die wollen wir.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gut!)

Ich habe auch deutlich gemacht: Wir kritisieren nicht neue Lehrerstellen, wenn logischerweise die Schülerzahl steigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Ich habe auch deutlich gesagt: Wir tragen eine Reihe von zusätzlichen Stellen bei der Justiz mit. Was wir aber nicht mittragen ist ein Stellenaufwuchs in der Ministerialbürokratie.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Vergleichen Sie doch einmal, wie viele Personalstellen der viel gescholtene Herr Mappus – er wurde gerade wieder erwähnt – im Staatsministerium hinterlassen hat und wie viele Stellen wir jetzt im Staatsministerium haben. Es gab eine deutliche Ausweitung, die völlig überflüssig ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wuchert!)

In einer Reihe von anderen Ministerien ist das ebenfalls der Fall. Was die Stellen im Umweltministerium bzw. bei den Umweltbehörden anlangt, war ich an Deutlichkeit, glaube ich, nicht zu überbieten. Ich habe differenziert. Es gibt Stellen, die wir mittragen. Aber es gibt auch völlig unnötige Stellen; ich habe die Bereiche auch benannt: Umweltverwaltung, Nationalpark, Ministerien. Derjenige, der die meisten neuen Stellen innerhalb der Regierung hat, ist der, der am heutigen Tag nicht oder nur sehr sporadisch da ist.

Insofern, Frau Ministerin Sitzmann, ist der Vorwurf schon etwas eigenartig, auf der einen Seite zu sagen, ich würde gar keine Einsparvorschläge machen, mich auf der anderen Seite aber explizit auf die Stellen in der Umweltverwaltung anzusprechen. Genau das haben Sie gemacht. Dann müssten Sie auch mitbekommen haben, dass es diese Einsparvorschläge gibt.

Noch einmal zum Mitschreiben, Frau Sitzmann: Wir wollen diese Stellen in den Ministerien nicht, wir wollen diese Stellen im Bereich des Nationalparks nicht – wir brauchten diesen Nationalpark überhaupt nicht –,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

wir wollen die Stellen im Bereich der Umweltverwaltung nicht, und wir sind auch nicht restlos davon überzeugt, dass wir jeden Fahrradweg brauchen, den Herr Hermann aus seinem Ressort bezuschusst. Es ist also einfach nicht wahr, wenn Sie hier behaupten, Sie hätten am heutigen Tag keine Einsparvorschläge gehört.

Das heißt, man kann nicht einfach nur die Steuereinnahmen ausgeben. Sie haben sich darüber beschwert, dass Herr Kol-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

lege Stoch gesagt habe, es regne Steuereinnahmen. Wir erkennen überhaupt nicht, dass das das sauer verdiente Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So habe ich es auch gesagt!)

Das ist völlig klar; ich habe ihn auch so verstanden. Aber klar ist, dass Sie mit Ihrer Politik relativ wenig dafür können, dass Sie diese Steuereinnahmen haben und dass Sie dazu in der Lage sind, die Haushalte der letzten Jahre in dieser Art und Weise aufzublähen. Das ist sehr deutlich geworden.

Insofern kann man sich natürlich als Finanzministerin hier hinstellen, sich sonnen und sagen: „Wer wäre nicht gern in solchen Zeiten Finanzministerin?“ Aber Regierungskunst geht anders. Regierungskunst in solchen Zeiten würde zumindest erfordern, dass Sie das einhalten, was einmal in der Landeshaushaltsordnung stand, die Sie geändert haben, um nicht Schulden tilgen zu müssen. Das ist keine Regierungskunst. Das ist maßlos.

Damit machen Sie künftige Haushalte kaputt. Das werden Sie sehen, wenn künftig die Situation wieder schwieriger wird. Dann wird das Gejammer groß sein. Dann wird es heißen: Was sollen wir denn machen? Die Antwort heißt: In der heutigen Zeit werden die Weichen falsch gestellt. Deshalb kann man einem solchen Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Sitzmann.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dritte Wiederholung, oder was? – Zuruf: Noch einmal?)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es hier solche Wortmeldungen gibt, insbesondere die Kritik an unserem Ministerpräsidenten,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die ist berechtigt!)

dann werde ich dazu auch klar Stellung nehmen.

Was nicht geht, Herr Kollege Rülke, ist, dass der Ministerpräsident, der bei den Sondierungsverhandlungen in Berlin ist, der da auch eine wichtige Rolle spielt, von Ihnen hier in dieser Art und Weise –

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Wir sind hier im Landtag von Baden-Württemberg, mit Verlaub! Welches Amt hat er denn? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seine Aufgabe ist hier! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hat er ein Doppelmandat, oder was? – Zuruf von der AfD: Das ist schlimmer als ein Doppelmandat! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht gar nicht beim Haushalt! Unglaublich! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Blast euch nicht so auf! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Moment! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab eine Frage bzw. eine Feststel-

lung des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke, und die Frau Finanzministerin beantwortet diese Frage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe keine Frage gestellt! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie wirft neue Fragen auf!)

– Feststellung, habe ich gesagt.

Frau Ministerin Sitzmann hat das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Meine Damen und Herren, es gibt überhaupt keinen Grund für die große Unruhe.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Künstliche Aufregung!)

Aber es ist hier gerade so dargestellt worden, als wäre der MP gerade beim Kaffeetrinken oder würde sich ausruhen. Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist denn das sonst?)

Herr Rülke, der Ministerpräsident unterstützt alle Bemühungen, dass wir möglichst bald eine tragfähige Bundesregierung haben werden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht als Ministerpräsident!)

die sich auch für die Länder und für die Kommunen hier in Baden-Württemberg einsetzt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Missachtung des Parlaments! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist offen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur SPD: Ihr habt euch ja vom Acker gemacht!)

Ich hoffe sehr, dass die Bemühungen vieler Akteure, dass die Jamaika-Koalition zustande kommt, von vielen – auch von Ihnen, Herr Kollege Rülke – unterstützt werden

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es kommt darauf an, was herauskommt!)

und wir damit eine gute Basis für die Legislaturperiode haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da haben wir Zweifel! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich auch!)

Zum Thema „Anwesenheit der Finanzministerin“: Ich war genau zwei Mal für fünf Minuten außerhalb des Plenarsaals. Das wird bei fünf Stunden Debatte wohl in Ordnung sein.

(Beifall der Abg. Beate Böhlen und Andrea Bogner-Unden GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben noch ein paar Punkte genannt. Zunächst zu § 18 LHO: Ja, Herr Kollege Rülke, wir haben § 18 LHO in diesem Jahr geändert.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also! – Abg. Anton Baron AfD: Aha! Was sagt denn da der Herr Schwarz? – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Moment! Warum regt ihr euch so auf?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich extrem laut.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber nicht bei uns, Frau Präsidentin!)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Wir haben § 18 geändert. Wissen Sie, warum?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Um nicht tilgen zu müssen!)

– Nein, sondern damit wir den Sanierungsstau des Landes im Umfang von vielen Milliarden Euro endlich abbauen können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

Das ist der Grund. Das ist implizite Verschuldung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wenn wir jetzt nicht die Chance nutzen, diesen Sanierungsstau abzubauen und unsere 8 000 landeseigenen Gebäude mit insgesamt 12 Millionen m² Fläche sowie die 9 900 km Landesstraßen zu sanieren,

(Zuruf von der SPD: Um das geht es doch gar nicht)

dann wird es in Zukunft mit jedem Jahr teurer, meine Damen und Herren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

So ist es. Deswegen machen wir das.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Richtig!)

Sie können jetzt schon sagen, Herr Rülke: „Wir sind gegen Sanierung, wir sind gegen den Abbau des Sanierungsstaus; wir wollen die 1,5 Milliarden € nicht für die Sanierung einsetzen.“ Sie können auch sagen: „Wir wollen den Kommunen kein Geld geben, wir wollen ihnen keine 500 Millionen € geben, damit sie sanieren können.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie geben auch kein Geld! Sie nehmen den Kommunen Geld weg!)

Aber Sie können nur eines von beiden. Wenn Sie sagen, wir sollten das ganze Geld nehmen, um Kreditmarktschulden zurückzuführen, dann nehmen wir das so zur Kenntnis. Dann müssen Sie aber auch hinstehen, wenn es um Universitäten, Finanzämter, Justizgebäude,

(Abg. Tobias Wald CDU: Unikliniken!)

Gefängnisse geht, und dort überall sagen: „Für Sanierungen haben wir, die FDP, kein Geld vorgesehen.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es gibt noch einen Grund, warum wir das jetzt machen: Wenn wir in der Situation wären, dass die Zinsen hoch wären, dann würde sich die Wirtschaftlichkeitsberechnung anders darstellen. Aber wir sind in einer absoluten Niedrigzinsphase. Deshalb ist es auch wirtschaftlich sinnvoller, jetzt, genau jetzt diesen Sanierungsstau konsequent anzugehen und die landeseigenen Gebäude, Straßen und Brücken zu sanieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Herr Kollege Stoch, der Gesetzentwurf der SPD ist

(Abg. Sascha Binder SPD: Gut!)

letzte Woche hier eingebracht worden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Guter Gesetzentwurf!)

Frau Staatssekretärin Dr. Splett hat Ihnen letzte Woche schon dargelegt, warum wir der Ansicht sind, dass das kein guter Ansatz ist. Sie müssen, wenn Sie für diesen Gesetzentwurf stehen – und das tun Sie ja –, den Kommunen auch sagen, dass sie keine 500 Millionen € für den Abbau des Sanierungsstaus bekommen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Richtig! – Zuruf von der SPD: Nein!)

– Doch, das müssen Sie. Davor dürfen Sie sich nicht drücken.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was Sie sagen, stimmt nicht!)

Man kann eben nur A oder B sagen und nicht beides gleichzeitig, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das können Sie nicht.

Übrigens hat der Haushaltsgesetzgeber über die jetzige Fassung des § 18 LHO bereits zum Staatshaushaltsgesetz 2017 abgestimmt, und genau diese Fassung ist auch im Staatshaushaltsgesetz für 2018/2019 wieder enthalten. Also den Vorwurf, dass der Haushaltsgesetzgeber darüber nicht entschieden hat, müssen Sie auch zurücknehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Kam von der SPD!)

Lassen Sie mich noch zu einigen Punkten etwas sagen, die hier genannt worden sind.

Pakt für Familien: Ja, wir haben einen Pakt für Familien, den wir damals, im November 2011, verabredet haben. Dieser Pakt für Familien, der im Wesentlichen den systematischen Ausbau der U-3-Betreuung als Ziel hatte – für alle, die noch an eine Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes denken, muss ich das hier noch einmal deutlich machen –, kostet uns 2017 über 800 Millionen €, und die Summe wird 2018/2019 auf

(Ministerin Edith Sitzmann)

deutlich über 900 Millionen € ansteigen. Die Einnahmen aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes haben wir genommen, um diesen Ausbau gegenzufinanzieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt?)

Das heißt, wir haben damit etwas für junge Familien gemacht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist, und wir haben dafür gesorgt, dass die Wirtschaft auch in Zukunft Fachkräfte zur Verfügung hat,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Genau!)

weil die Vereinbarkeit möglich ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt sehen Sie, dass die Leute Wohnungen brauchen!)

Die Grunderwerbsteuersatzerhöhung von 3,5 auf 5 % ist keine auskömmliche Gegenfinanzierung für diese Summe, sondern wir legen ca. 150 Millionen € obendrauf. Wer jetzt eine Absenkung der Grunderwerbsteuer, höhere Freibeträge oder was auch immer fordert, muss dann auch sagen, wie wir in Zukunft diese U-3-Betreuung gegenfinanzieren. Das gehört zu diesen Forderungen seriöserweise mit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Selbstverständlich werden wir zusammen mit den Kommunen, wird insbesondere Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann intensive Gespräche über den zukünftigen Pakt für Familien führen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber Stand heute sind wir da noch in der Verhandlungsphase. Ich will an dieser Stelle einmal sagen: Diese Legislaturperiode dauert fünf Jahre, und jetzt sind ungefähr anderthalb Jahre vorbei. Wenn wir jetzt diese Verhandlungen mit der kommunalen Seite machen, dann sind wir wirklich gut im Zeitplan, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Das andere war Herbst 2011! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Aden zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrter Herr Aden, bitte schön. Die Antwort kennen Sie schon.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank. – Wissen Sie, den Ausdruck „Implizite Verschuldung“ kann man ja mittlerweile fast nicht mehr hören. Ich frage mich immer: Wie hoch ist diese eigentlich? Sind es 1 Milliarde €, sind es 50 Milliarden €, sind es 200 Milliarden €? Nein, die implizite Verschuldung – das ist ja das Entscheidende, was wir auch kritisieren; ich glaube, dass Sie mir da vielleicht recht geben – hängt eigentlich von der Kassenlage ab, wenn ich einmal so sagen darf. Geben Sie mir recht, dass dieses Instrument, das Sie eingeführt haben, tatsächlich ein „Sesam, öffne dich!“ für die Landespolitik im Rahmen der Schuldentilgung ist?

(Beifall des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Da gebe ich Ihnen selbstverständlich nicht recht, Herr Aden. Es ist kein „Sesam, öffne dich!“, sondern es ist ein Abbau der real vorhandenen impliziten Verschuldung. Sie können Berichte des Landesrechnungshofs lesen – die sind schon einige Jahre alt –, in denen allein der Sanierungsstau an unseren Hochschulgebäuden auf 3,5 Milliarden € bis 4 Milliarden € geschätzt wurde. Da geht es nur um die Hochschulen; da sind die Uniklinika nicht dabei. Sie konnten vor Kurzem in der Zeitung lesen, dass es auch an den Uniklinika milliardenschwere Sanierungsstaus gibt. Und dann haben wir die Finanzämter, die Polizeipräsidien, die Justizgebäude, die Haftanstalten noch gar nicht berücksichtigt; all das haben wir noch nicht dabei. – Das ist der eine Teil, die Infrastruktur.

Der zweite Teil sind Pensionsverpflichtungen, die das Land hat. Wir haben eine Versorgungsrücklage, und wir haben einen Versorgungsfonds, in dem im Moment 6,6 Milliarden € enthalten sind. Wir wollen in den kommenden beiden Jahren diese Summe noch einmal deutlich erhöhen, und zwar auf 8 Milliarden €; das ist unser Ziel. Wir zahlen heute 4,8 Milliarden € im Jahr für die Pensionäre von heute,

(Abg. Emil Sänze AfD: Sagen Sie doch einfach, was auf der Passivseite steht!)

und wir gehen davon aus, dass wir 2050 aus dem Landeshaushalt 8,8 Milliarden € werden zahlen müssen, um den Pensionären Jahr für Jahr die Pensionen so, wie es sich gehört, ordentlich überweisen zu können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Also, Herr Aden, das ist keine Luftnummer, sondern da gibt es konkrete Zahlen, konkrete Berechnungen. Dies summiert sich auf einen unglaublichen Betrag.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Es geht hier nicht um die Beamten im Umweltministerium!)

Deshalb ist es gut, ist es richtig und wichtig, dass diese Landesregierung das Problem jetzt endlich angeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jetzt ging es noch um ein weiteres Thema: Herr Rülke, ich habe es schon verstanden,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut!)

welche Personalstellen Sie kritisieren und welche Sie in Ordnung finden. Ich habe Sie da vorhin auch nicht falsch zitiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie nicht, aber Kollege Reinhart!)

Es mag sein, dass Sie das falsch verstanden haben.

Deutlich geworden ist: Sie kritisieren, dass es einen Nationalpark in Baden-Württemberg gibt. Für uns Grüne und für uns gemeinsam als Regierung ist das ein absolut wichtiges Projekt; es ist ein Geschenk an unsere Kinder und Enkelkinder, und deshalb stehen wir dazu.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ja okay! Nur haben Sie behauptet, wir machten keine Einsparvorschläge!)

Es ist gut, dass wir diesen Nationalpark auf den Weg gebracht haben; er ist der erste und bislang einzige in Baden-Württemberg. In allen anderen Bundesländern gibt es Nationalparke, Flächen, die man der Natur ein Stück weit zurückgibt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schleswig-Holstein hat auch keinen!)

Zu diesem Nationalpark stehen wir. Wir halten die Investition für richtig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist doch okay! Nur können Sie dann nicht behaupten, wir machten keine Einsparvorschläge! Das ist der Punkt!)

Wir halten die Investition für richtig; Sie halten diese Investition für falsch. Das lassen wir so stehen.

Was die zusätzlichen Stellen für die Umweltverwaltung betrifft, denke ich schon, dass Ihre Partei, die sich ja für die Wirtschaft starkmacht, sich noch einmal die Argumente, die der Kollege Schwarz hier vorgebracht hat, anschauen wird. Da geht es um die Genehmigungsverfahren für die Wirtschaft. Es ist interessant, zu sehen, welche Wirtschaftsverbände sich dafür eingesetzt haben, dass wir die Umweltverwaltung stärken; das sollten Sie noch einmal sehr ernst nehmen. Einerseits ist das ein Beitrag für die Bewahrung der Schöpfung, und andererseits ist es ein Beitrag, um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! – Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Deshalb finden wir es richtig; wir nehmen es zur Kenntnis, wenn Sie das falsch finden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bundesteilhabegesetz: Herr Kollege Stoch, es gab sehr lange Debatten, bis dieses Bundesteilhabegesetz nun auf den Weg gebracht worden ist – von der derzeit noch übergangsweise im Amt befindlichen, eigentlich aber ehemaligen Bundesregierung. Das ist qualitativ gut; das ist eine deutliche Verbesserung für alle Menschen mit Behinderungen. Deswegen haben auch die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder den Weg für ein neues Bundesteilhabegesetz frei gemacht. Wir wissen aber heute noch nicht, wie sich die Kosten entwickeln werden. Schätzungen des Bundes zufolge wird es nicht so viel werden. Es gibt aber auch Schätzungen von anderen, wonach mit 80 Millionen € oder 100 Millionen € pro Jahr an Mehrkosten zu rechnen sei. Stand heute ist: Wir wissen es nicht. Die endgültige Reform des BTHG tritt mit dem Jahr 2020 in Kraft.

Bei dem, was das Land jetzt zu tun hat, geht es sozusagen um die vorbereitenden Schritte. Die eigentliche Reform, auch auf Landesebene, gilt zum 1. Januar 2020. Wir haben den Kommunen gesagt, dass ab dann selbstverständlich die Konnexität gilt. Wir haben den Kommunen auch gesagt, dass wir bis dahin bereit sind, einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Wir

haben auf Bundesebene auch ausgemacht – und wir werden das auch im Land tun –, zu evaluieren, wie sich die Kosten tatsächlich entwickeln; denn heute weiß es noch niemand. Da kann man uns also wirklich keinen Vorwurf machen, meine Damen und Herren. Im Gegenteil könnten Sie hier anmerken, dass wir wirklich große Schritte gehen in Richtung eines selbstbestimmteren Lebens für Menschen mit Behinderungen, und das ist auch ein Wert an sich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend ein paar Worte zum Thema Krankenhausförderung. Ich fange mit den landeseigenen Krankenhäusern an, den Uniklinika. Sicherlich haben auch Sie gehört, dass auch unsere eigenen, im Landesbesitz befindlichen Krankenhäuser, die Uniklinika, einen enormen Sanierungsstau haben. Sie haben natürlich auch einen Neubaubedarf, das käme dann noch on top; aber erst einmal haben sie einen enormen Sanierungsstau. Wir wollen mit den Sanierungsmitteln nach § 18 der Landeshaushaltsordnung dafür sorgen, dass auch die Uniklinika diesen Sanierungsstau ein Stück weit abbauen können.

Gleiches haben wir für die Krankenhäuser gemacht. Vor 2011 hatten wir dort einen sehr großen Sanierungsstau, und ab da haben wir die Mittel deutlich erhöht, damit dieser Sanierungsstau dort abgebaut werden kann. Wir sind beim KIF bei einer Summe von immer noch über 400 Millionen €, und die Anträge, die im Moment auf dem Tisch liegen, betragen insgesamt 400 Millionen €. Was ist also das Fazit unter dem Strich, meine Damen und Herren? Mit dem jetzt zur Verfügung stehenden Geld können die jetzt bekannten Anträge auch abgearbeitet werden.

Deshalb, finde ich, ist die Politik, die wir auf Landesebene machen, absolut in Ordnung. Wir bauen den Sanierungsstau weiter ab, sowohl an den Uniklinika als auch bei den kommunalen Krankenhäusern,

(Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott!)

und wollen damit für eine Krankenversorgung in der Fläche im ganzen Land sorgen, die dezentral ist und vor allem die Qualität in Zukunft sicherstellt.

(Abg. Anton Baron AfD: Dezentral? Sie widersprechen ihrem eigenen Minister!)

Da sind wir auf dem besten Weg.

Damit beende ich für heute meine Ausführungen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der CDU: Halleluja!)

Die Aussprache ist damit beendet.

(Beifall des Abg. Raimund Haser CDU)

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung – das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19, Druck-

(Präsidentin Muhterem Aras)

sache 16/3000, und das Haushaltsbegleitgesetz 2018/19, Drucksache 16/3017 – zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Sie stimmen diesem Überweisungsvorschlag zu. Vielen Dank. Damit ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz – Drucksache 16/2740

Beschlussempfehlung und Bericht des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2921

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2741

Beschlussempfehlung und Bericht des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2915

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache zu den beiden Gesetzentwürfen eine Redezeit von acht Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Landtag liegen zur abschließenden Beratung die Entwürfe zum Polizeigesetz und zum Verfassungsschutzgesetz vor. Beide Gesetzentwürfe haben ein intensives Verfahren hinter sich. Es gab eine schriftliche Anhörung und dann am 26. Oktober eine mündliche Anhörung mit zahlreichen, auch sehr kritischen Äußerungen von Fachleuten. Ich glaube, dass wir Ihnen heute Gesetzentwürfe vorlegen, die den Anmerkungen und Forderungen der Sachverständigen, die die Gesetzentwürfe im Ergebnis besser gemacht haben, überwiegend gerecht werden. Deswegen werbe ich um Zustimmung zu diesen Gesetzentwürfen.

Wir haben die Anhörung ernst genommen und uns intensiv mit den Ergebnissen auseinandergesetzt. Die Koalitionsfraktionen zeigen damit nicht nur, dass sie bereit sind, für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg Verantwortung zu übernehmen, sondern wir unterstreichen auch, dass wir dabei in der Lage sind, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist uns mit diesen Gesetzentwürfen – davon sind wir überzeugt – gut gelungen.

Wir machen auch klar, dass wir unsere Sicherheitskräfte bei der Gefahrenabwehr und der Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität, auch aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, stärken können, ohne dabei einschneidend in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einzugreifen. Das ist, glaube ich, eine wichtige und gute Botschaft für das Land am heutigen Tag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Grünen und die CDU, lieber Kollege Blenke, haben bei dieser Gesetzgebung keinen einfachen Weg zurückgelegt. Das kann man, glaube ich, klar sagen. Wir kommen aus unterschiedlichen Schwerpunkten.

(Zuruf: Richtungen!)

Für die CDU spielt die Stärkung der Sicherheitskräfte sicherlich eine herausragende Rolle, und für uns Grüne ist der Schutz der Bürgerrechte besonders wichtig. Ich glaube, gerade hier hat sich die Koalition mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten sehr gut ergänzt. Beide konnten sich gut einbringen. So ist dieses Gesetzeswerk im Endergebnis ausgewogen.

Ich möchte mich – weil mir dies persönlich sehr wichtig ist – bei meiner Fraktion und allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, dass sie bereit sind, hier große Verantwortung für die Wahrung von Freiheit und Sicherheit in unserem Land zu übernehmen. Ich möchte mich aber auch ebenso herzlich bei der CDU-Fraktion für manchmal schwierige, aber immer im freundschaftlichen Geist und konstruktiv geführte Gespräche bedanken.

Wir brauchen uns angesichts dieser Ergebnisse nicht zu verstecken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Binder wird rot! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Ich bin rot! Ist halt so!)

Wegen der Bedeutung der Gesetze war und ist es wünschenswert, dass sie im Landtag eine breite Mehrheit finden. Deshalb haben wir um die Zustimmung der Opposition geworben – mit offensichtlich unterschiedlichen Ergebnissen. Wir freuen uns, wenn die SPD zustimmt, lieber Kollege Binder – auch bei allem notwendigen Streit in der Sache.

(Abg. Sascha Binder SPD: Der war notwendig!)

Das ist zugestanden, ist notwendig und gehört zur Demokratie.

Bei der FDP/DVP, verehrter Herr Kollege Dr. Goll, lernen wir gerade, dass man unter Umständen den Tag nicht vor dem Abend loben sollte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Mit Ihren heutigen Anträgen suchen Sie ganz offensichtlich in letzter Minute ein Schlupfloch – obwohl Ihre Anliegen weit überwiegend Berücksichtigung gefunden haben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das stimmt ja nicht!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

– Weit überwiegend Berücksichtigung gefunden haben. – Ich befürchte, Sie lassen sich hier von sachfremden Motiven leiten. Es geht Ihnen offensichtlich um etwas anderes. Es geht Ihnen vielleicht um Jamaika – das liegt übrigens nicht in Baden-Württemberg; dies möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Es geht Ihnen erkennbar nicht als Schwerpunkt um die Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg. Das ist schwierig, meine Damen und Herren.

Was wurde an Veränderungen erreicht? Wir haben eine deutliche Erhöhung der Eingriffsschwelle beim Einsatz von Telekommunikationsüberwachung und Quellen-TKÜ zur Abwehr konkreter Gefahren. Ich glaube, die Zweifel, die auch in der öffentlichen Berichterstattung geäußert wurden, dass etwa eine Ohrfeige oder ein Ladendiebstahl geeignet seien, bereits zu solchen Eingriffen in die Telekommunikation zu führen, sind jetzt beseitigt. Das ist zweifelsfrei geklärt.

Klar ist und bleibt für uns Grüne: Ohne eine Software, die zwischen laufender Kommunikation und anderen Daten unterscheiden kann, wird es keine Quellen-TKÜ geben. Das wissen alle Beteiligten, und das gilt auch in diesem Gesetz. Deshalb bleibt es auch beim Nein zur Onlinedurchsuchung ebenso wie beim Nein zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung.

Zum entsprechenden Antrag der FDP/DVP kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Sie beantragen – Zitat –:

Eine Onlinedurchsuchung ist verboten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch ein Witz!)

Lieber Herr Dr. Goll, ich will jetzt nicht über die Gesetzesreife dieser Formulierung streiten. Aber in beiden Gesetzentwürfen heißt es bereits jetzt juristisch sehr präzise: Es darf nur laufende Kommunikation überwacht werden. Sie haben offensichtlich unsere Gesetzentwürfe nicht gelesen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dann können Sie doch unserem zustimmen!)

Im Entwurf des Polizeigesetzes steht es auf Seite 7 und im Entwurf des Landesverfassungsgesetzes auf Seite 5 der Drucksache. Dazu bedarf es nicht eines zusätzlichen Antrags der FDP/DVP.

(Zuruf von der FDP/DVP: Doch!)

Vor allem lässt sich dieser Antrag nicht begründen mit der Aussage: „Wir machen mit unserem Antrag die Gesetze verfassungsfest.“ Das ist ein schlechter Witz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sie suchen krampfhaft Gründe, um auszusteigen. Das ist ganz eindeutig.

Wir haben den Richtervorbehalt verbessert. Ich glaube, das ist in Ordnung. Wir haben die Rechte der Betroffenen bei Benachrichtigungsregelungen gestärkt. Der Landtag wird künf-

tig einjährlich statt zweijährlich unterrichtet. Die Verbindlichkeit der Evaluation wurde erhöht und einiges andere mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie erzählen jetzt draußen, 95 % Ihrer Anträge hätten wir abgeschrieben.

(Zuruf von der SPD: Mindestens! – Abg. Sascha Binder SPD: Mindestens! Das ist noch zu Ihren Gunsten!)

Ich kann das ja verstehen. Aber es stimmt halt leider nicht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es stimmt halt leider nicht! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Das stimmt schon! – Abg. Gabi Rolland SPD: Sie haben halt „Copy and paste“ gemacht!)

Unsere Anträge gehen in vielen Bereichen viel weiter als Ihre.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Wo?)

Schauen Sie es sich an: richterliche Anordnung oder Unterrichtung des Landtags.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben wir doch beantragt!)

Da haben wir weiter gehende Vorschläge als Sie gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eine abenteuerliche Begründung! Erst alles ablehnen und dann vorgeben, uns zu überholen!)

Dies sind nur ganz wenige von mehreren Gründen – ich könnte es noch ausführen, habe aber die Redezeit nicht –, warum Sie eben kein Ideengeber für diese Veränderungen gewesen sind.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie waren kein Ideengeber, meine Damen und Herren von der SPD.

Das gilt auch für das Verfassungsschutzgesetz. Auch da können Sie Ihren Änderungsantrag nach dem, was wir vorgelegt haben, nun wirklich nicht mehr plausibel machen, Herr Dr. Goll. Die unterscheiden sich um so viel.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Die Formulierung, die wir Ihnen vorgeschlagen haben, ist verfassungsfest und entspricht Ihrem Vorschlag. Es wird dann irgendwann schwierig, das substanziell zu diskutieren. Es musste offensichtlich irgendein Antrag her, um ablehnen zu können. Das Problem haben Sie sich aber mit dem, was Sie heute vorlegen, selbst geschaffen.

Ich habe jetzt keine Redezeit mehr, um über das Thema „Alkoholkonsumverbot im öffentlichen Raum und Aufhebung des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots“ zu reden. Aber ich glaube, dass das unstrittige Maßnahmen sind, die wir aufgrund der gemachten Erfahrungen tätigen werden.

Wir halten den Entschließungsantrag der SPD – das darf ich noch sagen – nicht für nötig, weil wir im Bereich der Präven-

(Hans-Ulrich Sckerl)

tion sowohl im laufenden Haushalt als auch im nächsten Doppelhaushalt sowohl finanziell als auch von den sachlichen Maßnahmen her das Gebotene tun.

(Abg. Sascha Binder SPD: Dazu steht nichts im Haushalt!)

Das können wir gern in den Beratungen der Einzelpläne diskutieren. Dazu gibt es auch noch Anträge der Fraktionen. Lassen Sie sich überraschen. Ihr Entschließungsantrag ist dann nicht notwendig.

Abschließend bitte ich darum, diesen beiden Gesetzen und dem weiteren Gesetz zur Änderung der Ladenöffnungszeiten zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg bekommen heute Sicherheitsgesetze, die richtungweisend sein werden. Wir geben der Polizei und dem Verfassungsschutz heute die Instrumente an die Hand, die sie brauchen, um die Bürgerinnen und Bürger, um uns optimal vor Terroristen und vor schwerer Kriminalität zu schützen.

Sicher leben in Baden-Württemberg: Kollege Sckerl, diesem Anspruch hat sich die grün-schwarze Koalition verpflichtet. Wir, die Innenpolitiker von Grünen und CDU, haben im vergangenen Jahr die Eckpunkte erarbeitet – nachzulesen im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz. Das Innenministerium, sehr geehrter Herr Innenminister, hat diese Eckpunkte nun in zwei Gesetzentwürfen ausformuliert.

Worum geht es? Unsere Sicherheitsbehörden haben heute zur Aufklärung von Straftaten Eingriffsmöglichkeiten, beispielsweise die Telekommunikationsüberwachung. Dabei geht es darum, begangene Verbrechen aufzuklären.

Die Sicherheitsbehörden haben bislang jedoch keine oder kaum Befugnisse, drohende Straftaten zu verhindern. Die Polizei darf also Telefone abhören, um einen Terroranschlag aufzuklären, aber Polizei und Verfassungsschutz dürfen dies bislang nicht, wenn sie Kenntnis von einem geplanten Anschlag haben und diesen verhindern wollen. Das kann man doch keinem Menschen erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es muss nach geltendem Recht erst etwas passieren, bevor die Behörden handeln dürfen. Das ändern wir heute. Die Schutzlücke wird geschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Deshalb bringen wir heute auch dieses Maßnahmenpaket auf den Weg. Es beinhaltet präventive Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung und – noch wichtiger – zur sogenannten Quellen-TKÜ. Es beinhaltet Befugnisse, um Gefährder in ihrem Bewegungsraum zu beschränken. Es beinhaltet

Befugnisse für die sogenannte intelligente Videoüberwachung und – für den Fall der Fälle, der hoffentlich nie eintreten möge – auch eine Befugnis für die Spezialkräfte der Polizei, als Ultima Ratio notfalls Sprengmittel einzusetzen.

Jede dieser Maßnahmen ist für sich ein Baustein unserer Sicherheitsstruktur. Wir halten diese Bausteine für unverzichtbar.

Ab sofort sind der Verfassungsschutz und die Polizei rechtlich in der Lage, Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger noch besser zu schützen als bisher. Dies ist ein guter Tag für die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ja, meine Damen und Herren, die schlimmste Bedrohung ist derzeit der islamistische Terrorismus. Ihm wollen wir das Handwerk legen.

Wir werden die Bevölkerung aber auch vor anderen Formen schwerer Kriminalität schützen, Kollege Binder. Es wundert mich schon, dass wir hier in den vergangenen Wochen über diese Frage überhaupt diskutieren mussten. Die Polizei darf handeln, wenn sich Islamisten zu Sprengstoffanschlägen verabreden. Aber wenn sich zwei Amokläufer – ein gegriffenes Beispiel – verabreden, um vielleicht in ihre ehemalige Schule zu stürmen, dann soll die Polizei nicht handeln dürfen, weil dies kein Terrorismus ist. Das ist doch absurd!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt doch niemand!)

In beiden Fällen sind die Opfer der Anschläge tot, und das wollen wir verhindern.

Was ist, wenn die Motivlage potenzieller Täter zunächst gar nicht erkennbar ist? Die Behörden haben Hinweise auf eine geplante Massengeiselnahme, wissen aber nicht, ob es sich um Terroristen oder Erpresser handelt. Soll dann die Polizei erst einmal anrufen und fragen: „Hallo, seid ihr Terroristen oder Erpresser?“ Geht nicht – nicht mit uns, meine Damen und Herren. Wir wollen mit diesem Gesetz einen umfassenden Schutz der Bevölkerung erreichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dafür haben wir um eine möglichst breite Unterstützung hier im Haus geworben. Diese breite Zustimmung hier im Haus ist uns – Kollege Sckerl hat es bereits ausgeführt; dafür bin ich ihm dankbar – sehr wichtig. Weshalb? Auch deshalb, weil wir der Ansicht sind, dass die Sicherheitsbehörden für die erheblichen Eingriffskompetenzen, die sie bekommen, das breite Vertrauen der Volksvertretung, des Parlaments, bekommen sollten, dass wir mit breiter Mehrheit sagen sollten: „Ja, zum Schutz der Bevölkerung geben wir diese weitreichenden Kompetenzen.“ Aus diesem Grund haben wir geworben, haben wir auch Gespräche mit der Opposition geführt; das war und ist uns sehr wichtig.

Herr Kollege Binder, über die Medien haben wir Signale, dass Sie vielleicht heute zustimmen werden. Das würde uns sehr freuen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Er hat ja auch die Arbeit gemacht!)

(Thomas Blenke)

Lieber Kollege Professor Goll, Sie haben sich richtig vernünftig mit eingebracht. Schade, dass Ihr Fraktionsvorsitzender aus irgendwelchen aus seiner Sicht übergeordneten politischen Gründen Sie zurückgepfiffen hat. Es wäre schön gewesen, wenn Sie mit Ihrer Fraktion auch mit an Bord hätten sein können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir sind uns ja bewusst, es geht hier um erhebliche Grundrechtsbegriffe, und wir achten die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir sind uns dessen bewusst, und es ist nie harmlos – –

(Abg. Sascha Binder SPD unterhält sich mit Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.)

– Störe ich Sie eigentlich in Ihrer Unterhaltung, Kollege Binder?

(Abg. Sascha Binder SPD: Das müssen Sie den Kollegen Sckerl fragen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir wissen ganz genau, dass es nie harmlos ist, in Freiheitsrechte der Bürger einzugreifen. Das ist nie harmlos. Es ist ein Spannungsfeld in der inneren Sicherheit zwischen Sicherheit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite. Aber es ist nie so, dass Freiheit und Sicherheit einander widersprechen würden. Nein, sie bedingen einander, und deshalb müssen wir sorgsam damit umgehen. Unsere Gesetzentwürfe, die wir heute zur Abstimmung vorlegen, sind eine sorgsame Balance zwischen Sicherheit und Freiheit der Bürger.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Unser Anspruch ist es nicht, das schärfste Gesetz zu bekommen, sondern unser Anspruch ist es, das beste Gesetz heute zu beschließen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Die Landesregierung, Herr Minister, hat uns einen sehr guten Entwurf vorgelegt. Die Beratungen der letzten Wochen haben uns innerhalb der Koalition gezeigt, dass wir mit Optimierungen an diesem Gesetzentwurf noch kleine Verbesserungen und Weiterentwicklungen vornehmen können. Das haben wir, die Koalitionsfraktionen von Grünen und CDU – dafür herzlichen Dank, lieber Kollege Sckerl – einvernehmlich so verhandelt. Es war in der Tat ambitioniert und sportlich, wir haben uns oft gesehen,

(Heiterkeit des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

aber wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen, Kollege Hentschel.

Deswegen, meine Damen und Herren: Wir bekommen heute das beste Verfassungsschutzgesetz und das beste Polizeigesetz in Deutschland. Grün-Schwarz schützt die Bürgerinnen und Bürger. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Zum Schluss bedanke ich mich einerseits bei den Kollegen der Grünen – es waren die Innen- und die Rechtspolitiker beteiligt –, andererseits aber auch bei den Kollegen in unserer

Fraktion, dem Kollegen Lasotta mit seinen rechtspolitischen Mitstreitern im Arbeitskreis. Ich danke also den Rechtspolitikern und Innenpolitikern beider Koalitionsfraktionen. Wir haben das intensiv bearbeitet, und ich glaube, wir sind jetzt zu einem guten Ergebnis gekommen. Deswegen werden wir den Gesetzentwürfen der Landesregierung in der Form der Änderungsanträge, die die Koalitionsfraktionen hier vorlegen, zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes und zur Aufhebung des Alkoholverkaufsverbots nach 22 Uhr bleibt zu sagen, dass diese Korrektur wohl richtig ist und Kommunen und Ortspolizeibehörden zukünftig in die Lage versetzt, an bestimmten Orten Alkoholkonsum zu verbieten. Der Bürger ist mündig, und das Verkaufsverbot hat auch zu hohen Vorratskäufen vor 22 Uhr geführt. So wurde nicht weniger, sondern mitunter auch eher mehr Alkohol konsumiert.

Festzustellen bleibt auch in dieser Hinsicht, dass Kollege Goll in seinen Ausführungen vom 11. Oktober recht hat, wenn er darauf hinweist, dass diese Änderungen nicht mit den anderen, wesentlich weiter reichenden Änderungen im Polizeigesetz zusammenpassen. Daher ist es nur richtig, das Alkoholkonsumverbot vom Sicherheitspaket abzukoppeln.

Dennoch gilt, die Auswirkungen dieses Gesetzes zukünftig genau im Blick zu haben, um bei Bedarf gegensteuern zu können. Ich beziehe mich hier auch auf Bedenken und Äußerungen seitens der Sozialverbände, der Caritas, der Krankenhäuser und der Polizei.

Wir zweifeln weiterhin an, dass mehr Überwachung tatsächlich mehr Schutz vor Terror bedeuten soll. Diesen Beweis vorzulegen sind Sie, Herr Minister Strobl, leider schuldig geblieben. Die berechtigten Kritikpunkte des Landesdatenschutzbeauftragten sollten ebenfalls nicht ignoriert werden. Rechtsstaat und Freiheit schützt man nicht, indem man beides beschneidet, per Salamtaktik Schritt für Schritt einengt und schlussendlich abschafft.

(Beifall bei der AfD)

Der Fall Anis Amri hat es deutlich aufgezeigt: Die Sicherheitsbehörden hatten im Grunde genommen alles, was sie brauchten. Vielmehr sollte der Fokus zukünftig vielleicht darauf gelegt werden, die Datenanalysefähigkeit der Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden zu verbessern und zu stärken.

Meine Damen und Herren, mehr Überwachung und Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte hätten keinen weiteren Gewinn erbracht. Die Sicherheitsbehörden waren teilweise nicht fähig, vielleicht auch teilweise nicht willens – das zeigt der Untersuchungsbericht aus Berlin –, einzugreifen und Amri festzunehmen.

(Lars Patrick Berg)

Die Evaluierung des Gesetzes sollte nicht erst in fünf Jahren, sondern bereits in spätestens zwei Jahren erfolgen.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Zeitraum ist ausreichend, um zu prüfen, ob die Einschränkung unserer Freiheitsrechte wirklich mehr Sicherheit brachte oder eben nur eine Datensammelwut und zusätzliche Arbeitsplätze für Archivare.

Bürgerrechte sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, doch wenn man sich die Pläne der Regierungskoalition anschaut, könnte man mitunter meinen, sie verstünden das Buch „1984“ mehr als Anleitung denn als Warnung.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD-Fraktion, wollen jedoch, dass die Bürgerrechte besser geschützt werden und nicht schiebchenweise abgebaut werden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Aus Terrorabwehr wird nun allgemeine Bekämpfung der organisierten Kriminalität, und da fragen wir uns natürlich zu Recht: Wer ist aus Sicht der Landesregierung morgen würdig, in dieses Überwachungsprogramm aufgenommen zu werden?

Unserer Ansicht nach werden die Bürger nach dem Verständnis der Landesregierung eher als Untertanen betrachtet.

(Vereinzelt Beifall)

Die Stoßrichtung ist klar: Wer nichts zu verbergen habe, könne sich ja vom bevormundenden Staat beobachten und gängeln lassen; er habe ja nichts zu befürchten. Doch gerade weil wir mündige Bürger sind und weil wir nichts zu verbergen haben, lehnen wir einen Generalverdacht gegenüber der Bürgerschaft ab.

(Beifall bei der AfD)

Es ist äußerst betrüblich, dass die Grünen als ehemalige Bürgerrechtspartei hier umfallen. Meine Damen und Herren, die AfD hingegen ist die Partei, die hohe Sicherheit und Bürgerrechte zugleich großschreibt.

(Beifall bei der AfD)

Ferner ist die Frage durchaus berechtigt: Wo hat Überwachung Terror verhindern können? London und Madrid haben viel mehr Überwachung als wir. Wo wurden die brutalen Anschläge mit vielen Todesopfern verhindert?

Auch die Aushebelung des Bankgeheimnisses hat Steuerhinterziehung in großem Umfang nicht verhindert oder aufgeklärt, siehe Panama Papers oder Paradise Papers.

(Beifall bei der AfD)

Aber der normale Bürger ist sehr gläsern geworden. Rechtsstaatlichkeit, meine Damen und Herren, verteidigt man nicht, indem man sie aufweicht oder ganz aufgibt. Das wäre Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

(Beifall bei der AfD)

Eines ist doch auch ganz klar: Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen bestens ausgerüstet werden. Ob dabei die Quellen-TKÜ jedoch das richtige Instrument ist, bezweifeln wir.

Daher fordern wir, die AfD-Fraktion, Folgendes – und diese Liste ist nicht abschließend –:

Erstens fordern wir deutliche Investitionen in die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen sowie weitere Aus- und Fortbildungsstandorte für eine hochwertige und qualitativ gute Aus- und Weiterbildung.

Zweitens fordern wir die Einstellung von Vollzugsbeamten insbesondere für den Dienst auf der Straße über die Zahl der in Pension Gehenden hinaus.

Drittens fordern wir Kameraüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten.

Viertens fordern wir eine konsequente und schnelle Abschiebung von allen Gefährdern und Hasspredigern ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Fünftens und letztens fordern wir eine deutliche politische Stärkung der Polizei in unserem Land bei Konflikten mit Linksextremisten, siehe G-20-Linksterror.

Die Quellen-TKÜ ist ein Begriff für eine große Bandbreite an Werkzeugen, die, wenn sie nicht einer gründlichen parlamentarischen Kontrolle unterliegt, eine Gefahr für Demokratie und Bürgerrechte darstellen kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Deutschland schleichend in einen Überwachungsstaat verwandelt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Sicherheit und Bürgerrechte stehen deshalb nicht in Widerspruch. Bürgerliche Freiheiten dürfen eben nicht einem diffusen Sicherheitsgefühl geopfert werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt oft Streit über die Frage: Braucht es mehr Gesetze, oder reichen auch mehr Personal und mehr Ausstattung? Wir haben bereits in der ersten Lesung gesagt: Überall dort, wo Notwendigkeiten bestehen, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, ist die SPD im Boot; überall dort, wo wir in der Abwägung zu dem Schluss kommen, dass wir es mit verfassungsgemäßen Gesetzen zu tun haben, werden wir auch zustimmen.

Wir haben auf eines hingewiesen: Es bringt den Sicherheitsbehörden gar nichts, Gesetze vorzulegen, die ganz nah an der Verfassungswidrigkeit sind, in manchen Teilen laut den Sachverständigen sogar offensichtlich verfassungswidrig sind. Mit dieser Art von Gesetzen können Sicherheitsbehörden nichts

(Sascha Binder)

anfangen, weil sie ständig Gefahr laufen, dass die Rechtsprechung über diese Art von Gesetzen richtet, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das war bereits in der ersten Lesung unser Maßstab. Wir haben in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass die Schutzgüter viel zu weitreichend sind, dass es bezüglich der Frage der Quellen-TKÜ bis zum Zeitpunkt der ersten Lesung keine Antwort darauf gab: Gibt es eine Software, gibt es keine? Wir haben die Frage gestellt: Wie sieht es mit dem Richtervorbehalt aus? Auch dieses Thema hatten wir bereits in der ersten Lesung angesprochen, was uns dazu gebracht hat, eine Anhörung zu beantragen.

Wenn man jetzt die Reden der Kollegen Blenke und Sckerl hört,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

fällt auf: Diese Reden unterscheiden sich in nichts von denen in der ersten Lesung. Vielmehr tun sie so: „In der ersten Lesung war es ein sehr gutes Gesetz, und jetzt ist es auch ein sehr gutes Gesetz“ und negieren, dass erhebliche Änderungen notwendig waren, um dieses Gesetz zu einem besseren zu machen. Dass es überhaupt dazu kam, erfolgte aufgrund eines Antrags der SPD auf eine mündliche Anhörung, erfolgte aufgrund des Vorschlags der SPD, die zweite Lesung von der Tagesordnung der Plenarsitzung der letzten Woche herunterzunehmen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja, ja!)

weil dieses Gesetzgebungskonvolut noch nicht zustimmungsfähig war. Jetzt so zu tun, als ob Sie es sowieso geändert hätten, ist wirklich lächerlich. Sie hätten das Gesetz in der letzten Woche in der alten Fassung beschlossen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wenn man jetzt noch einmal in die erste Lesung geht, gibt es einerseits das Zitat vom Kollegen Sckerl:

Selbstverständlich müssen sich die Eingriffsmaßnahmen auch an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts orientieren,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich!)

was ... im Lichte des BKA-Urteils vollumfänglich gelungen ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Innenminister Strobl sagte, angesprochen auf das Austesten der verfassungsrechtlichen Grenzen:

Auch wäre es, um Ihr Wort aufzunehmen, bedenklich, wenn wir die Grenzen unserer Verfassung austesten würden. Aber seien Sie versichert: Dieser Innenminister ist ein Verfassungsästhet.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Darauf hat der Landesdatenschutzbeauftragte in der Anhörung gesagt:

Man muss kein Verfassungsästhet sein, um erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der geplanten Regelungen zu haben.

Diese hatten wir bereits in der ersten Lesung. Deshalb haben wir Änderungen beantragt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Im Gegensatz zum Verfassungsästhet!)

Wir haben letzte Woche einen umfangreichen Katalog von Änderungsanträgen eingebracht, einerseits zu den Schutzgütern, sowohl im Hinblick auf das Ausschließen der einfachen Körperverletzung, aber auch im Hinblick auf die beschädigten Sachen. Wir haben und Herr Kollege Sckerl gerade – Es ist Bestandteil unseres Änderungsantrags gewesen, dass wir eine jährliche Berichterstattung an den Landtag verlangt haben. Wir haben auch beim Richtervorbehalt sehr umfänglich die von Ihnen jetzt in Ihrem Änderungsantrag beinhaltete Dreitagesfrist der nachträglichen Bescheidung drin gehabt. Sie haben einzelne Formulierungen verändert. Allerdings kann ich sagen: Sinngemäß haben Sie fast alle unsere Änderungen übernommen. Wenn man sich Ihre Änderungsanträge anschaut und sie mit unseren Änderungsanträgen von der letzten Woche vergleicht,

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch. – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unsere Vorschläge sind weiter gehend!)

dann kommt man zu einer eindeutig roten Handschrift in diesen Änderungsanträgen. Sie sind teilweise wortgleich, teilweise sinnleich.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist klar, dass der Gesetzentwurf durch diese Änderungen nun auch zustimmungsfähig ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich verstehe das ja! Ich würde das in der Opposition auch so machen!)

Kollege Sckerl, Sie haben es in 19 Verhandlungsrunden nicht geschafft, dieses Gesetz zu einem guten Gesetz zu machen. Werfen Sie uns nicht vor, dass wir es gemacht haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ehrlich gesagt ist mir – das eint den Kollegen Blenke und den Kollegen Sckerl mit mir – die Rolle der FDP/DVP im gesamten Gesetzgebungsverfahren noch nicht ganz klar. Diese wurde heute noch etwas rätselhafter. Ich gehe aber davon aus, dass Sie, lieber Kollege Goll, das noch aufklären. Denn bisher bin ich eigentlich davon ausgegangen, dass die FDP/DVP diesem Gesetzgebungsverfahren immer sehr positiv gegenüberstand. Ihre Kehrtwende hat sich uns nicht so richtig erschlossen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir sind der Auffassung: Wenn dieses Gesetzgebungsverfahren aus der Opposition heraus sowohl in der Zeit als auch im Inhalt derart verändert werden kann, dann war das auch not-

(Sascha Binder)

wendig. Und dass die Regierungsfractionen zum guten Ende – sozusagen last minute – auch zu diesem Ergebnis gekommen sind, ist gut. Ich frage mich aber nach wie vor, was Sie in 19 Verhandlungsrunden alles miteinander besprochen haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das zu wissen wäre schön!)

Kolleginnen und Kollegen, was den Entschließungsantrag angeht, haben Sie, Kollege Sckerl, diesen letzte Woche im Innenausschuss mit dem Hinweis, im Haushalt würden große Summen stehen, abgelehnt. Jetzt haben wir uns den Haushalt angeschaut. Im Haushalt steht für die Prävention aber nicht mehr drin. Wenn Sie die Alkoholverkaufsverbote aufheben – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt warten Sie die Beratungen ab!)

– Wir beschließen heute ein Gesetz. Deshalb muss ich heute entscheiden. Daher stellen wir auch diesen Entschließungsantrag.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gut, wir lehnen ihn ab!)

Im Grunde können Sie ihm doch zustimmen. Denn wenn Sie tun, was in diesem Entschließungsantrag steht, dann brauchen Sie ihn heute doch nicht abzulehnen, Kollege Sckerl. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ist in Ordnung!)

Kolleginnen und Kollegen, insofern glauben wir, dass wir aus einem durchaus an vielen Stellen die Grenzen der Verfassung überschreitenden Gesetz nun ein besseres gemacht haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben das gemacht? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf in der veränderten Fassung auch zustimmen. Sie sind uns lediglich bei der Evaluierung nicht gefolgt. Wir wollten die Evaluierung nach zwei Jahren. Sie sagen: fünf Jahre. Der Streitwert ist nicht übermäßig groß.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich meine aber: Wenn die Mittel, die Sie jetzt gerade gefeiert haben, so wichtig und so notwendig für die Abwehr sind, wie Sie sagen, dann glaube ich schon, dass diese auch so oft zum Einsatz kommen, dass man auch schon nach zwei Jahren eine richtige Evaluierung hinbekommen könnte, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Explosivmitteln sagen. Da sind wir gründlich missverstanden worden. Manchmal glaube ich, man wollte uns falsch verstehen.

Auch Ihr Gesetzentwurf enthält eine Delegation.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Na klar!)

Wenn es nach Ihnen gehen würde – Sie müssen auch unseren Text lesen –, würde im Einzelfall beispielsweise der Präsident des LKA den Einsatz eines solchen Explosivmittels anordnen. Alles, was wir wollten, ist, dass die Anordnungsbefugnis, dieses neue Mittel einzusetzen, von oben delegiert wird. Wir haben nie gesagt, dass der Innenminister dies im Einzelfall selbst anordnen soll.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das steht bei uns auch nicht in den Änderungsanträgen.

Zum Thema Explosivmittel – das haben wir in der ersten Lesung offengelassen – haben wir uns vor einiger Zeit bei einem Vor-Ort-Termin im Präsidium Einsatz mit dem SEK und dem Präsidium Einsatz zusammengesetzt und haben uns von diesem Mittel überzeugen lassen. Deshalb werden wir diesem Mittel zustimmen. Das einzige Mittel in der Einzelabstimmung, dem wir nach wie vor nicht zustimmen werden, ist die Fußfessel. Dem werden wir weiterhin nicht zustimmen, weil sich uns der Zweck nach wie vor nicht erschließt.

In der Gesamtabstimmung werden wir dem Gesetzentwurf, der dank der SPD-Fraktion besser geworden ist, zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Rede des Kollegen Binder ist mir der nette Spruch meines alten Freundes Ernst Pfister eingefallen: „In der Kurve bewährt sich der Lenker.“

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie sind aus der Kurve geraten! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie hängen böse in der Leitplanke!)

Dieses Kunststück ist uns leider nicht gelungen. Das ist richtig, ja.

Ich darf noch einmal an die erste Lesung anknüpfen. Ich habe in der ersten Lesung gesagt, dass uns der Ansatz dieses Gesetzes sympathisch ist und dass auch wir für Waffengleichheit in dem Sinn sind, dass die Polizeibehörden mit Mitteln ausgestattet werden, die sie wirklich in den Stand setzen, Terrorismus und organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Ich habe in der ersten Lesung allerdings auch gesagt, dass wir mit dem Gesetz an etlichen Stellen Neuland betreten. Das können Sie alles nachlesen. Es enthält eine Reihe von neuen Begriffen und neuen begrifflichen Konstruktionen, die man sich genauer anschauen muss. Schließlich habe ich in der ersten Lesung gesagt: Wenn es Änderungswünsche unsererseits gibt und man bereit ist, über diese Änderungswünsche mit uns zu reden und diese Änderungen durchzuführen, dann könnten wir uns vorstellen, diesem Gesetzentwurf am Ende zuzustimmen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, so war es!)

Das war der Inhalt der ersten Lesung. Daraufhin haben Sie in der Folge die Gesetze aufgeteilt, weil Sie gewusst haben, dass

(Dr. Ulrich Goll)

wir dem Alkoholkonsumverbot nicht zustimmen werden. Dafür bedanken wir uns auch noch einmal ganz ausdrücklich. Bis dahin sah noch alles ganz gut aus.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Dann kam Rülke!)

Wir haben uns dann die Vorschläge angeschaut und auf ein Blatt Papier eine Reihe von Punkten geschrieben. Das war übrigens einen Tag vor der Anhörung. Einen Tag vor der Anhörung wurde dieses Papier von uns im engeren Kreis handelnder Personen bekannt. Die Erfüllung der Wünsche wurde allerdings als sehr schwierig dargestellt; alles äußerst schwierig.

Dann gab es am nächsten Tag die Anhörung. Die Anhörung hatte ein denkbar negatives Echo. Mir fiel natürlich auf, dass der viel zitierte Herr Dr. Gazeas in der Anhörung genau unsere Punkte genannt hat. Ich habe mich im Anschluss der Anhörung mit Herrn Gazeas unterhalten. Es handelte sich um genau die Punkte, die wir tags zuvor auf das Papier geschrieben hatten.

Jetzt kam in der Tat Bewegung in die Sache. Es gab auch bilaterale Gespräche. Ich möchte auch ausdrücklich erwähnen, dass es ordentliche Gespräche mit dem Kollegen Sckerl gegeben hat. Das wollen wir festhalten. Er hat sich sehr für das Vorhaben eingesetzt. Sie wissen auch: Das Ergebnis war, dass wir am letzten Samstag in der Zeitung lesen konnten, worauf sich Grün und Schwarz geeinigt hatten, und wir jetzt nur noch die Gelegenheit hatten, einer ohnehin vorhandenen Mehrheit beizutreten.

Diese Art hat – wer auch immer dafür verantwortlich war, da bitte ich um Verständnis – den guten Willen unsererseits, mitzumachen, obwohl man uns eigentlich nicht brauchte, sage ich jetzt einmal, nicht gerade gefördert.

Außerdem haben wir natürlich festgestellt – das ist noch wichtiger –, dass vieles umgesetzt worden ist. Herr Kollege Binder, das stimmt. Aber es sind auch einige, darunter wesentliche Punkte, nicht umgesetzt worden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE: Jetzt sind wir gespannt!)

Deswegen haben wir Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten aus unserer Sicht noch einmal zum Ausdruck gebracht und deutlich gemacht. Diese Punkte zu ändern wäre keine Zumutung gewesen, es wäre kein Hexenwerk gewesen.

Ich komme auf die drei Punkte noch einmal kurz zurück. Es geht um § 10 des Landesverfassungsschutzgesetzes: Da haben Sie beantragt, dass man diesen aussetzt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Mit der Aufforderung, neu zu formulieren!)

Sie wollten ihn aussetzen; das hat uns übrigens nicht gefallen, weil wir den Eindruck hatten, Sie wollten das ganze Gesetz verhindern.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das haben wir nie gesagt!)

Ihr ursprünglicher Vorschlag lief darauf hinaus, das auszusetzen und überhaupt erst einmal gründlich darüber nachzuden-

ken, was und wie man es macht. Das schien uns nicht geeignet.

Damit man weiß, worum es da ging: Im ganzen § 10 geht es um die Weitergabe von Informationen, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen wurden. In Absatz 3 ist auch die Rede von der Weitergabe zu Strafverfolgungszwecken. Alles, was wir wollten, ist, dass man diese Straftaten nennt. Dafür gibt es bewährte Kataloge.

Sie haben es vorgezogen, es bei einem unbestimmten Rechtsbegriff einer „erheblichen Straftat“ zu belassen. Daraus schließen wir erstens, dass Sie bereit sind, noch weitere verfassungsrechtliche Risiken in Kauf zu nehmen. Denn das war auch ein Punkt, den Gazeas ausdrücklich angesprochen hat. Zudem sieht es nicht nach dem Willen eines ernsthaften Entgegenkommens bei einem solchen Punkt aus. Denn da hätte man den Katalog der Delikte genauso hineinschreiben können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE: Jetzt geht es um Marginalien!)

– Ja, das sagen Sie natürlich. Das werden wir sehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist so! Ich kann Ihnen beweisen, dass es um Marginalien geht!)

Fast noch wichtiger für uns ist aber, dass Sie nur bereit waren, das Ganze erst nach fünf Jahren zu evaluieren. Jetzt muss ich einmal sagen: Fraktionen bestehen bekanntlich aus Abgeordneten, die ein und derselben Partei angehören. Da muss man einmal offen sagen: Dass man sich dann in fünf Jahren mal anschaut, was da eigentlich gemacht wird, das ist unserer Partei nicht vermittelbar. Das hätte man auch nicht machen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Daniel Rottmann und Dr. Rainer Podeswa AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir haben doch eine jährliche Unterrichtungspflicht!)

Für den dritten Punkt gilt Ähnliches: Ein sensibles Thema ist für uns die Onlinedurchsuchung. Wir hätten gern, dass Sie an irgendeiner Stelle – das hätte letztlich nicht mal im Gesetz sein müssen – noch einmal deutlich machen: Onlinedurchsuchung bleibt verboten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das steht im Gesetz! Das steht wörtlich im Gesetz! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Nein!)

Da hilft es auch nichts, wenn Sie mir jetzt vorhalten, es stünde im Gesetzentwurf, dass nur das eine erlaubt sei. Es müsste an anderer Stelle auch noch drinstehen: Die Onlinedurchsuchung ist verboten und findet nicht statt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So macht man sich vom Acker!)

Wir haben diese Wünsche vorgebracht – passiert ist nichts. Der Vorgang wurde am Tag darauf mit einer Pressemitteilung abgeschlossen, in der der Innenminister zunächst die netten Gespräche gelobt hat. Dieses Lob nehmen wir natürlich dan-

(Dr. Ulrich Goll)

kend entgegen. Aber der nächste Satz war einigermaßen verhängnisvoll. Da war nämlich sinngemäß davon die Rede, das Gesetz sei im Übrigen substantziell nicht verändert worden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Lieber Herr Kollege Blenke, ich reagiere nicht auf Pfiffe, aber spätestens an dieser Stelle war es schwierig, dieses Gesetz auch als unser Gesetz zu betrachten. An dieser Stelle – das gebe ich Ihnen zu – war es auch für mich schwierig, jemanden in der Fraktion – und beileibe nicht nur den Vorsitzenden – davon zu überzeugen, dass wir da einer ohnehin vorhandenen Mehrheit beitreten sollen.

Deswegen halten wir hier fest: Lieber Herr Innenminister, das soll Ihr Gesetz sein. Das war damit hinlänglich klar.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dünn, dünn, dünn!
Sehr dünnes Eis!)

Es soll Ihr Gesetz sein, es wird Ihr Gesetz sein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr dünnes Eis!)

Ich betone allerdings, dass wir nach wie vor für den Zweck des Gesetzes erhebliche Sympathien haben, dass viele Teile auch bei uns in der Fraktion mehrheitsfähig sind; andere sind es aber halt nicht. Das Ganze ist vor dem Hintergrund gesehen, dass das Gesetz tief in verfassungsrechtlich sensible Bereiche eingreift.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wissen wir!)

Das wissen wir alle. So greift es z. B. in die Integrität der informationstechnischen Systeme ein, was bei uns natürlich auch ein Thema war.

Vor diesem Hintergrund, nach diesem Ablauf und nachdem es leider doch nicht möglich war, wenigstens die bekannten verfassungsrechtlichen Risiken auszuschließen, bestand für uns, ehrlich gesagt, kein Anlass, für diese beiden Gesetze in Mitverantwortung zu gehen. Wir werden deshalb an vielen Stellen zustimmen, aber am Ende werden wir bei der Gesamtabstimmung die Gesetzentwürfe ablehnen, weil wir – ich sage es noch einmal – nicht bereit sind, politische Verantwortung für alle Teile dieses Gesetzeswerks zu übernehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Das ist ein guter Tag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Das ist ein guter Tag für die innere Sicherheit im Land. Baden-Württemberg wird noch sicherer. Das ist ein guter Tag für den Landtag von Baden-Württemberg, verehrte Damen und Herren Abgeordnete. Baden-Württemberg bekommt eines der besten, der effektivsten, der modernsten Polizei- und Sicherheitsgesetze der gesamten Republik. Das ist ein guter Tag für Baden-

Württemberg, und es ist ein guter Tag für die grün-schwarze Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der SPD: Die freuen sich alle tierisch!)

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv miteinander beraten, seit der Einbringung der Gesetzesnovelle noch einmal intensiver. Das ist auch ganz in Ordnung so. Die Frage der inneren Sicherheit treibt die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land um. Wir haben insbesondere durch die Herausforderung der terroristischen Gefahren eine objektive Gefährdungslage. Deswegen ist es ganz in Ordnung, dass wir das intensiv und gründlich beraten.

Ich möchte noch einmal zusammenfassen. Die Sicherheitsarchitektur dieser Landesregierung besteht aus drei Säulen.

Erstens: unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir haben zu Beginn dieser Wahlperiode 1 500 zusätzliche, neue Stellen für die baden-württembergische Polizei versprochen. Ich erinnere mich noch gut, wie aus den Reihen der Opposition gesagt worden ist: „Herr Innenminister, das werden Sie nie erreichen. Sie werden zwischen der Finanzministerin der Grünen und dem grünen Ministerpräsidenten sozusagen zermalmt werden. Niemals wird es diese Stellen geben.“ Wir haben sie zum Jahr 2021 versprochen, und wir werden sie – vorbehaltlich der Beschlüsse des Landtags zum Doppelhaushalt 2018/2019 – nicht bis zum Ende der Wahlperiode realisieren, sondern es wird die 1 500 zusätzlichen Stellen bei der baden-württembergischen Landespolizei zur Mitte der Wahlperiode geben. Mehr tun, als man versprochen hat, das ist unsere Art, in der inneren Sicherheit Politik zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mehr Polizistinnen und Polizisten, das ist die eine Säule.

Die zweite Säule ist, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine gute Ausstattung haben. Ich kann Ihnen guten Gewissens sagen: Nirgendwo sonst in der Republik ist die Polizei so gut ausgestattet wie in Baden-Württemberg,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt! – Abg. Daniel Rottmann AfD: Weniger schlecht, wollten Sie sagen!)

mit passiven Schutzwesten, mit ballistischen Helmen, mit einer sehr, sehr guten Bewaffnung, mit erstklassigen Fahrzeugen und gutem Gerät. Darauf kann der Landtag von Baden-Württemberg stolz sein, dass wir diejenigen, die ihre Köpfe und ihre Körper jeden Tag für uns hinhalten, technisch optimal ausstatten. Der Innenminister bedankt sich dafür, dass wir das tun können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die dritte Säule, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Sicherheitsarchitektur in diesem Land ist, dass wir unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die wir personell immer besser ausstatten, die wir technisch immer besser ausstatten, auch rechtlich das Instrumentarium an die Hand geben, das sie brauchen. Es wäre doch geradezu absurd, wenn wir das nicht täten.

(Minister Thomas Strobl)

Unsere Modernisierung besteht aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen. Erstens – darauf wurde zu Recht hingewiesen – wollen wir nicht nur, nachdem schwere und schwerste Straftaten passiert sind, diese optimal aufklären – das wollen wir selbstverständlich auch –, sondern wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land davor schützen, dass solche Straftaten überhaupt passieren. Das heißt, wir wollen im präventiven Bereich alles dafür tun, die Bürgerinnen und Bürger insbesondere vor Terrorgefahren, aber auch ansonsten vor schwerer und schwerster Kriminalität zu schützen.

Zweitens: Wenn wir wissen, dass Terroristen, aber auch weite Teile der Schwermriminalität sich natürlich das Internet zunutze machen, selbstverständlich verschlüsselt kommunizieren, dann können wir doch nicht unsere Sicherheitsbehörden taub und blind halten, wenn es darum geht, schwere und schwerste Straftaten zu verhindern,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

sondern dann müssen wir ihnen die Instrumente an die Hand geben, die notwendig sind, um so etwas mitzubekommen und im Zweifel zu verhindern. Deswegen ist es gut, dass wir die Telekommunikationsüberwachung präventiv machen und die Quellen-TKÜ einführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es ist gut und richtig, dass wir für hochgefährliche Personen – darum geht es – Aufenthaltsvorgaben und Kontaktverbote erlassen. Dies erleichtert die Arbeit für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Abschieben!)

Wir haben in diesen Gesetzentwurf die Voraussetzungen für den Gebrauch von Explosivmitteln in extremen Lagen aufgenommen. Meine Damen und Herren, niemand hofft mehr, dass er eine solche Lage in seinem ganzen Leben nie erleben wird, als der vor Ihnen stehende Innenminister. Das ist doch nicht etwas für die alltägliche Arbeit von Polizistinnen und Polizisten, sondern das ist eine Ausrüstung, die nur unsere Spezialkräfte bekommen, die damit üben und die wissen, dass es eine Ultima Ratio für Fälle ist, die hoffentlich niemals eintreten werden. Wir müssen aber auch an das Unmögliche denken, damit wir auch für die ganz, ganz schlimmen, nahezu undenkbaren Fälle ausgerüstet sind.

Die elektronische Fußfessel ergänzt den Maßnahmenkatalog. Auch da sei gesagt: Das werden jetzt nicht Tausende von Fällen sein, wo die elektronische Fußfessel zum Einsatz kommt,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

sondern das werden sehr, sehr wenige Fälle sein. Aber für diese wenigen Fälle kann diese Maßnahme mithelfen, unsere Polizistinnen und Polizisten bei ihrer schweren Arbeit zu entlasten.

Das Landesamt für Verfassungsschutz erhält die Befugnis zur Überwachung von Zahlungsströmen und Luftfahrt Daten, gerade bei internationalen Verflechtungen.

Oder nehmen Sie, meine Damen und Herren, die intelligente Videoüberwachung, die wir vorsehen, um auch hier die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit schreiten wir sicherheitspolitisch voran. Kein anderes Bundesland hat eine rechtliche Grundlage, um die algorithmengestützte Videoüberwachung zu erproben. Wir sind dabei das erste und bislang einzige Bundesland. Aber ich finde, es ist richtig, dass wir in einem Hochtechnologieland, in einem Land, das sich der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet hat, auch einmal voranschreiten, dass wir etwas Neues ausprobieren, dass wir Hochtechnologie zur Entlastung der Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten zum Einsatz bringen.

Ich danke dem Landtag, dass wir den Mut haben, so etwas zu tun und damit Avantgarde in Deutschland zu sein.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Damit, meine Damen und Herren, erlangen unsere bewährten Sicherheitsgesetze für Polizei und Verfassungsschutz modernsten Standard. Wir sind damit wieder in der Spitzengruppe der Länder, und wir schaffen damit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft das sicherste Bundesland in der Republik bleibt.

Auf einige wenige Punkte, die in der Beratung eine Rolle gespielt haben, darf ich eingehen. Für mich ist es ein ganz normaler Vorgang, dass im Rahmen eines parlamentarischen Beratungsprozesses Dinge abgeprüft, abgewogen werden, dass gefragt wird: „Ist das vernünftig? Brauchen wir das?“ Eine sensible Handhabung gerade bei einem solchen Thema ist ja selbstverständlich.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf trägt einer ganzen Reihe von Anliegen Rechnung. Ich möchte als Erstes sagen: All das, was jetzt an Optimierungsanträgen, an Konkretisierungsanträgen durch die beiden Koalitionsfraktionen eingebracht wird, ist mit dem Innenministerium eng, ja, engstens abgestimmt.

(Lachen des Abg. Andreas Stoch SPD)

Es gab eine Reihe von Fragen – nicht aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, sondern das waren Fragen, die in der Öffentlichkeit eine gewisse Rolle gespielt haben –, die ich nicht verstanden habe. Beispielsweise ist in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden, das Innenministerium hätte einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem es um Terrorismusbekämpfung geht, und so irgendwie im Nachhinein sei dann auch noch die Bekämpfung anderer schwerer Kriminalität hineingeschmuggelt worden. Da kann ich nur sagen: Wer des Lesens mächtig ist

(Der Redner holt seine Brille von der Regierungsbank. – Vereinzelt Heiterkeit)

und eine Brille findet,

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Ein bisschen eitel! – Weitere Zurufe)

hat Vorteile im Leben. – Ich bitte um Entschuldigung.

(Minister Thomas Strobl)

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gucken Sie erst mal, ob das der richtige Zettel ist!)

In der ursprünglichen Fassung unseres Gesetzentwurfs Drucksache 16/2741 heißt es im allgemeinen Teil der Begründung:

Wirksame Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung

– und Kriminalitätsbekämpfung –

muss deshalb, soweit dies verfassungsrechtlich möglich ist, bereits im Vorfeld konkreter Straftaten ansetzen.

2. Extremisten und Terroristen sind zur Vorbereitung und Durchführung von Straftaten auf eine hohe Mobilität und moderne Kommunikationsmittel angewiesen. Gerade dort müssen präventiv-polizeiliche Maßnahmen ansetzen. Daher ist dringend eine Befugnis der Polizei zur präventiv-polizeilichen Telekommunikationsüberwachung erforderlich, um für besondere polizeiliche Lagen, insbesondere auch bei Bedrohungsszenarien durch den islamistischen Terrorismus, die zeitliche, räumliche und täterbezogene Gefährdungsdimension vor Eintritt des Schadens zu verifizieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben es schon gelesen!)

„Insbesondere“ steht da. Damit ist völlig klar, dass wir ein Gesetz nicht nur zur Terrorbekämpfung, sondern zur Bekämpfung schwerer und schwerster Straftaten gemacht haben. Ich weiß gar nicht, wie oft ich selbst davon gesprochen habe, dass es genau darum geht, schwere und schwerste Straftaten zu bekämpfen. Selbstverständlich ist der Terrorismus die größte Herausforderung, aber er ist eben nicht die einzige Herausforderung, vor der unsere Sicherheitsbehörden stehen. Beispielsweise die organisierte Kriminalität, beispielsweise politisch-extremistische Kriminalität sind ebenfalls Herausforderungen, die nach wie vor bleiben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das würde ich auch nicht machen!)

Der Terror ist das, was die Menschen am meisten beschäftigt, und deswegen ist es entscheidend, dass wir darauf eine Antwort geben. Die Bekämpfung von Kriminellen, von Schwerkriminellen, die mit Terroristen auf einer ähnlichen Stufe stehen, ist aber ebenso angesagt. Deshalb liegen wir richtig, wenn wir mit diesem Gesetz auch schwere und schwerste Straftaten in den Fokus nehmen.

Es macht im Übrigen, meine Damen und Herren, in seinen verheerenden Auswirkungen doch keinen Unterschied, ob beispielsweise ein Sprengstoffanschlag auf Menschen aus einer islamistischen, aus einer rechtsextremen oder aus einer links-extremen Motivation heraus begangen wird. Oder nehmen Sie eine geplante Massengeiselnahme, bei der stündlich eine Geisel erschossen werden soll. Da ist es im Grunde genommen

doch völlig egal, ob das einen terroristischen, einen islamistischen, einen rechtsextremen oder einen links-extremen oder einen pekuniären Hintergrund hat, um beispielsweise Geld zu erpressen. Denen, die als Geisel genommen werden, ist die Motivation jedenfalls ziemlich egal.

Es kommt ein Zweites hinzu, meine Damen und Herren. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden unseren Sicherheitsbehörden die Aufgabe geben, in einer solchen Situation, in der Situation einer Massengeiselnahme, zunächst einmal zu ergründen, ob das jetzt Terroristen oder „ganz normale“ Schwerkriminelle sind. Oder stellen Sie sich vor, unsere Sicherheitsbehörden machen eine TKÜ, bekommen so etwas mit und stellen dann fest, dass das eigentlich keine Terroristen, sondern einfach habgierige Menschen sind, die Geld erpressen wollen, und müssen dann diese Überwachungsmaßnahme einstellen und sich von der Observation – jedenfalls im Rahmen der TKÜ – verabschieden.

All das macht keinen Sinn, und deswegen habe ich gesagt: In der Substanz werden wir an diesem Gesetz keine Änderungen vornehmen. Wir werden das Gesetz, was seinen Anwendungsbereich betrifft, nicht einengen. Die neuen Instrumente aus dem Polizeigesetz gelten nicht für Kleinkriminelle. Wir machen das nicht aus Neugier unserer Sicherheitsorgane, schon gar nicht zum Anfüllen von Datenbanken. Das liegt nicht in unserem Interesse.

Die Regierungskoalition gibt den Sicherheitsbehörden, der Polizei und dem Verfassungsschutz die Instrumente an die Hand, damit sie auf der Höhe der Zeit sind, damit sie insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung gegenüber den Herausforderungen des Terrors, gegenüber den Herausforderungen von schwerer und schwerster Kriminalität auf Ballhöhe sind. Ich bin den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dankbar, verehrter Kollege Sckerl, verehrter Kollege Filius, verehrter Kollege Blenke, Kollege Lorek und Kollege Dr. Lasotta, dass wir ein gutes Gesetz noch besser machen können, ohne dass an der Substanz dieses Gesetzes etwas geändert worden ist. Wenn wir es durch die Änderungen dem einen oder der anderen insgesamt etwas einfacher gemacht haben, zuzustimmen, dann ist das auch ganz in Ordnung.

Ich will mich auch beim Koalitionspartner herzlich dafür bedanken. Ich weiß – mal ganz offen gesprochen –, das ist teilweise schon eine harte Kost gewesen. Aber ich weiß es zu schätzen, dass wir uns in dieser Koalition zusammenfinden. Diese Koalition kann stolz darauf sein, dass wir bei einem so schwierigen Thema Handlungsfähigkeit beweisen und es gemeinsam schaffen, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land optimal vor schwerer Kriminalität zu schützen. Vielen Dank für das konstruktive Mitwirken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen: Ende gut, alles gut. Unsere Gesetzesvorhaben sind ein entscheidender Schritt gegen Terror und schwerste Kriminalität. Das ist eine Sicherheitsgesetzgebung, die sich im bundesweiten Vergleich wirklich sehen lassen kann. Deswegen ist es ein guter Tag für die innere Sicherheit in unserem Land. Wir schützen die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg noch besser vor Terror und schwerster Kriminalität.

Ich danke allen, die heute diesem Gesetz zustimmen.

(Minister Thomas Strobl)

Lieber Herr Kollege Binder, ohne die SPD hätten wir es wirklich nicht geschafft, diese Sicherheitsgesetze zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt!)

Ohne Sie hätten wir es auch nicht geschafft, die Bodycam einzuführen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt auch!)

Ich freue mich jetzt sehr darüber, dass wir, nachdem der Gesetzentwurf ja anfänglich „furchtbar“ und „furchtbar verfassungswidrig“ war,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

mit ein paar wenigen Federstrichen, die Sie uns vorgeschlagen haben,

(Abg. Sascha Binder SPD: Na, na, na! Ich glaube, die Grünen sehen darin auch nicht nur ein paar wenige Federstriche!)

aus einem für Sie grob verfassungswidrigen Gesetzentwurf jetzt einen für Sie zustimmungsfähigen Gesetzentwurf gemacht haben.

Jedenfalls: Allen, die zustimmen, meine Damen und Herren, und allen, die sich konstruktiv eingebracht haben, danke ich auch im Namen unserer Sicherheitsbehörden, unserer Polizistinnen und Polizisten. Sie werden dieses Gesetz, diese Sicherheitsgesetzgebung auch als eine Unterstützung ihrer wertvollen Arbeit verstehen. Es ist eine Gesetzgebung, die dafür sorgt, dass Baden-Württemberg das sicherste Land der Republik bleibt, dass die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sich sicher fühlen können, dass sie das Gefühl haben, im sichersten Land der Republik zu leben.

Es ist ein guter Tag für Baden-Württemberg

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie oft noch?)

und ein guter Tag für den Landtag von Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über die beiden Gesetzentwürfe. – Das dauert jetzt ein bisschen. Deswegen hätte ich die Bitte, dass wir uns jetzt konzentrieren.

Wir beginnen unter Tagesordnungspunkt 2 Buchstabe a mit dem Gesetzentwurf Drucksache 16/2740 – Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/2921. Die beiden Ausschüsse empfehlen Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Hierzu liegen der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2996-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, vor. Diese Anträge werde ich an den entsprechenden Stellen des Gesetzentwurfs zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes

mit den Nummern 1 bis 9.

Zunächst rufe ich Nummer 1, betreffend § 3, zur Abstimmung auf. – Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2, betreffend § 5 a, zur Abstimmung auf. Wer Nummer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Einstimmig!)

nein, Entschuldigung –, einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

(Zuruf: Zwei!)

– Zwei Enthaltungen. Machen wir es ganz korrekt.

Ich rufe Nummer 3, betreffend § 5 c, zur Abstimmung auf. Hierzu liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, vor, die klarstellen will, dass die Onlinedurchsuchung verboten ist.

Wer stimmt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 3 ist damit einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

(Zurufe: Nein! – Das waren Gegenstimmen!)

– Nummer 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4, betreffend § 9, zur Abstimmung auf. Wer Nummer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Zurufe: Eine! – Zwei!)

Nummer 4 ist damit einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5, betreffend § 10, zur Abstimmung auf. Hierzu liegen der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2996-1, und Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, vor.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zunächst stelle ich Ziffer 1 mit den Buchstaben a und b des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2996-1, zur Abstimmung. Buchstabe a betrifft Änderungen von § 10 Absatz 1 und fordert, die zulässige Datenübermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz gegenüber dem Gesetzentwurf etwas einzuschränken. Wer stimmt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist damit einstimmig zugestimmt.

Nun lasse ich über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, abstimmen. Buchstabe b betrifft § 10 Absatz 3 und fordert, die Datenübermittlung zum Zwecke der Strafverfolgung auf bestimmte in der Strafprozessordnung aufgezählte Straftaten zu beschränken. Wer stimmt Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2996-1, die sich ebenfalls auf Buchstabe b, betreffend § 10 Absatz 3, bezieht. Wer Ziffer 2 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 des Änderungsantrags ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nummer 5. Wer Nummer 5 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6, betreffend § 13, zur Abstimmung auf. Wer Nummer 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7, betreffend § 15, zur Abstimmung auf. Wer Nummer 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8, betreffend § 15 c, zur Abstimmung auf. Wer Nummer 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 8 ist einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Nummer 9. Sie betrifft die Inhaltsübersicht. Wer Nummer 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz

mit den Nummern 1 und 2. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Einschränkung von Grundrechten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist einstimmig bei mehreren Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe die Ziffern 3 und 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2996-2, auf. In Ziffer 3 dieses Änderungsantrags wird die Einfügung eines neuen Artikels 4 – Evaluation – gefordert, und in Ziffer 4 werden die notwendigen Folgeänderungen begehrt. Wer stimmt den Ziffern 3 und 4 dieses Änderungsantrags zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffern 3 und 4 dieses Änderungsantrags sind damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Neubekanntmachung

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Inkrafttreten

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. November 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 Buchstabe a erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2 Buchstabe b, dem Gesetzentwurf Drucksache 16/2741, also dem Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wir treten in die **A b s t i m m u n g** ein. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des mitberatenden Ständigen Ausschusses und des federführenden Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/2915. Die beiden Ausschüsse empfehlen Ihnen, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2741 in zwei Gesetze aufzuteilen und diesen Gesetzen in der jeweils vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Ich rufe zunächst Abschnitt A der Beschlussempfehlung auf: Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes. Hierzu wurde der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2997-1, eingebracht. Außerdem liegt zu diesem Änderungsantrag der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, vor. Diese Änderungsanträge werde ich an den entsprechenden Stellen des Gesetzentwurfs zur Abstimmung bringen.

Bitte beachten Sie, dass wir durch die Aufteilung des ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurfs in zwei Gesetze die Abstimmung entlang der Beschlussempfehlung vornehmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Polizeigesetzes

mit den Nummern 1 bis 9. Es ist eine nummernweise Abstimmung beantragt.

Ich rufe Nummer 1 auf; sie betrifft § 9 a. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 1 ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 auf; sie betrifft § 20. Wer Nummer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 2 ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3 auf; sie betrifft § 21. Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 3 ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Danach soll § 23 b – Überwachung der Telekommunikation – eingefügt werden. Hierzu liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2997-1, vor. Zu diesem Änderungsantrag wurde Ziffer 1 Buchstabe a und b des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, gestellt.

Ich stelle zunächst Ziffer 1 Buchstabe a des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2997-1, zur Abstimmung, der § 23 b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 betrifft. Wer stimmt Ziffer 1 Buchstabe a des Änderungsantrags der Regierungsfractionen zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 1 Buchstabe a dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich zugestimmt.

Nun lasse ich über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, zu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen abstimmen, die die

Einfügung eines neuen Buchstabens b und die notwendige Folgeänderung fordert. Wer stimmt Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Ich schlage Ihnen nun vor, dass ich die Buchstaben b bis e von Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2997-1, nun gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer stimmt den Buchstaben b bis e von Ziffer 1 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Buchstaben b bis e von Ziffer 1 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun komme ich zur Abstimmung über Nummer 4 mit den soeben beschlossenen Änderungen. Die Fraktion der AfD hat beantragt, über die 14 Absätze des § 23 b getrennt abzustimmen. Deswegen rufe ich zunächst Absatz 1 auf. Wer stimmt für diesen Absatz? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Absatz 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 2 auf. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 3 auf. Wer ist dafür? – Immer dafür? –

(Heiterkeit)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 4 auf. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 5 auf. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 6 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 7 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 8 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 9 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 10 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 11 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 12 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Absatz 13 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 13 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe Absatz 14 auf. Zustimmung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Absatz 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Nummer 4 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf, betreffend die neuen §§ 27 b und 27 c. Wer stimmt Nummer 5 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Nummer 5 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6 auf, betreffend den neuen § 54 a – Gebrauch von Explosivmitteln. Wer Nummer 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7 auf, betreffend § 84. Wer Nummer 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 7 ist bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8 auf, betreffend die neuen §§ 84 b und 85. Wer Nummer 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9 auf. Sie betrifft die Inhaltsübersicht. Wer Nummer 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 9 ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Einschränkung von Grundrechten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über weitere Ziffern der bereits genannten Änderungsanträge. Die Ziffern 2 und 3 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2997-1, fordern die Einfügung eines neuen Artikels 3 – Evaluation – und die notwendigen Folgeänderungen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, zu diesem Änderungsantrag begehrt in Ziffer 2 eine Änderung des Evaluationszeitraums, nämlich eine Evaluation zwei Jahre nach Inkrafttreten statt fünf Jahre nach Inkrafttreten.

Ich lasse zunächst über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, abstimmen. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2997-3, ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über die Ziffern 2 und 3 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen, Drucksache 16/2997-1. Wer stimmt den Ziffern 2 und 3 dieses Änderungsantrags zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Ziffern 2 und 3 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen, Drucksache 16/2997-1, ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den neuen

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. November 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über Abschnitt B der Beschlussempfehlung: Gesetz zur Abwehr alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Sicherheit. Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/2997-2, vor, den ich nach der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen werde.

Bitte beachten Sie auch bei diesem Gesetzentwurf, dass wir die Abstimmung entlang der Beschlussempfehlung vornehmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Polizeigesetzes

mit den Nummern 1 bis 3.

Bevor wir in die Abstimmung über Artikel 1 eintreten, gebe ich noch folgenden Hinweis: Da wir heute bereits einer Änderung des Polizeigesetzes zugestimmt haben, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, das Ausfertigungsdatum und die Fundstellenangabe der letzten Änderung im Einleitungssatz von Artikel 1 einzufügen. – Sie stimmen dem zu.

Wir kommen zu Nummer 1. Sie betrifft die Einfügung eines neuen § 10 a. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 2. Sie betrifft § 13. Wer Nummer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 3. Sie betrifft § 14. Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstim-

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

men? – Enthaltungen? – Nummer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg

mit den Nummern 1 bis 4.

Wir kommen zu Nummer 1. Sie betrifft die Aufhebung von § 3 a. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 2. Sie betrifft § 11. Wer Nummer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 3. Sie betrifft § 15. Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Sie betrifft § 16. Wer Nummer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 4 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. November 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Abwehr alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Sicherheit“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/2997-2, der in den Abschnitten I und II verschiedene Ersuchen an die Landesregierung enthält. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Entschließungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist auch Punkt 2 Buchstabe b der Tagesordnung erledigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Bravo-Rufe von der CDU)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. November 2017 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Einundzwanzigsten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 16/2953, 16/2993

Berichterstatter: Abg. Raimund Haser

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Salomon.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE begibt sich zum Redepult.)

Kollege, Sie sind dran!

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja, gern!)

Wir sind zeitlich in Verzug.

(Heiterkeit)

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Präsident, das hole ich wieder auf. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist nicht der erste Rundfunkänderungsstaatsvertrag, über den wir hier im Haus reden. Es wird auch nicht der letzte sein; das kann ich Ihnen schon einmal als kleinen Ausblick geben. Ich habe in den letzten sechs Jahren bereits diverse Rundfunkstaatsverträge miterlebt, über deren Änderung wir hier debattiert haben.

(Unruhe)

Wichtig ist, dass die Rundfunkkompetenz weiterhin bei den Ländern liegt – aus guten Gründen. Deswegen ist es auch Aufgabe der Länder, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fortwährend weiterzuentwickeln. Anstehende Themen gibt es ja genug. Ich erwähne nur das Stichwort „Telemedien“. Darüber wird aber an gegebener Stelle und zu gegebener Zeit weiter zu sprechen sein.

Wichtig ist mir an dieser Stelle noch, Folgendes zu erwähnen – da es ja immer wieder auch Kräfte gibt, die die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angreifen oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an sich angreifen; ich glaube, wir hatten dieses Thema gerade –: Es wäre wichtig, wenn Medien untereinander – da wende ich mich vor allem an die Ver-

(Alexander Salomon)

legerinnen und Verleger hier im Land – nicht den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angreifen. Denn meines Erachtens gibt es eine wirklich gute Zusammenarbeit in diesem Bereich. Ich darf nur an die Paradise Papers erinnern, die in Kooperation zwischen der „Süddeutschen Zeitung“, dem NDR und dem WDR aufgedeckt worden sind. Da gibt es eine Kooperation. Das ist der Kern, auf den wir abzielen: kein Gegeneinander der Medien. Das ist für uns, die Fraktion GRÜNE, sehr wichtig.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Raimund Haser CDU und Sascha Binder SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

– Sie wissen doch, ich habe keine Zeit; deswegen beeile ich mich jetzt auch.

(Abg. Sascha Binder SPD: Zweieinhalb Minuten!)

– Ja, genau. Danke, Herr Binder. – Es ist ein Arbeitsstaatsvertrag; deswegen wird es bald weitergehen. Es geht in diesem Fall um wettbewerbsrechtliche Fragen, kartellrechtliche Fragen, auch um die EU-Datenschutz-Grundverordnung, die dort umgesetzt worden ist. Ich sage auch noch einmal einen Dank an den Kollegen Jan Philipp Albrecht, der das im EU-Parlament durchgebracht hat, sodass wir überhaupt heute darüber reden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

– Man darf ruhig für den Kollegen klatschen.

Zwischen Datenschutz einerseits und der Presse- und Medienfreiheit andererseits – auch das Medienprivileg wurde aufrechterhalten – gibt es ein gewisses Spannungsfeld. Dieses wurde in dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus unserer Sicht gut abgehandelt. Das war gar nicht trivial, weil es mit den Verlegern in der Umsetzung doch ein paar Fragen gab. Aber dieser Spagat gelingt aus unserer Sicht. Die Meinungsfreiheit bleibt im Grundsatz unberührt; das betrifft vor allem den Quellen- und Informantenschutz, aber auch die im journalistischen Betrieb nicht umsetzbaren Auskunftsrechte der Betroffenen.

Insgesamt ist es ein Arbeitsstaatsvertrag, kein unwichtiger, sondern einer, den wir sehr begrüßen. Aber natürlich müssen wir auch in die Zukunft schauen. Wir hoffen, dass in der Zukunft irgendwann einmal die Frage der Telemedien hinreichend gelöst wird und wir das nicht die ganze Zeit weiter mit uns herumtragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Raimund Haser CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrter Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir uns lange genug mit innerer Sicherheit und Haushalt beschäftigt, da bleiben, glaube ich, Kollege Salomon, für die Medienpolitik auch noch fünf Minuten Zeit. Deswegen werde ich auch versuchen, zwischendrin Luft zu holen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Das Interessante an dem aktuellen, Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist, dass er aus einem sichtbaren und einem unsichtbaren Teil besteht. Das eine ist das, was tatsächlich verhandelt wurde und im Vertrag drin ist, aber das andere ist das – wie immer ist es das Spannendere –, was letztlich nicht mehr Inhalt dessen ist.

Wir sind froh, dass wir die EU-Datenschutzrichtlinie mit diesem Gesetz umgesetzt haben. Wir werden dieser Datenschutzrichtlinie in diesem Haus noch sehr oft begegnen, weil ziemlich viele Gesetze dem widersprechen, was dort geregelt ist. Aber echte journalistische Arbeit ist schlicht und einfach unmöglich, wenn man die Datenschutzrichtlinie so umsetzen würde, wie sie dort ist. Wir haben ein Medienprivileg eingesetzt. Das bedeutet, dass man nach wie vor die privaten Daten schützen kann, wenn dies von Interesse ist.

Das Zweite ist die Betrauungsnorm. Betrauungsnorm heißt: Wir wollen, dass die Öffentlich-Rechtlichen sich weiterentwickeln und effektiver werden, auch Kostenpotenziale heben. Das geht nur, wenn sie zusammenarbeiten, das heißt, wenn sie sich Busse teilen, wenn sie sich Studios teilen, wenn sie vielleicht auch einmal nur ein Kamerateam zu einem Sportereignis schicken und nicht immer zwei oder sogar drei. Es wäre ziemlich unsinnig, das dann auf der anderen Seite zu verbieten. Deswegen dürfen sie sich in Zukunft auch hier zusammenschließen.

Das Unsichtbare an dem Gesetz ist das, was Kollege Salomon schon angesprochen hat, nämlich dass es wieder einmal nicht gelungen ist, über den Telemedienauftrag zu reden – das heißt, darüber zu reden war möglich, aber nicht, sich darüber zu einigen. Hier bin ich sehr dankbar, dass die Landesregierung einen sehr rigiden Kurs fährt und unsere Ideale, die wir seit Jahrzehnten in der Medienpolitik in Baden-Württemberg fahren, nicht einfach über den Haufen wirft.

Bei dieser Frage geht es um mehr als um Journalismus und Medienvielfalt; es geht auch um das Überleben einer Branche, die im digitalen Wandel begriffen ist. Ja, der Staat darf nicht mit öffentlichen Geldern in einen Markt eingreifen. Das ist richtig. Dazu stehen wir auch. Aber eines ist klar: Irgendwann müssen die Verlage, müssen die Privaten auch zeigen, dass die Versuche zur Monetarisierung ihrer Inhalte erfolgreich sind.

Da gibt es Beispiele. So ist es der „New York Times“ mittlerweile gelungen, 70 % ihrer Erträge tatsächlich von den Abonnenten zu erhalten – eine Umsatzsteigerung zwischen Januar und September 2017 von plus 7 %. Das heißt, sie haben den Werbeanteil zurückgedreht und bekommen das Geld tatsächlich von denen, die ihre Inhalte suchen. Es gibt also Möglichkeiten, in der Digitalisierung nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich voranzukommen.

Aber wir, die Politik und die Bürger, wollen ein funktionierendes duales System. Wir wollen einen gesunden Konkurrenzkampf um die besten Geschichten, um die besten Recherchen und Journalisten. Um dies zu gewährleisten, werden noch viele Rundfunkänderungsstaatsverträge folgen, ja, folgen müssen.

(Raimund Haser)

Ohne Öffentlich-Rechtliche haben wir weniger Qualität, aber ohne die Privaten haben wir weniger Meinungsvielfalt, und wir wollen beides.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Wir, die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, lehnen den Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ab. Denn auch die dortigen Änderungen erfassen keineswegs das Grundproblem, dass der sogenannte öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland nichts anderes ist als ein aufgeblähtes Monstrum, das mit über 20 Fernsehsendern und fast 70 Rundfunksendern den ursprünglichen Auftrag der Grundversorgung der deutschen Bevölkerung ad absurdum führt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber Sie lesen doch die Schweizer Zeitung!)

Die öffentlichen Sender sind in Anlehnung an den Staatsvertrag verpflichtet – ich zitiere –,

im Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot zu sichern.

(Abg. Sascha Binder SPD: Machen sie doch! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wo liegt das Problem? – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Man muss es bezahlen!)

Ob hierzu das angebotene Programm aus niveaubeschränkten Serien, Provinzkrimis, albernen Quizsendungen und Verbrauchermagazinen zählt,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was haben Sie zuletzt gesehen?)

kann jedoch bezweifelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Ob es richtig ist, allein für den Einkauf von Sportrechten jährlich über 600 Millionen € öffentlich-rechtlich auszugeben, dazu mag sich jeder selbst eine Meinung bilden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Haben Sie mal öffentlich-rechtlich gesehen?)

Ob solche Ausgaben jedoch zum staatsvertraglich formulierten Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie gehören, das kann zweifelsfrei und eindeutig verneint werden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was haben Sie denn zuletzt gesehen?)

Es gibt über 20 Fernsehsender und fast 70 Rundfunksender, finanziert durch jährlich über 8 Milliarden € an Zwangsbeiträgen –

Zwangsbeiträge, die bislang legal, jedoch seit 2013 keineswegs mehr legitim vom deutschen Gewerbetreibenden und Wohnungsbesitzer abgepresst werden.

Wir, die AfD, sind die einzige Partei in Deutschland, die gegen dieses System kämpft. Wir haben nicht die Angst der Altparteien vor negativer Berichterstattung, und wir haben nicht die Angst der hier bislang herrschenden Parteien vor unverblühten, ehrlichen Reportagen über so manche Zustände in unserem Land,

(Beifall bei der AfD)

Zustände, die die Unverantwortlichkeit

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

und das bisherige völlige Versagen der Altparteien klar aufzeigen. Während beispielsweise das ORF bereits im Herbst 2015 Heerscharen aggressiv hierher strömender junger Männer zeigte, zeigten ARD und ZDF nur mitleiderregende Migrantenmütter mit Kind.

(Oh-Rufe – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Das stimmt doch nicht!)

Und erst nachdem die Presse oder die Privatsender die Zustände in den No-go-Areas von meist SPD-regierten Großstädten zeigten oder z. B. über die Polizeiausbildung im rot-rot-grünen Berlin berichteten, griff der öffentlich-rechtliche Staatsfunk widerstrebend und oft verharmlosend solche Themen auf.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Pfui! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber Sie schauen es doch gar nicht! Sie können es doch gar nicht wissen!)

Kann diese offenkundig widerstrebende, beschönigende und gefilterte Lückeninformation unseres Staatsfunks nicht aber auch daran liegen, dass beispielsweise von den insgesamt zwölf Mitgliedern des ZDF-Verwaltungsrats mindestens zwei kirchennah, drei Gewerkschaftler, drei in der SPD und zwei in der CDU/CSU sind?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Aha! Hört, hört!)

Es sind insgesamt zwölf. Somit ist ja wohl alles klar. Nicht nur die Verfilzung der Legislative und der Exekutive mit dem Staatsfunk ist bedenklich, auch alle Gerichtsurteile winkten dieses illegitime System

(Abg. Reinhold Gall SPD: Für Sie vielleicht!)

bislang stur und blind durch.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfl SPD – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Sie sind nur noch im Parlament wegen der öffentlich-rechtlichen Sender!)

Doch Hoffnung macht derzeit das erste Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig vom 27. September, welches eine Rundfunkbeitragspflicht für Hotel- und Gästezimmer sowie Ferienwohnungen nur bei bereitgestellter Empfangsmöglichkeit als verfassungsgemäß ansieht. Erstmals seit

(Dr. Heiner Merz)

2013 wurde somit eine Zahlungspflicht wieder mit der Nutzung verbunden.

(Zuruf: Oje!)

Noch größere Hoffnung machen die Zweifel des Landgerichts Tübingen an der Europarechtskonformität des deutschen Rundfunkzwangsbeitrags.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie Hoffnung auf Europa?)

Vom Landgericht Tübingen wurde daher Anfang August dem EuGH ein Fragenkatalog hierzu vorgelegt. Lassen Sie uns hoffen, dass dann endlich einmal etwas Vernünftiges und Positives aus der EU für Deutschland kommt.

(Beifall bei der AfD)

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Im Hinblick auf dieses Zitat von Papst Leo XIII. aus dem 19. Jahrhundert sei noch gesagt, dass derzeit ca. 3 800 Klagen gegen den Rundfunkzwangsbeitrag vor deutschen Gerichten anhängig sind. 2015 existierten über 500 Millionen € an ausstehenden Forderungen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die Leute zahlen einfach nicht. Deshalb wurden 2016 von der umbenannten GEZ 21,1 Millionen Mahnbescheide ausgestellt, und es gingen 1,46 Millionen Vollstreckungen an die Gerichtsvollzieher. – Im Mai war meine. Denn ich zahle selbst nicht – seit 2013. Und ich werde auch weiterhin nicht zahlen.

(Beifall bei der AfD)

Denjenigen Bürgern, die eine ebensolche Haltung haben, denen spreche ich Mut und Durchhaltevermögen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Je mehr wir werden, umso schneller knickt dieses legale Unrechtssystem des zwangsbeitragsfinanzierten Staatsfunks hoffentlich ein.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Binder.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer an der Anzahl der Klagen festmachen will, ob der Rundfunkbeitrag verfassungsmäßig ist oder nicht,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein, ob er was taugt oder nicht!)

der tut sich schon deshalb schwer, weil, wenn man die 3 500 Klagen in Bezug setzt zu den 80 Millionen Einwohnern in Deutschland,

(Zuruf von der AfD: Wohnungen müssen zahlen, nicht Einwohner!)

dieses Verhältnis deutlich besser ist als bei einer Klage beim Verfassungsgerichtshof gegen 21 Mitglieder der AfD-Fraktion, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Raimund Haser CDU)

Deshalb ist am Ende immer erst bei Gericht entscheidend, was hinten qualitativ herauskommt, und nicht, wie viele Klagen es gibt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Fiechtner kann ja mal über die Zensur in der AfD berichten! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Zuhören, Herr Kollege!)

Ich denke, das wird Ihnen auch bekannt sein.

Wir haben in diesem Änderungsstaatsvertrag – die Kollegen haben darauf hingewiesen – aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung Änderungen vollziehen müssen, denen wir auch zustimmen. Ich denke – da gebe ich den Kollegen Salomon und Haser recht –, dass wir endlich einmal über das sprechen müssen, was nicht in diesem Änderungsstaatsvertrag steht, aber im Umfeld der letzten Ministerpräsidentenkonferenz und im Umfeld der Verlegerkonferenz hier in Stuttgart eine große Rolle gespielt hat.

Kollege Salomon, ich hätte mir gewünscht, dass der Ministerpräsident auf der Tagung der Verleger, bei denen der Vorsitzende der Verleger im gleichen Jargon vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesprochen hat, wie es die AfD-Fraktion tut, dies, als er dort gesprochen hat, ähnlich deutlich zurückgewiesen hätte, wie Sie es heute hier im Parlament getan haben. Das hat er nämlich nicht getan, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Er hat da eben seine Position nicht deutlich gemacht. Er hat diese Wortwahl – genauso wenig wie der frühere Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Günther Oettinger – eben nicht zurückgewiesen. Das erwarte ich schon. Unabhängig von der Frage, wie wir es ausgestalten, hätte ich von beiden erwartet, klar Stellung zu beziehen und diese Wortwahl zurückzuweisen, Kolleginnen und Kollegen.

Ich glaube, es ist nicht arg schwierig, jetzt da zu einem Ergebnis zu kommen. Deshalb hoffe ich, dass die 16 Ministerpräsidenten am Ende – vielleicht am 1. Februar – zu diesem Ergebnis kommen. Ansonsten sollten sie aufhören, darüber zu reden. Die ganze Zeit nur darüber zu reden, aber zu keinem Ergebnis zu kommen, bringt uns in der ganzen Debatte nicht weiter. Denn auf Arbeitsebene funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Insofern sollten sich die Ministerpräsidenten da ein Beispiel nehmen, wie es in der Praxis funktioniert. Dann können wir das auch endlich hier im Parlament im Zusammenhang mit einem Staatsvertrag diskutieren. Die nächsten Staatsverträge werden sicher hier zur Beratung vorliegen.

(Sascha Binder)

Aber ich hoffe, dass wir dann endlich über die entscheidenden Dinge reden und nicht nur über das, was ohnehin klar ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Änderung des Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags beinhaltet zwei Teile. Das ist zum einen ein relativ unproblematischer Datenschutzteil – gerade vor dem Hintergrund der Datenschutz-Grundverordnung eine notwendige Änderung, die an sich keinen Bedenken begegnet.

Anders hingegen ist es aus unserer Sicht bei der bereits angesprochenen Betrauungsnorm, die schließlich eingeführt wurde, um Kooperationen von Rundfunkanstalten künftig mehr Rechtssicherheit im Hinblick auf das europäische Wettbewerbsrecht zu geben.

Zahlreiche erhebliche Bedenken, vor allem von der Internetwirtschaft, der Film- und Produzentenwirtschaft, vom privaten Rundfunk und von den Kabelnetzbetreibern, wurden hierzu vorgebracht, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, überhaupt eine solche Norm einzubringen, da Kooperationen im Auftragsbereich bereits jetzt zulässig sind und das Erreichen von Einsparzielen eben kein legitimes Ziel einer Betrauung im Sinne des europäischen Rechts ist. Infolgedessen befürchten insbesondere die Privaten einen nicht zu rechtfertigenden Vorteil, der zulasten beteiligter Dritter geht.

In der Tat: Wenn man sich die Bedenken anschaut, sind diese nicht von der Hand zu weisen. Denn ungeachtet dessen, dass die medienpolitische und realrechtliche Notwendigkeit nicht zu erkennen ist, genügt der vorliegende Entwurf auch inhaltlich nicht den Anforderungen, die an die an sich restriktiv zu handhabenden Ausnahmen der Betrauung im Sinne des europäischen Kartellrechts zu stellen sind.

Dies wird gerade mit Blick auf die Position der privaten Sendunternehmen gegenüber dem öffentlichen Rundfunk innerhalb des dualen Rundfunksystems deutlich. Denken Sie beispielsweise an die territoriale Verwertung von Rechten, deren Finanzierung bei den privaten Anbietern zwangsläufig ein erhebliches Problem darstellt, während hingegen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der natürlich beitragsfinanziert ist, dies so nicht der Fall ist.

In Summe, meine Damen und Herren, können wir diesem Gesetzesvorhaben nicht zustimmen. Denn auch durch die Klarstellung der Klarstellung – um nichts anderes handelt es sich bei der Darstellung in der Stellungnahme der Regierung – wird die Auslegung im Zweifel nicht leichter, sondern noch erschwert, und in der Regel wird man davon ausgehen müssen, dass dies zulasten der privaten Anbieter geht. Dies kann und dies sollte im Sinne einer pluralistischen Medienlandschaft nicht in unserem Sinne sein. Deswegen lehnen wir das Vorhaben ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Murawski.

Staatsminister Klaus-Peter Murawski: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf Ihnen die Haltung der Landesregierung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags kurz erläutern. Dabei möchte ich allerdings auf die Beiträge, die schon aus dem Hohen Haus gekommen sind, insoweit verweisen, als ich Sie jetzt nicht erneut informiere, dass die Europäische Datenschutz-Grundverordnung Anlass für die Beratungen war.

Ich denke, dass in der Debatte schon klargestellt worden ist, worum es geht, nämlich dass das Medienprivileg hier zu berücksichtigen war, das in Deutschland beim Datenschutz existiert und das es beispielsweise nicht notwendig macht, bei jemandem, über den berichtet wird, eine Genehmigung darüber einzuholen, ob er datenschutzrechtlich einverstanden ist, dass über ihn berichtet wird.

Ich glaube, daran ist auch in der Debatte keine Kritik aufkommen. Ich will mich deswegen den Punkten zuwenden, die kritisch erwähnt worden sind.

Erstens: Herr Abg. Binder, der Ministerpräsident hat bei der von Ihnen zitierten Tagung sehr wohl dem Präsidenten des Verlegerverbands, Döpfner, widersprochen und klargestellt, dass die Formulierung „Staatsfunk“ von ihm missbilligt wird

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt doch! Vollkommen richtig!)

als ein in dieser sachlichen Debatte ungerechtfertigter Kampfbegriff. Insofern glaube ich, dass hier einfach eine gewisse Information notwendig war. Also das, was Sie eingefordert haben, hat der Herr Ministerpräsident bereits erfüllt.

Zweitens: die Frage der Betrauungsnorm. Natürlich kann man sich darüber unterhalten – das ist letztlich dann auch fast etwas für Connaisseurs –, wo die Grenze zwischen der Wahrnehmung einer Betrauung und einer Ausnahmestellung vom Wettbewerbsrecht in der Auseinandersetzung zwischen eigenem Aufgabenbereich der Sender und Wettbewerbsbereich verläuft. Die Abgrenzung zwischen eigenem Aufgabenbereich und Wettbewerbsbereich kann man nicht in jedem Fall in einem solchen Vertrag regeln. Man kann nur eine generelle Regelung finden, die jedenfalls meist zutreffend gehandhabt werden kann.

Die Betrauungsnorm und die Voraussetzung dafür, dass die Sender bestimmte Back-off-Leistungen selbst organisieren können und wirtschaftlicher werden können, entspricht der Aufforderung der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder, in dem nicht programmnahen Bereich und im journalistischen Bereich wirtschaftlicher zu werden und Effizienzreserven zu heben, die bei den Sendern ohne Zweifel vorhanden sind. Daraufhin hat die Sprecherin der ARD, Frau Intendantin Wille, ein Papier vorgelegt, in dem sie solche Wirtschaftlichkeitsreserven benannt und auch zahlenmäßig ausgedrückt hat.

Die Intendanten haben der Rundfunkkommission der Länder inzwischen einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt, wie sie das umzusetzen gedenken. Dieser Vorschlag bleibt in Bezug auf die Finanzierungslücke, die die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, KEF,

(Minister Klaus-Peter Murawski)

2021/2022 mit über 2 Milliarden € errechnet hat, hinter der notwendigen Finanzierung zurück.

Deswegen bitte ich Sie, zu sehen, dass, wenn wir den Sendern nicht ermöglichen, in den Bereichen IT, Personalverwaltung, Kassenführung und ähnlichen Backoffice-Bereichen durch Zusammenarbeit zu größerer Wirtschaftlichkeit zu kommen, dies zulasten der Beitragszahler gehen würde. Wir haben heute schon eine Lücke, die sich nach den Berechnungen der Rundfunkkommission der Länder in einer Beitragserhöhung von 1,20 € widerspiegeln dürfte.

Daher glaube ich, dass die Betrauungsnorm und die Möglichkeit, in diesen ja auch nicht wirklich konkurrierenden Bereichen durch Zusammenarbeit der Sender Reserven zu heben, im Interesse der Kundinnen und Kunden der Sender sind. Das hält die Beitragshöhe niedriger, als sie wäre, wenn man so nicht vorgehen könnte.

Ich möchte zum Schluss noch etwas Grundsätzliches sagen, weil das in der Debatte, denke ich, manchmal übersehen wird: Es ist nicht so, dass wir nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wenn alle Länder gewissermaßen den Willen hätten, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen, die Wahl hätten, dies zu tun. Würden wir, die Länder, alle existierenden Rundfunkstaatsverträge aufheben, dann hätten wir die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Pflicht, eine andere Regelung zu treffen – irgendeine andere öffentlich-rechtliche Regelung durch einen neuen Rundfunkstaatsvertrag.

Ich bitte Sie auch, doch einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass das Tätigwerden der privaten Rundfunksender nach der Rechtsprechung von Karlsruhe nur erlaubt ist, wenn es einen funktionierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. Das ist die formale Voraussetzung dafür, dass es Private überhaupt geben darf. Das heißt, das Rundfunksystem, das wir haben, ist dadurch sowohl auf der öffentlich-rechtlichen Seite als auch auf der privaten Seite insgesamt – auch das Thema Medienvielfalt – in Verfassungsrang gehoben. Das würde ich einfach bei der Debatte zu beachten bitten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/2993. Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/2953, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 2017, Az.: 2 BvL 2/17 – Normenkontrollverfahren zu § 23 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg über die abgesenkte Eingangsbesoldung – Drucksache 16/2971

Berichterstatter: Abg. Dr. Bernhard Lasotta

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, hierzu keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/2971. Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen vor, in dem oben genannten verfassungsgerichtlichen Verfahren von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzuweichen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/2971, ist damit einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 4 ist somit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Bevor ich die Plenarsitzung schließe, lade ich Sie – auch im Namen von Frau Landtagspräsidentin Aras – herzlich zu der Veranstaltung „Weißbuch zur Zukunft Europas“ ein, die nach einer kurzen Umbaupause von etwa 15 Minuten gleich hier im Plenarsaal beginnt.

Mit dem Impulsvortrag von Herrn Professor Dr. Martin Selmayr ist ein interessanter Einstieg zu erwarten. Es schließt sich eine Podiumsdiskussion an.

(Unruhe)

– Erst nachher, nicht jetzt schon.

Wir würden uns freuen, wenn Sie in großer Zahl an der Veranstaltung teilnehmen. Während der Umbauzeit stehen für Sie nach diesem langen, trockenen Sitzungstag im Foyer Getränke bereit.

Die nächste Plenarsitzung findet am 13. Dezember 2017 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:12 Uhr